Wie linke Gegen-Aufklärung das freie Denken erstickt, S. 4



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 32 – 14. August 2010

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Marsch nach links außen: Gabriels Vorstoß zur Rente mit 67 zielt auf die Wähler der „Linken“. Er vereinfacht aber auch eine rot-rote Zusammenarbeit auf Bundesebene.

Foto: ddp

Purer Populismus

Die SPD streitet über die Rente mit 67 – Steinmeier contra Gabriel

Ziemlich unvermittelt hat die SPD eine Debatte über die Rente mit 67 begonnen. Was zunächst wie ein geschickter Schachzug Sigmar Gabriels aussah, erwies sich schnell als populistischer Rohrkrepierer.

An sich hat die SPD Rückenwind: Die Bundesregierung gibt seit Monaten ein schwaches Bild ab, und aktuelle Umfragen sehen erstmals seit langer Zeit wieder eine rot-grüne Mehrheit im Bund. Und doch ist die Lage der Partei prekär: In wichtigen Fragen fehlt eine klare Gegenposition zur linksliberal agierenden CDU unter Angela Merkel, es fehlen Themen und Personen mit Magnetismus.

Außerdem sitzt der SPD die Linkspartei mit etwa elf Prozent im Nacken. Kommt die Diskussion auf Mindestlöhne, Hartz IV, vor allem aber auf die Rente mit 67, werfen viele Mitglieder und Stammwähler der SPD sehnsuchtsvolle Blicke nach links außen.

Parteichef Sigmar Gabriel weiß das, und vor wenigen Tagen schien es so, als könne er diesen „Pfahl im Fleisch“ der SPD herausoperieren. Doch aus zwei Gründen kann die SPD die Rente mit 67 nicht einfach verwerfen: Zum einen hat sie diese unpopuläre Reform unter Franz Müntefering als Arbeitsminister und Vizekanzler unter bitteren Schmerzen und Verlusten selbst eingeführt. Zum anderen aber erzwingt die einfachste Mathematik diese Reform: Millionen junge Menschen fehlen als künftige Beitragszahler, außerdem wird die Lebenserwartung immer länger. Der aufrichtige Müntefering erklärte bündig, es genügte „Volksschule Sauerland“, um zu verstehen, dass in dieser Lage länger als bisher gearbeitet werden muss.

> Der spätere Rentenbeginn ist ein Trauma der SPD

Was also tun in dieser Lage? Sigmar Gabriel, dem bereits mit der Präsentation von Joachim Gauck bei der Bundespräsidentenwahl ein taktisches Meisterstück gelungen war, schien einen Trick gefunden zu haben. Er sagte nicht direkt Nein zu der im Jahr 2012 langsam beginnenden Verschiebung des Rentenbeginns, sondern knüpfte ihn „nur“ an kaum erfüllbare Bedingungen. „Solange es uns nicht gelingt, tatsächlich den Anteil derjenigen zu erhöhen, die zwischen 60 und 64 Jahren arbeiten, können Sie die Rente mit 67 nicht einführen, weil es de facto nichts anderes ist als eine Rentenkürzung“, polterte er in der ARD.

Das schien raffiniert: Für die Erhöhung der Beschäftigung der Älteren (die übrigens Fortschritte macht) ist die schwarz-gelbe Regierung verantwortlich, und „Rentenkürzung“ ist das Lockwort der Linkspartei in dieser Frage.

Doch umgehend spuckte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier Gabriel in die Suppe. In den 50er Jahren hätten die Menschen im Durchschnitt acht Jahre lang Rente bezogen, heute seien es 18 Jahre, erklärte er bündig – und deswegen müsse man künftig „über das 65. Lebensjahr hinaus“ arbeiten. Da war sie wieder, Münteferings Sauerländer Volksschule, und Gabriels an sich geschickt angelegter Vorstoß stand plötzlich als das da, was er war und ist: purer Populismus (siehe Seite 8).

Konrad Badenheuer

Wilhelm v. Gottberg:

Widerspruch

Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte als Hauptredner auf der Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) aus Anlass des 60. Jahrestages der Verabschiedung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ in Stuttgart den versöhnenden Geist des Dokumentes. Seine Rede enthielt allerdings eine Passage, die nicht unwidersprochen im Raum stehenbleiben darf. Die Vertriebenen seien aus Polen und dem südosteuropäischen Siedlungsgebieten zu uns gekommen.

Nein! Sie kamen zum größten Teil aus den Ostprovinzen Deutschlands. Der Redner verglich die Integration der rund 16 Millionen deutschen Heimatvertriebenen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit der noch zu leistenden Integration der rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die heute in Deutschland leben. Hinsichtlich der heutigen Zuwanderung kam von Lammert der Satz: „Wir brauchen nicht mehr Integration, wir brauchen mehr Einbürgerung.“ Die Sesshaftwerdung der Vertriebenen gelang, weil es sich um deutsche Staatsbürger handelte, die aus Ostdeutschland und aus den Ländern des europäisch-abendländischen Kulturkreises kamen. Die Zuwanderer heute sprechen nicht Deutsch und kommen aus mindestens 40 Ländern der Erde und ganz überwiegend aus anderen Kulturkreisen. Schon heute findet jährlich eine nach Tausenden zählende Einbürgerung statt. Die dabei auftretenden Integrationsprobleme werden ausgeblendet. Eine verstärkte Einbürgerung wird die Entwicklung von Parallelgesellschaften fördern und für die Zukunft den Deutschen ungeheure Probleme bereiten.

Abzug ohne Strategie

Trittin will Taliban an Macht beteiligen – Doch denen fehlt selbst eine klare Machtstruktur

Der Vorschlag von Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin, Talibanführer an der Macht in Afghanistan zu beteiligen, musste kurz nach der Ermordung des internationalen Augenärzte-Teams vor allem makaber wirken. Unter den Ermordeten war auch die Chemnitzerin Daniela Bayer. Sie wurde nur 35 Jahre alt.

Die grausame Tat gibt einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, mit denen die „internationale Gemeinschaft“ konfrontiert wäre bei dem Versuch, einen Verhandlungspartner auf Seiten der Taliban zu finden: Offenkundig sind die Grenzen zwischen islamistisch motivierten „Gotteskriegern“ und gewöhnlichen Kriminellen fließend. Das hänge auch damit zusammen, dass sich viele Talibangruppen durch kriminelle Machenschaften finanzierten, so Hans-Georg Ehrhart vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) gegenüber der *PAZ*. Der immer wieder genannte Anführer Mullah Omar etwa verfüge zwar über eine gewisse Autorität. „Wie weit die jedoch nach unten durchgreift, ist unklar“, so Ehrhart. Omar gebe zwar Befehle an „Feldkommandanten“, die aber verfügten über große Unabhängigkeit.

> »Es scheint, als ob jeder geht, wann er will«

Insgesamt sei das Taliban-Netzwerk höchst heterogen strukturiert. Verschieden motivierte Loyalitäten und Interessen überlagerten sich, so Sicherheitsexperte Ehrhart. Verwandtschaft oder Stammeszugehörigkeit spielen demnach ebenso eine Rolle wie die islamistische Ideologie, persönliche Verbundenheiten, Machtansprüche oder materielle Interessen.

Hans-Georg Ehrhart sieht die nähere Zukunft der Afghanistan-Operation äußerst skeptisch. „Es wird über Daten für den Abzugstermin debattiert, ohne dass überhaupt eine Strategie für den Abzug erarbeitet worden ist. Stattdessen sieht es so aus, als ob jeder geht, wann er will – wie derzeit die Niederländer und Kanadier.“

„Nach Afghanistan“, so Erhhart, müsse man sich endlich die Frage stellen, unter welchen Umständen militärisches Eingreifen künftig überhaupt sinnvoll sei. „Das ist die Debatte, die wir nach Afghanistan führen müssen“, beharrt der Experte. In das Land am Hindukusch seien die westlichen Staaten bei weitem zu optimistisch hineingegangen. Der Glaube, man könne eine moderne, demokratische Gesellschaft sozusagen von außen bauen, habe sich als fataler Irrtum erwiesen.

Hans Heckel

Krieg verhindert

Libanon: Israel wollte Vergeltungsschlag

Wie jetzt bekannt wurde, haben die USA, die Uno und die EU nur knapp eine neue Eskalation zwischen Israel und dem Libanon verhindern können. Dem Vernehmen nach hat der UN-Sicherheitsrat in einer Sondersitzung Premierminister Benjamin Netanjahu nur mit Mühe von einem gewaltigen Vergeltungsschlag abgehalten. Ein solcher hätte die für Mitte August angekündigten Friedensgespräche zwischen Libanon und Israel wohl von vornherein unmöglich gemacht.

> UN retteten geplante Friedensgespräche

Explosiv bleibt die Lage zwischen Israel und dem verfeindeten nördlichen Nachbarn Libanon allerdings weiter, nachdem libanesische Soldaten israelische Soldaten angegriffen haben, als diese versuchten, an der Grenze Gebüsch zu roden. Die Libanesen erschossen einen Israeli, beim Zurückfeuern töteten die Israelis zwei libanesische Soldaten und einen libanesischen Journalisten – es war der schwerste Zwischenfall seit dem Ende des Krieges 2006. Israel wirft dem Libanon vor, der Angriff sei eine „im Voraus geplante Militäroperation“ gewesen. Nur deshalb hätten sich Journalisten dort befunden.

A. Heinrich

MELDUNGEN

Direkten Dialog angemahnt

München – Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) hat anlässlich des Jahrestages der Charta der Vertriebenen ihre Bereitschaft zum Dialog erneuert und an das kaum bekannte Wiesbadener Abkommen erinnert. Bernd Posselt, CSU-Europaabgeordneter und Sprecher der Volksgruppe, würdigte die Charta als „einzigartiges Dokument des Friedens". Das Dokument sei „in manchen Passagen zeitbedingte, im Kern aber weit in die Zukunft weisend" und könne „im direkten Dialog zwischen den Landsmannschaften und den demokratischen Repräsentanten der östlichen Nachbarn, die es damals nicht gab", auch fortgeschrieben werden. Dabei könne man sich am Wiesbadener Abkommen vom 4. August 1950 orientieren. Es enthält eine einzigartige Zusicherung des Rechts auf die Heimat und eine klare Ablehnung des Kolletivschuldvorwurfs durch tschechische Exilpolitiker. *K. B.*

USA: Tauziehen um Homo-Ehe

San Francisco – Über kaum eine gesellschaftspolitische Grunsatzfrage sind die USA so sehr geteilter Meinung wie über die Homo-Ehe. 20 Bundesstaaten haben Homo-Ehen und auch eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften per Verfassung verboten, fünf andere gingen den weitestmöglichen Weg der Liberalisierung und lassen die volle Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare zu. In Kalifornien haben die Befürworter der Homo-Ehe nun einen politisch delikaten Erfolg erzielt. Ein Bundesgericht erklärte das dort 2008 eingeführte Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe für verfassungswidrig. Nun könnte der Fall letztlich bis vor das Oberste Gericht (Supreme Court) in Washington wandern. Sollte dieses die Homo-Ehe verwerfen, wäre sie ohne Berufungsmöglichkeit in den gesamten USA verboten. *K. B.*

60 Jahre Gewaltverzicht

Gedenkakt in Stuttgart – Politische Zusicherungen für die Vertriebenen gibt es nicht mehr

Als die deutschen Vertriebenen 1950 ihre bekannte Charta verabschiedeten, hofften sie auf die Verwirklichung des Rechts auf die Heimat in einem geeinten Europa. Das geeinte Europa haben sie bekommen, das Recht auf die Heimat nicht. Beim Festakt in der vergangenen Woche wollte das indes niemand so deutlich sagen.

Als Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen im Weißen Saal des Neuen Schlosses zu Stuttgart Bundesaußenminister Guido Westerwelle begrüßte, erhob sich unter den mehr als 400 Vertriebenen im Saal ein gewaltiges Murren. Erst als die Präsidentin innehielt und ihren Begrüßungssatz an den unvermutet eingetroffenen Ehrengast wiederholte, wurde auch geklatscht. Die wortlos, aber unüberhörbar vorgetragene Kritik am Verhalten des Bundesaußenministers war berechtigt, denn bei den Zuhörern im Saal war noch in frischer Erinnerung, wie Westerwelle wegen der Besetzung des Stiftungsrates „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" gegen Erika Steinboch Front bezogen hatte, was dann nur mit Mühe hatte beigelegt werden können.

Nun hatten sich, am Nachmittag des 5. August, in Stuttgart die Vertreter von über zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den einstigen deutschen Ostgebieten und aus dem Sudetenland versammelt, um des 60. Geburtstags der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" zu gedenken, die am 5. August 1950, fünf Jahre nach Kriegsende, in Stuttgart-Bad Cannstadt verabschiedet und einen Tag später, am 6. August, an der Ruine des Neuen Schlosses vor 70 000 Zuhörern, der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Damals war als Ehrengast Vizekanzler Franz Blücher (1896–1959) aus Bonn gekommen, und als Redner aufgetreten war der in Breslau geborene Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek (1885–1960), 1929/33 Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien.

Fünf Jahre und drei Tage zuvor, am 2. August 1945, war in Potsdam, der Residenzstadt des Königreichs Preußen, von den drei Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs das Potsdamer Protokoll unterzeichnet worden, mit dem die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Lausitzer Neiße unter polnische und sowjetrussische (Nord-Ostpreußen) Verwaltung gestellt wurden. Faktisch, wie die Geschichte zeigte, gingen sie damit in den Besitz dieser Staaten über.

Nachkriegsdeutschland war 1950 noch immer zerstört und verwüstet, in den Städten waren noch immer riesige Trümmerfelder zu sehen, die Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland mussten mit Nahrung, Wohnungen und Arbeit versorgt werden.

In dieser düsteren, von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung überschatteten Situation setzten der „Zentralverband vertriebener Deutscher" und die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften", die 1958 zum „Bund der Vertriebenen" fusionieren sollten, mit der Veröffentlichung der „Charta" ein sichtbares Zeichen: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.".

> Polemik zeigt: Die »Linke« nimmt den BdV noch ernst

Ganz anders bot sich die Situation 60 Jahre später dar. Erika Steinbach, die, 1943 in Westpreußen geboren, 1950 noch ein Kind war, sprach in Stuttgart davon, dass der 5. August 1950 heute „kein Tag der Trauer" mehr sei, sondern ein „Tag der Freude und des Dankes". Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen sei in wenigen Jahrzehnten erreicht worden. Eine politische Radikalisierung vom Heimatverlust betroffener Bevölkerungsgruppen sei zum Glück nicht eingetreten, vielmehr hätte die „Charta" eine „eindeutige Absage an Revanche und Gewalt" postuliert, der „Wille zur Versöhnung" werde als einzig gangbarer Weg beschrieben.

Nach der kurzen Begrüßungsansprache Heribert Rechs, des 1950 geborenen Innenministers von Baden-Württemberg und zugleich Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, sprach auch der 1954 in Bonn geborene Bundesinnenminister Thomas de Maizière davon, dass die „Charta" den heimatlos gewordenen Ostdeutschen Orientierung gegeben habe. Allerdings erteilte de Maizière dem Vorschlag von Erika Steinbach, den 5. August zum Gedenktag für die Vertreibung zu machen, eine ziemlich offene Absage. Festredner Norbert Lammert, geboren 1948 in Bochum und seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages in Berlin, bezeichnete schließlich die „Charta" als „eines der Gründungsdokumente der Bundesrepublik".

Dass hämische Kritik von links nicht ausblieb, war bei diesem Reizthema für Linke und Linksradikale zu erwarten. Die unvermeidliche Ulla Jelpke, die für die „Linke" im Bundestag sitzt, obwohl sie der Partei nicht angehört, nannte die „Charta" ein „Dokument des Revanchismus", und der Schriftsteller Ralph Giordano nannte sie ein „Paradebeispiel deutscher Verdrängungskünste". Die alte SED-Zeitung „Neues Deutschland", die heute die Interessen der SED-Nachfolgepartei vertritt, hatte sogar einen Berichterstatter nach Stuttgart geschickt, der vor lauter Kritik kaum noch wahrnahm, was tatsächlich am Podium gesagt wurde. „Wahrscheinlich wären wir ohne den BdV ... weiter bei der Aussöhnung mit den Nachbarn", meinte er.

Bedauerlich erscheint, dass weder die SPD noch die heutigen EU-Partner Polen und Tschechische Republik bei diesem Festakt prominent vertreten waren. Vor irgendwie anstrengenden Appellen, wie etwa einer Aufforderung zum direkten Dialog mit den Vertriebenen, hätten sie sich nicht fürchten müssen. Einen vergleichbaren Festakt zum 70. Jahrestag der Charta dürfte es nach Lage der Dinge kaum mehr geben, weil die betroffenen Gruppen dann zahlenmäßig unbedeutend geworden sind. *J. B. Bilke/K. B.*



Gedenken ohne Bitterkeit: Erika Steinbach mit den Bundesministern Westerwelle und de Maizière. Links Stuttgarts OB Wolfgang Schuster, rechts Landesinnenminister Heribert Rech Bild: ddp

Noch Hoffnung für die Union?

In einer Umfrage ist die Union unter 30 Prozent gerutscht – Von Wilhelm v. Gottberg

Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung sind in den letzten zehn Jahren zum Problem für die freiheitlich demokratische Grundordnung Deutschlands geworden. Die Politik der Union ist dafür erheblich mitverantwortlich, ebenso wie die Bilanz rot-grüner Politik. Dieser Text beinhaltet ausschließlich Kritik an der Politik der Union, soweit die CDU dafür verantwortlich zeichnet.

Erstmalig seit dem Höhepunkt des CDU-Spendenskandals im Jahr 2000 sind CDU/CSU in der Wählergunst unter 30 Prozent gefallen. Das ergab die jüngste Forsa-Umfrage, die der „Stern" und RTL in Auftrag gaben. Man hat den Eindruck, dass die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel sowie die Gremien der Union dieses Warnzeichen nicht zum Anlass nehmen, Ursachenforschung für die stetige Minderung in der Wählerzustimmung zu betreiben. Leider hat es die Union schon 2005 und 2009 versäumt, die Gründe für das schlechte Abschneiden bei den Bundestagswahlen zu untersuchen. Bei weniger als 30 Prozent Zustimmung kann die Union nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, eine Volkspartei zu sein.

Nichts spricht dafür, dass CDU und CSU in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts ein Wahlergebnis bei Bundestagswahlen von deutlich mehr als 35 Prozent erzielen. Die FDP wird mittelfristig kein zweistelliges Wahlergebnis erzielen können. Zu deutlich haben sich die sogenannten „Liberalen" als Klientelpartei und Westerwelle als politisches Leichtgewicht erwiesen. Was das über die Möglichkeit einer bürgerlichen Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2013 aussagt, liegt auf der Hand.

Annährend schon 30 Jahre befindet sich die Union auf Bundesebene im Sinkflug. Dieser Prozess ist untrennbar mit Helmut Kohl verbunden. Er versprach bei seinem Regierungsantritt 1982 eine geistig-moralische Wende. Tatsächlich wahrte er beste Kontinuität zur Vorgängerregierung Schmidt/Genscher.

Kohl ließ es zu, dass in den 80er Jahren Personen vom linken Rand der CDU die politischen Themen vorgaben. Geißler, Süssmuth, Blüm, Fink, Lehr, Rühe und andere propagierten die multikulturelle Gesellschaft, redeten von der Partei der Mitte und forderten damit die Profillosigkeit der CDU. Der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, wurde in einem Programmentwurf 1988 nicht mehr thematisiert. Man wolle keinen Nationalstaat bismarckscher Prägung, und eine mögliche Wiedervereinigung könne nicht durch den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik erreicht werden. Süssmuth warb für die Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch und propagiert später die Abtreibungspille. Ein Affront gegen die zahlreichen kirchennahen Wähler der CDU. Noch gab es mit Alfred Dregger, Jürgen Todenhöfer, Bernhard Friedmann, Herbert Czaja und Heinrich Lummer nationalliberale und christliche Patrioten in der Partei, die bemüht waren, das christliche und konservative Profil der Partei zu erhalten. Dennoch: Nur das unverdiente Geschenk der Deutschen Einheit im Zusammenwirken mit der Ablehnung der Wiedervereinigung durch Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder und andere SPD-Größen retteten die Union vor der Abwahl bei der Bundestagswahl 1990.

> Der Profilverlust der CDU begann in den 80er Jahren

1994 gelang den bürgerlichen Parteien nochmals ein sehr knapper Wahlsieg, wobei der Schwund der CDU zur Sorge Anlass gab. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat nahm Schaden und die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes erwies sich als brüchig durch die Weigerung der Union, die Enteignungen in der SBZ/DDR von 1945 bis 1949 rückgängig zu machen. Kohl machte diesbezüglich vor dem Bundesverfassungsgericht eine Falschaussage, und Schäuble spottete über Alteigentümer, die in längst verlorene Pfründe zurückstreben wollten.

Unverantwortlich war in Kohls letzter Wahlperiode von 1994 bis 1998 der weitere Aufwuchs des unfinanzierbaren Sozialstaates durch Frühverrentung Zehntausender Arbeitnehmer. Es trat zu Tage, dass die Rente zukünftig nicht gesichert ist, und das Bundesverfassungsgericht korrigierte drei Mal die Politik der schwarz-gelben Koalition bezüglich der Alimentierung der Mehr-Kinder-Familien.

Zu Beginn der Großen Koalition unter der Führung der Bundeskanzlerin Merkel stand die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. In jüngster Zeit hat das Verfassungsgericht erneut die Politik der Union beachtlich korrigiert. Das Arbeitszimmer für Freiberufler und Beamte muss steuerlich berücksichtigt werden, die drastisch gekürzte Pendlerpauschale war verfassungswidrig, und die Hartz-IV-Sätze für Kinder müssen neu berechnet werden.

Das derzeitige Erscheinungsbild der CDU wird geprägt durch Profillosigkeit und das Fehlen markanter Führungspersönlichkeiten. Wofür steht die CDU? Wo sind die durchsetzungsfähigen Bundesminister der CDU, die – für alle verständlich – die Defizite in der eigenen Politik artikulieren? Wo sind die Abgeordneten der Union, die nationalliberale und christliche Akzente als unverzichtbar für das politische Tagesgeschäft einfordern? Wo sind die Anwälte in der CDU für die Mehr-Kinder-Familien? Wer mobilisiert den Widerstand in der Partei, wenn die Union möglichst alle Frauen in Berufstätigkeit bringen will und damit den Eltern die frühkindliche Erziehung der Kinder aus der Hand nimmt? Wo sind die Haushälter in der CDU, die den gesamten Haushalt auf Einsparmöglichkeiten durchleuchten und nicht jede Sparrunde mit Gebührenerhöhung und „Einnahmeverbesserungen" beenden? Der Steuerzahlerbund hat das jüngste Sparpaket der Regierung Merkel/Westerwelle entsprechend kommentiert. Wird es der CDU bundesweit eine Lehre sein, dass ihre katastrophale Schulpolitik in Hamburg durch die eigene Wählerklientel per Volksabstimmung korrigiert werden musste? Quo vadis CDU?

Der Autor ist Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und seit vielen Jahren auf kommunaler Ebene für die CDU aktiv.

Die Schulden-Uhr:

Schulden für Hartz IV?

Zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist, soweit erforderlich, eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte zu verantworten", so der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, anlässlich der Debatte um die Höhe der Hartz-IV-Sätze. Und Zollitsch ist nicht der einzige Kirchenmann, der zur Erreichung einer „sozialen Ausgewogenheit" noch höhere Schulden akzeptiert. Dass Schulden aber nichts anderes bedeuten, als eine Art Diebstahl an kommenden Generationen, daran scheinen die Kirchenmänner nicht zu denken. Dabei haben künftige Generationen angesichts des vorhandenen Schuldenbergs und des demographischen Wandels bereits jetzt kaum Leistbares zu meistern. *Bel*

1.700.968.249.148 €

Vorwoche: 1.698.862.540.000 €
Verschuldung pro Kopf: 20 807 €
Vorwoche: 20 781 €

(Dienstag, 10. August 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Asphaltstrahlen

Von Harald Fourier

Am Montagabend wollte ich einen Freund in der Stargarder Straße abholen, doch die Straße war gesperrt. Blaulicht. Ein Riesenaufgebot an Polizei, Feuerwehr und THW. Hier muss was Großes im Gange sein, dachte ich mir. Tatsächlich: Im Prenzlauer Berg war in dieser Woche Strahlenalarm. Mitten in diesem Zuzugsgebiet für „Ökoschwaben“ – so werden die westdeutschen Neulinge hier genannt – tritt radioaktive Strahlung aus.

Genau dort also, wo die Grünen bei der Bundestagswahl stärkste Partei von allen geworden sind. Die Reaktionen kann sich ja jeder vorstellen: Bleiches Entsetzen unter den Anwohnern. Vergessen sind der Klimawandel oder Naturkatastrophen dieses Sommers von Moskau bis Pakistan: Die Gefahr ist viel näher, als wir alle dachten!

Was war geschehen? Am Sonntag wurde bei einer „Routineprüfung“ eine erhöhte Radioaktivität gemessen. Zunächst wurde vermutet, die Strahlung gehe von einem Auto aus. Ein Anschlag? Ein Uran-Schmuggler? Wie sich aber schnell herausstellte, war das Auto nicht die Quelle der Strahlung, sondern das Erdreich darunter. Irgendwo im Boden strahlt etwas zehn Millisievert ab. Wer eine halbe Minute an der Stelle steht, der bekommt soviel Strahlung ab, wie bei einem Flug von Frankfurt nach Tokio. In der Luft ist die Konzentration höher. Die Strahlung ist also messbar, aber nicht wirklich gefährlich. Dazu müsste jemand sehr, sehr lange schon genau an der Stelle sitzen bleiben, mitten auf der Straße, wo sich bislang noch niemand hingesetzt hatte.

Trotzdem wurde eine Aktion gestartet, als befände sich ein kleines Tschernobyl im Asphalt: Eine Bleiplatte wurde auf die Stelle gelegt, dann noch ein Fahrzeug draufgestellt. Am Abend kam ein Katastrophenkommando, sperrte die Straße ab, baute ein Zelt auf. Viele sowieso schon verunsicherte Anwohner und Passanten kriegten jetzt richtig Panik. Die Zeitungen und das Radio haben den ganzen Tag über den Strahlenalarm berichtet. „Wie? Das ist hier? Dann schnell weg!“, fluchte ein Mann mit Zopf. Als dann in der aufgebrochenen Straße ein kleines Messgerät gefunden wurde, das Cäsium 137 abstrahlt, waren alle sehr erleichtert. Wie der Gegenstand, nicht größer als eine Zigarette, dort hingekommen ist, weiß niemand. Vielleicht ist es bei Bauarbeiten verlorengegangen.

Ich frage mich: Was für eine Routineprüfung soll das gewesen sein? Kann es sein, dass im Prenzlauer Berg Leute regelmäßig mit einem Geigerzähler durch ihren Kiez gehen und schauen, ob irgendwo Radioaktivität austritt? Ich vermute, das ist eine echte Geschäftsidee: Einen Laden aufmachen, der Geigerzähler verkauft. Damit kann man sich jetzt eine grün-goldene Nase verdienen.

Mehr Ideologie, mehr Bürokratie

Berlin legt sich als erstes Bundesland ein eigenes »Integrationsgesetz« zu



Polizisten ausländischer Herkunft erleichtern angeblich den Umgang mit jugendlichen Immigranten: Beamter auf Streife im nächtlichen Berlin

Bild: imagetrust

Mit aller Gewalt will Berlin Immigranten in den Öffentlichen Dienst holen. Zweifel wachsen, ob die Angebote überhaupt auf Resonanz stoßen, Kritiker äußern beißenden Spott.

Als erstes Bundesland presst Berlin seine bisherige Integrationspolitik in Gesetzesform. Ein „Partizipations- und Integrationsgesetz“ des Berliner rot-roten Senats soll „Voraussetzung für eine prosperierende, friedliche und gerechte Weiterentwicklung der Einwanderungsstadt Berlin“ liefern. Der Entwurf bietet kaum Neues und möchte vor allem mehr Zuwanderer in den Öffentlichen Dienst bringen. Doch das bisher schon intensive Werben dafür ist erfolgsarm, neue Rezepte Mangelware. Der Vorgabenkatalog zeigt: Würden Verfassung und Rechtsstaat dem Senat nicht Grenzen setzen, wäre einer schablonenhaften Ausländerquote unabhängig von der Eignung Tür und Tor geöffnet. Selbst Zuwanderer sind enttäuscht: Ideologie und Ansprüche, die das Papier, auf dem sie stehen, nicht wert seien.

Noch vor Ende des Jahres soll das Abgeordnetenhaus das Gesetz beschließen. Das Vermächtnis der engagierten Jugendrichterin Kirsten Heisig, die Hilferufe aus den Bezirken und von Schulen, all das findet im aktuellen Integrationspapier kaum Widerhall. Das Gesetz ist Chefsache, entspringt dem Wollen von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Der kündigte bereits im Dezember an, dieses Jahr wolle der Senat in Sachen Integration Großes leisten. Er stürzt sich nun auf die Verwaltung. Dieser unterstellt Wowereit, mehr „interkulturelle Kompetenz“ nötig zu haben. Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) ist es überlassen, die Details auszuarbeiten. Die konzentrieren sich auffälligerweise auf vermeintlich kostenneutrale Vorgaben, die jedoch in Wahrheit auf Kosten der Deutschen und der Integration gingen, fürchten Kritiker. Beispiel: Anforderungen in Stellenbeschreibungen werden künftig so gestaltet, dass Zuwanderer „bessere Chancen“ haben. Bei Bewerbungen wird „interkulturelle Kompetenz“ besonders geachtet. Praktisch könnte das so ablaufen: Ein Bewerber mit Zuwanderungshintergrund ist gegenüber einem Deutschen mit Regelbiografie im Vorteil, weil er die neue Anforderung „Türkisch als Muttersprache“ erfüllt.

Theoretisch, denn in der Praxis wird so ein Szenario selten bleiben. Das Interesse der Zuwanderer am Öffentlichen Dienst Berlins ist konstant gering. Nach Ursachen fragt der Senat nicht. Das Ziel, dass in landeseigenen Unternehmen der Zuwandereranteil dem Anteil an der Bevölkerung entspreche, wird sich so kaum erzwingen lassen.

Dass alle öffentlichen Maßnahmen künftig den Integrationsgedanken berücksichtigen sollen, ist ebenfalls eine der papiernen Vorgaben, deren bürokratische Gewalt im Alltag manchen Schaden entfalten kann. Wird ein neues öffentliches Vorhaben künftig der „Vielfalt der Stadtbevölkerung“ nicht gerecht, ist es bald nicht nur politisch, sondern auch rechtlich tot. Der Senat verewigt somit sein bisheriges fehlerreiches Handeln auf widersprüchliche Weise: „Danach ist die Integrationspolitik des Landes Berlin darauf ausgerichtet, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu geben und gleichzeitig jede Benachteiligung und Bevorzugung auszuschließen.“

> Der Senat verewigt seine verfehlte Integrationspolitik

Viele Berliner geben sich verbittert über das neue Gesetz. Was nützen, so die Frage, leichter zugängliche öffentliche Posten, wenn der Senat Einstellungsstopps verhängt, kritisieren sie in Internetforen. Dort erntet das Gesetz überwiegend beißenden Spott: „Wir brauchen kein Integrationsgesetz, denn viele Zuwanderer wissen, wie es in Berlin zugeht, und kommen gerade deswegen her.“ Das Paragraphenwerk kann als Täuschungsmanöver gelten, zumal in der für den Senat entscheidenden Frage des Ämterzugangs ungeklärt bleibt, wie viele der nun Angesprochenen überhaupt die Bildungsvoraussetzungen für den Öffentlichen Dienst erfüllen. Auch die amtsdeutsche Definition von „Migrationshintergrund“ bedeutet noch keinen Fortschritt: Wer vor 1956 zugewandert ist, zählt nicht. Die sogenannte dritte Generation, Kinder mit deutschem Pass, fällt ebenfalls nicht unter die neue Regel. Wowereits Truppe blendet auf diese Weise viele der schwersten Integrationsversäumnisse aus.

In einer Art zweitem Teil entfaltet der Text dagegen seinen gesellschaftlichen Umgestaltungsanspruch. Ganze 13 weitere Gesetzesänderungen sind bereits zwingend vorgesehen. Beispielsweise im Bestattungsrecht: Moslems sollen von der Pflicht zum Holzsarg befreit werden. Oder im Umgang mit der Kirche: „Kirchliche“ werden durch „religiöse Feiertage“ ersetzt. Die Erkenntnis, dass Sonderbehandlung eher Ausgrenzung als Eingliederung fördert, zählt nicht. Mehr Macht für den Integrationsbeauftragten, ein Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen und somit mehr Posten und Gremien nebst Bürokratie statt praktischer Programme tragen die Handschrift Wowereits.

Die Regelungswut trifft auch die Arbeit in den Bezirken. Streitbare Quartiermanager und Bezirksbürgermeister könnten bald leichter auf Senatslinie gebracht werden. Die Verlangsamung aller Integrationsmaßnahmen ist eine weitere mögliche Folge. Auch ist der Versuch radikaler Gruppen, zu den neuen Fleischtöpfen vorzudringen, absehbar. Wowereits „mehr Geld kann nicht die Antwort sein“ bedeutet immerhin, dass der Senat nicht viel Geld zur Entfaltung seiner Ideologie hat. *SV*

Mercedes gegen Trabi

Klamme Hoffnung für Fußball-Berlin: Wer schafft den Aufstieg?

Mit der am 20. August beginnenden Saison soll das Elend ein Ende finden. Der neue Trainer von Hertha BSC Berlin, Markus Babbel, soll den Verein in die Erste Fußballbundesliga zurückführen. Seit 2009 ist mit dem Hertha-Abstieg kein einziger Hauptstadtklub mehr in der Königsklasse vertreten. Aufgebrachte Hertha-Fans hatten damals die Ersatzbank mit Plastikrohren demoliert.

Gekränkt schaut Fußball-Berlin seitdem auf andere Metropolen. Bayern-München, den reichsten deutschen Klub, plagen Luxussorgen: Weil so viele Bayern-Kicker Nationalspieler sind, klagt deren Trainer darüber, dass seine Jungs dauernd von der Löw-Elf absorbiert würden und daheim nicht zur Verfügung stünden. Die andere Millionenstadt Hamburg hat zwar seit 27 Jahren keinen Meistertitel mehr errungen, steht jedoch seit kurzem mit gleich zwei Vereinen in der Ersten Liga. Das schmerzt die fußballverrückten Berliner, deren Klubs Hertha und Union nun mit Vereinen wie SC Paderborn oder Erzgebirge Aue auf einer Stufe stehen.

Allerdings setzt die Fachpresse große Hoffnung in den gebürtigen Bayern und Ex-Nationalspieler Babbel und hat Hertha bereits zum Top-Favoriten für den Wiederaufstieg ausgerufen.

> Mit Paderborn und Erzgebirge Aue in derselben Liga

Im Schatten von Hertha und bundesweit wenig beachtet geht derweil der andere Berliner Zweitligist in Stellung: FC Union hat seine Wurzeln im Osten der Stadt. Union ist dabei ziemlich untypisch für den heutigen deutschen Profi-Fußball. Kaufen andere Vereine ihre Mannschaften in aller Welt mit Millionen-Etats zusammen (Hertha wird von der Deutschen Bahn gesponsert), finanziert sich Union überwiegend selbst, nachdem ein Sponsor wegen Stasi-Verstrickung in die Wüste geschickt wurde.

Vor allem (oder deshalb) besteht die Union-Mannschaft tatsächlich aus Berlinern. Die tiefe Verwurzelung am Ort gibt dem Klub die Aura von ausgesprochener Souveränität. Eine Souveränität mit Tradition: Zu DDR-Zeiten galt Union als der Klub der Unzufriedenen, die in dem Verein eine systemferne Nische fanden. Die glorreiche Geschichte hat die Unionler nicht vom Pfad der Bescheidenheit abgebracht. Trainer Uwe Neuhaus verglich die Rivalität zwischen Hertha und Union mit einem „Wettrennen zwischen Mercedes und Trabi“. Doch will Union an seiner Philosophie, den Nachwuchs in Berlin zu fördern, statt ihn sich zusammenzukaufen, offensichtlich festhalten. *H.L./H.H.*

»Edelster Ladenhüter«

Potsdams Palais Lichtenau sucht abermals einen neuen Besitzer

Das Palais Lichtenau in Potsdam gilt deutschlandweit als herausragendes Beispiel früher klassizistischer Architektur und ist doch ein Sanierungsfall. Aus den weitgehend erhalten gebliebenen Innenräumen blickt man auf Marmorpalais und Heiligen See. Der außen eher schlichte Bau am Neuen Garten ist eigentlich eine Top-Adresse. Doch jetzt soll der einstige Alterssitz einer königlichen Geliebten wieder einmal einen neuen Besitzer bekommen – manch vorigen hat er ruiniert.

König Friedrich Wilhelm II. (1786–97) ließ das Palais einst für seine Geliebte, Wilhelmine Enke, Tochter eines Trompeters, erbauen. Er hatte die Bürgerliche als Kronprinz kennen- und heimlich lieben gelernt. Als das dreigeschossige Palais nach gut einem Jahr Bauzeit 1797 fertiggestellt war, hatte sich die Beziehung der beiden längst zur Freundschaft gewandelt, Wilhelmine dem König zwei Söhne geboren und – anstandshalber – seinen Kämmerer geheiratet. Da der König noch im Jahr der Fertigstellung starb, umwallt den Bau ein trauriger Hauch. Wilhelmine hatte nur zwei Monate lang etwas von den Räumen, der Thronfolger ließ sie noch im selben Jahr verhaften. Der Vorwurf der Verschwendung lastet seither auf ihr und dem Bau der Architekten Michael Philipp Boumann und Carl Gotthard Langhans. Als Wilhelmine aus schlesischer Verbannung zurückkehrte, zog sie nach Berlin und konnte ihren Ruhesitz keinen Tag mehr genießen.

> Schon der ersten Hausherrin brachte der Bau kein Glück

Ähnlich wenig Freude haben seit Jahren Investoren. Jetzt will sich Viola von Hohenzollern von dem Haus trennen. Sie ist geschäftsführende Gesellschafterin der Theis Kaltwalzwerke mit Sitz in Hagen. Die Firma wollte das Palais ab 2007 als repräsentativen Sitz ausgestalten. Der Sanierungsaufwand, der auf rund drei Millionen Euro geschätzt wird, und die Auflagen des Denkmalschutzes, welche Anbauten erschweren, sind nicht die einzigen Gründe, warum das Haus nun wieder zum Verkauf steht. Im Zuge der Wirtschaftskrise ist der aufwendige Umbau für den Konzern offenbar nicht mehr vertretbar, die Firma musste Insolvenz anmelden. Offiziell heißt es, man nehme Angebote entgegen. Statt Schulungs- und Empfangsort zu werden, bleibt das Palais nun Baustelle. Schon die Sanierung als Standesamt nach dem Ende der DDR war fehlgeschlagen. Nun wird es wieder seinem Ruf gerecht, „edelster Ladenhüter“ unter den Potsdamer Denkmalen“ zu sein. *SV*

Zeitzeugen



Jürgen Trittin – Der 1952 geborene Grünen-Politiker war einst Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB). Trittin gehört zu denen, die den Begriff des „Revanchismus“ für die Belange der Vertriebenen gesellschaftsfähig gemacht haben. So warf er der Regierung Kohl einen „Kniefall vor dem organisierten Revanchismus“ vor, als diese sich weigerte, gegenüber Prag auf alle Rechte der Sudetendeutschen zu verzichten.

Hermann Lübbe – Der 1926 in Aurich Geborene gilt als einer der brillantesten Köpfe der politischen Philosophie in Deutschland. 1972 erkannte Lübbe „die Entfaltung einer Kultur der Gegenaufklärung“ infolge der 68er-Bewegung, die sich durch „politische Heilsgewissheit, wirklichkeitsüberlegene Besserwisserei, penetranten Moralismus und eifernde Intoleranz“ auszeichne.



Arnold Tölg – Der 1934 im schlesischen Königswalde geborene CDU-Politiker saß von 1977 bis 2001 im Landtag von Baden-Württemberg. Seit 1999 ist er Vorsitzender des dortigen Bundes der Vertriebenen. Tölg hat einst darauf hingewiesen, dass Länder von Deutschland Entschädigung für Zwangsarbeiter fordern, die selbst in großem Stil deutsche Zwangsarbeiter ausgenutzt hatten.

Hartmut Saenger – Der 1940 Geborene ist Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft und war Mitarbeiter der hessischen CDU. Saengers Geburtsort Schönlanke hatte zunächst zur Provinz Posen, dann zur Grenzmark Posen-Westpreußen gehört. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer verteidigte ihn ebenso wie Tölg gegen linke Attacken.



Kurt Schumacher – Der SPD-Vorsitzende der Jahre 1946 bis 1952 verbrachte die Jahre 1933 bis 1943 im KZ. Der gebürtige Culmer vertrat Überzeugungen, die heute kein CDU-Politiker mehr auszusprechen wagen würde, etwa: „Mag das Verbrechen des deutschen Nazismus an der Welt noch so schwer sein, das deutsche Volk kann und darf nicht darauf verzichten, sein Reich ... als nationales und staatliches Ganzes zu behaupten.“ Im Wahlkampf 1949 zeigten SPD-Wahlplakate Landkarten, auf denen selbst Westpreußen noch deutsch war.

Gegen-Aufklärung von links

Politisch motivierte Denkverbote lassen die Freiheit verdorren

„Ohne Zweifel Revanchisten“, urteilt der Historiker Peter Steinbach, „ein Irrer“ polterte der SPD-Politiker Karl Lauterbach im Bundestag, „schockierend“, ein „Affront“ schimpften andere. Die Entsendung von Hartmut Saenger und Arnold Tölg in den Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ durch den Bund der Vertriebenen (BdV) hat bei der politischen Linken beinahe hysterische Reaktionen ausgelöst. Warum eigentlich?

Stein des Anstoßes im Falle des BdV-Präsidiumsmitglieds Saenger war ein in der *PAZ* im vergangenen September abgedruckter Beitrag, in dem der Autor auf eine im Sommer 1939 „erstaunliche Bereitschaft zum Krieg“ hinweist, um „staatliche Ziele durchzusetzen oder Bedrohungen durch Bündnisse abzuwehren“. Tölg hatte vor zehn Jahren auf Kriegsverbrechen der in Nürnberg als Ankläger auftretenden Nationen aufmerksam gemacht und implizit bedauert, dass diese im Unterschied zu den, wie Tölg betonte, zu recht geahndeten Verbrechen von Deutschen nie gesühnt worden seien.

Die Empörung über derlei Äußerungen dürfte manchen verwundern. Der Charakter der polnischen Politik in der Zwischenkriegszeit ist gründlich dokumentiert und dürfte einem Historiker wie Peter Steinbach bestens bekannt sein. Die Rolle beispielsweise Moskaus, die im Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes mit seinem berüchtigten „Geheimen Zusatzprotokoll“ über die Aufteilung Mitteleuropas gipfelte, ist ebenso eine von niemandem bezweifelte Tatsache.

Dass der Hinweis auf Verfehlungen anderer die NS-Verbrechen „relativiert“ oder gar „verharmlost“, erscheint zudem schon methodisch absurd: Seit wann „verharmlost“ ein Mensch die Verbrechen eines Akteurs, indem er die Verfehlungen eines anderen ebenfalls benennt?

Undurchdringlicher »Filter« zwischen sich und der Realität

Die jüngste Attacke ist allerdings beileibe nicht die erste ihrer Art. Hier zeigt sich erneut ein Schema, das seit vielen Jahren bekannt ist und erkennbar System hat.

Bei historisch bewanderten Zeitgenossen lösen solche Angriffe dennoch ungläubiges Staunen aus. Das Erstaunen steigert sich noch, wenn sie erleben, was einem Diskutanten widerfährt, sobald er versucht, die Empörten mit den geschichtlichen Fakten zu konfrontieren: Die bloße Nennung der Tatsachen wird ihm als unverschämte Provokation, als Ausweis „revanchistischer“ (das heißt eigentlich nach Rache dürstender) Gesinnung ausgelegt. Dies, ohne dass die vorgebrachten Fakten an sich bezweifelt würden. Sie werden für sich als Zumutung betrachtet und einfach ausgeblendet.

Der Philosoph Hermann Lübbe hat die dahinterstehende Denkstruktur untersucht. Er brachte sie schließlich auf einen für den Laien überaus sperrigen Begriff, der nichtsdestotrotz ins Schwarze trifft: Für die systematische Wirklichkeitsverweigerung macht Lübbe die „Moralisierung der kognitiven Gehalte“ verantwortlich (lat. cognoscere: erkennen, erfahren, kennenlernen).

Der Betrachter errichtet laut Lübbe einen Filter aus moralischen Urteilen zwischen sich und der Realität. Das hat zur Folge, dass vernünftigerweise nicht bestreitbare Tatsachen, die durchaus als solche gesehen werden, vom Tisch gewischt werden, falls sie den moralischen Überzeugungen der eigenen Gesinnung zu widersprechen scheinen.

Die Anerkenntnis der Alleinschuld der Deutschen für den Zweiten (vielleicht auch den Ersten) Weltkrieg ist von interessierter Seite zur unverhandelbaren Grundlage jeder moralisch haltbaren historischen Betrachtung erhoben worden. Darum wird alles, was auf Verfehlungen anderer hinweisen könnte, aus dem Blickfeld verbannt.

Für Lübbe ist dieses Denken die Frucht einer modernen „Gegenaufklärung“. Diese fordere Bekenntniszwang und Kritikverbote. Sie stehe damit im Gegensatz zum Gedanken der Aufklärung, die den Menschen den selbständigen Umgang mit Fakten eröffnete, ohne sich dabei von Dogmen, die stets im Gewande von Moral auftreten, behindern zu lassen.

Hans Heckel



Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines andern zu bedienen. Selbst verschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Theil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen (naturaliter majorennes), dennoch gerne Zeitlebens unmündig bleiben; und warum es Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu seyn. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurtheilt, u. s. w. so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen.

2ter Band.

Urvater der Aufklärung: Die Zeiten, in denen Linke die Erben Kants waren, sind vorbei. Bild: Archiv, pa

Die Karriere des Wortes »Revanchismus«

Wenn es darum geht, die Vertriebenen und ihre Anliegen zu diffamieren, wird nur relativ selten der Vorwurf erhoben, dieses oder jenes Argument sei sachlich falsch oder dieses oder jenes angemahnte Recht sei nicht Bestandteil des geltenden Völkerrechts. Dies wäre auch kaum möglich, denn sonnenklar verbietet das allgemeine Völkerrecht nicht nur Massenmord und Vertreibung, sondern auch die Anerkennung von mit diesen Mitteln geschaffenen Fakten.

Viel häufiger ist denn auch der nicht näher begründete Hinweis, das Beharren auf einer wahrhaftigen Darstellung der Geschichte und zumindest symbolischen Wiedergutmachungsschritten vertrage sich nicht mit dem Ziel der Versöhnung. So ab-

Stalinistischer Sprachgebrauch

surd diese Position angesichts der Erfahrungen vieler Länder und auch der Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung ist, sie ist in der Bundesrepublik des Jahres 2010 mehrheitsfähig, ja in der politischen Klasse fast Konsens.

Noch ganz anders argumentieren linke Politiker und Publizisten. Über „Revanchismusverdacht“ in Bezug auf Hartmut Saenger und Arnold Tölg klagte am 3. August allen Ernstes ein Autor namens Florian Gathmann in „SpiegelOnline“. Womöglich wusste er nicht, dass er damit direkt den Sprachgebrauch des Stalinismus übernommen hatte: Das auch von bekannten SPD-Politikern bis in die 90er Jahre hochgehaltene Recht auf die Heimat wurde vor allem in der stalinistischen Ära etwa im „Neuen Deutschland“ routinemäßig als „Revanchismus“ abgetan.

Heute gilt dieser Sprachgebrauch aus dem Wörterbuch des Unmenschen kaum mehr als Hinweis auf eine linksextremistische oder menschenverachtende Gesinnung. *K.B.*

Wende um 180 Grad

Die Haltung der SPD zur Vertreibung hat sich radikal geändert

Wer heute noch an den Grenzen Deutschlands von 1937 festhalten würde, stünde schnell im Verdacht rechtsradikaler Überzeugungen. Dabei wird regelmäßig übersehen, dass diese Grenzen bis weit in die 50er Jahre hinein in der deutschen Politik eher als das rechtlich gerade noch zulässige Minimum für ein freies Deutschland in einem freien Europa galten. Nicht nur die Attentäter des 20. Juli 1944 um Graf Stauffenberg, sondern auch etliche prägende Persönlichkeiten der bundesdeutschen Nachkriegspolitik lehnten die Grenzen von 1937 deswegen – etwa mit Blick auf Danzig oder das Sudetenland – implizit oder explizit ab.

Die SPD überholte in dieser Frage Union und FDP immer wieder rechts. Während beispielsweise die CDU bei Bundestagswahlen „nur“ mit der Forderung „Dreigeteilt? Niemals!“ die Grenzen von 1937 plakatierte, warb die SPD mit einem Plakat in Schwarz-Rot-Gold, das mit den Worten „Vorwärts / SPD / für ein freies Deutschland“ eine Landkarte zeigte, auf der auch das Memelland, Danzig, Westpreußen und sogar Posen noch als deutsch abgebildet waren. Und im Jahre 1963 meinte noch Willy Brandt persönlich über das alte Ostdeutschland: „Verzicht ist Verrat – wer wollte das bestreiten?“.

Von diesem Denken mag man heute halten, was man will, aber es gehört zu den Tatsachen der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, dass in diesem Punkt noch viele Jahre nach der Niederlage von 1945 nahezu im Konsens Positionen vertreten wurden, die heute – wiederum nahezu im Konsens – schlechterdings als rechtsradikal gelten. Es ist eine Frage eher für Psychologen als für Journalisten, ob Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Theodor Heuß oder Erich Ollenhauer sich eine Welt hätten vorstellen können, in der ohne einen neuerlichen, von Deutschland verlorenen Krieg schon die vorsichtige Kritik an einer völlig einseitigen Zwangsarbeiterentschädigung im Plenum des Deutschen Bundestages den Ausruf „Ein Irrrer!“ durch einen SPD-Politiker nach sich ziehen würde.

Heikle Fragen eher für Psychologen als für Journalisten

Liest man Politikerreden, Zeitungsartikel und Buchveröffentlichungen bis weit in die 60er Jahre hinein nach, dann lässt sich jedenfalls aufzeigen, dass über alle Parteigrenzen (mit Ausnahme der KPD) die tiefe Überzeugung bestand, die Vertreibung von über 14 Millionen Ost- und Sudetendeutschen sei jedenfalls eine Ausgeburt des politischen Extremismus. Auch nach einem von den schlimmsten Verbrechen begleiteten und verlorenen Angriffskrieg traute man Zustimmung zu diesem Vorgehen dem polnischen, tschechischen oder russischen Volk in seiner Mehrheit oder den jeweiligen Politikern keineswegs zu. Dieses an sich sehr sympathische und respektvolle Denken über die östlichen Nachbarn existiert heute so nicht mehr. Die meisten deutschen Politiker haben vielmehr in Sachen Vertreibung die ursprünglich nur stalinistische Position adapiert, wonach die damals geschaffenen Fakten endgültig und unabänderlich seien. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2731**

Verlierer geeint gegen Strahlemann

Tauziehen um das Amt des CDU-Chefs von Nordrhein-Westfalen – Es geht um die Machtstatik der Partei

Eigentlich sollte die Debatte um die Nachfolge von Jürgen Rüttgers CDU-Chefposten in Nordrhein-Westfalen bis Ende August ruhen. Doch die Düsseldorfer CDU hat schon jetzt mit Armin Laschet einen Mann aus den eigenen Reihen nominiert. Die Bundes-CDU favorisiert dagegen überwiegend Umweltminister Norbert Röttgen für das einflussreiche Amt.

Das Märchen vom Hasen und dem Igel, das geht so: Zwei verabreden sich und der Dritte, der rennt sich zu Tode. In welchem Maße Märchen Spiegel der Wirklichkeit sind, wird zurzeit in Nordrhein-Westfalen vorgeführt. Nur sind es dort Drei statt Zwei, die sich einigeln.

Die CDU-Politiker Armin Laschet, Andreas Krautscheid und Karl-Josef Laumann rufen Laschets mutmaßlichem Kontrahenten Norbert Röttgen auch nicht nach Art der Igel zu „Ik bün all dör“, sondern „Wir sind die Landeslösung“ und „Wir machen das als Team mit Andreas Krautscheid und Karl-Josef Laumann“, so Laschet.

Und so wird zwischen Düsseldorf und Berlin in diesen Tagen eine neue Episode des bürgerlichen Trauerspiels CDU inszeniert, denn zahlreiche CDU-Bundestagsabgeordnete sprechen sich für Röttgen aus. Doch auch in Berlin gibt es Befürworter von Laschet, so der ebenfalls aus NRW stammende Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Doch der ist vor allem für den liberalen Laschet, weil er als offener Gegner Röttgens gilt. Von den „Röttgen-Hassern“ (Zitat „Spiegel“) soll es in Berlin inzwischen viele geben, da der stromlinienförmige Jurist viele nervt und auf seinem Weg nach oben auch bereits vielen auf die Füße getreten ist. Um politische Ziele der Kandidaten geht es nur am Rande, zumal es schwierig ist, beide Kandidaten programmatisch zu unterscheiden. Beide gelten als liberal, gleichzeitig aber eher mit den Grünen als mit der derzeit unbeliebten FDP flirtend.

Mit der Ausrufung der Kandidatur des ehemaligen NRW-Integrationsministers Armin Laschet für die Nachfolge Jürgen Rüttgers im Amt des CDU-Vorsitzenden durch den Generalsekretär der CDU, Andreas Krautscheid, unterstützt durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Laumann, warfen drei Wahlverlierer den Hut in den Ring, weil sie die Zukunft bei sich in besseren Händen wähnen. So jedenfalls ihre Begründung: Eine Alternative zur (wie auch immer) amtierenden Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sei „nur aus Düsseldorf heraus zu stemmen“. Für Leute mit Erinnerungslücken wies Armin Laschet darauf hin, man habe im Lande NRW keine guten Erfahrungen mit einem Bundespolitiker an der Spitze gemacht. Das bezog sich auf Norbert Blüm, der zwar einer der beliebtesten Minister im Kabinett Kohl gewesen sei, aber bei Wahlen in NRW keine Punkte habe machen können.

> Röttgen pokert um Laufzeiten – auch um die eigene



Haben sich schon Posten gesichert: Andreas Krautscheid (l.) wurde Generalsekretär der NRW-CDU, Karl-Josef Laumann (r.) CDU-Fraktionsvorsitzender. Nun will Armin Laschet den Vorsitz des Landesverbandes. Bild: pa

Eine derart harsche Abwertung eines politischen Freundes – wer in diesem Zusammenhang heute Norbert Blüm nennt, meint Norbert Röttgen – lässt sich nur durch die Erfahrung des gemeinsamen Verlustes erklären. Laschet, Laumann, Krautscheid, sie haben die Landtagswahl in NRW ebenso verloren wie Rüttgers. Doch während Rüttgers daraus die Konsequenz zog, haben diese drei CDU-Politiker weitere Ambitionen. Die allerdings nicht gesichert wären, sollte Norbert Röttgen den Landesvorsitz gewinnen. So schmettern sie dem Kontrahenten, der sich bislang nicht erklärte, trotzig entgegen: „Ach, wärst Du doch in Düsseldorf geblieben …“

Doch Norbert Röttgen war nach Berlin gegangen, hatte Hauptstadtpolitik gemacht. Und weil einer der hoch gehandelten Merkel-Lieblinge und potenziellen Nachfolger nach dem anderen von der Bühne abtrat, musste Norbert Röttgen zwangsläufig irgendwann in der Reihe der Nachrücker nach vorne kommen. Da steht er nun, und in der politischen Kaffeesatzleserei steht er da – je nach Lesart – ziemlich obenan (weil so viele anderen inzwischen weg sind) oder doch auf schwankendem Boden (weil er es sich auf Dauer mit allen Freunden verdirbt).

Die Kandidatur des Triumvirats von Düsseldorf bringt Röttgen in eine doppelte Zwickmühle: Entscheidet er sich für Düsseldorf (und setzt sich dann in seiner eigenen Partei durch, was keineswegs gesichert ist), wird sein Wert daran gemessen, ob es ihm gelingt, Hannelore Kraft aus dem ermogelten Amt zu drängen. Entscheidet er sich dagegen für Berlin, erodiert seine Basis in NRW noch mehr. Für Liebhaber großer Vergleiche hätte Röttgen die Entscheidung zwischen Scylla und Charybdis. Aber das wäre zu hoch gegriffen. Eher geht es um die Entscheidung zwischen Soest und Wanne-Eickel und in der Ferne auch Berlin.

Für Merkel ist diese Herausforderung aus NRW ein weiterer Beitrag zum Sommer ihres Missvergnügens. Wer weiß schon, ob Norbert Röttgen gerade noch in ihrer Gunst steht oder in Ungnade fiel? Auch seine Herausforderer stehen in dieser Hinsicht wahrscheinlich nicht in der Gnade der wahren Erkenntnis. Und folglich müssen sie davon ausgehen, mit dem Mann an Merkels politischer Seite auch die Kanzlerin selbst zu treffen. Allerdings: Aus deren engstem Umfeld lassen sich verstärkt Parteigänger des Düsseldorfer Triumvirats vernehmen.

Norbert Röttgen, der sich bislang (oft überraschende) Gedanken zur Laufzeit von Kernkraftwerken machte, muss sich inzwischen verstärkt Gedanken über die eigene Laufzeit machen. Aus dem größten CDU-Landesverband igelt es ihm derweil entgegen „Ik bün all dör“. *Klaus J. Groth/Bel*

MELDUNGEN

Zu Ehren von Copernicus

Darmstadt – Die Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) hat ein neues chemisches Element vorgestellt. Es hat die Ordnungszahl 112 und wurde zu Ehren von Nicolaus Copernicus, dem 1473 in Thorn geborenen Begründer des helizentrischen Weltbildes, Copernicium (Cn) genannt. Im Periodensystem ist es zur Zeit das schwerste Element. Copernicium wurde von einem Team von 21 Wissenschaftlern um den Physiker Sigurd Hofmann nach 13 Jahren Forschung entdeckt. Über 750 Wissenschaftler und Gäste mit Ministerpräsident Roland Koch als Pate waren im Juli nach Darmstadt ins GSI-Melmholtz-Zentrum für Schwerionenforschung gekommen, um die Taufe des neuen Elements zu feiern. *D. W. Leitner*

Warnung vor Lynchjustiz

Berlin – Im Streit um einen Ersatz für die Sicherungsverwahrung entlassener Straftäter ist die verstärkte Nutzung der elektronischen Fußfessel nach aufgeregten Debatten in den Hintergrund getreten. Danach sorgte der Vorschlag der Schaffung eines sogenannten „Internet-Prangers“ für Wirbel. In den USA werden bereits Namen, Fotos und Anschriften von freigelassenen Mördern und Sexualverbrechern im Internet veröffentlicht. Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) erklärte sofort, dass diese Methode in Deutschland kaum zulässig wäre und in den USA zu Fällen von Lynchjustiz geführt habe. Auch Konrad Freiberg, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), lehnt den vom Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, stammenden Vorschlag ab: „Der Pranger war ein Instrument des Mittelalters und hat mit den modernen rechtsstaatlichen Normen nichts zu tun.“ *Bel*

Zweite Geldquelle

Bayern reformiert Kirchenfinanzierung

Die Kirchensteuer ist die Haupteinnahmequelle der Kirchen, doch alte Verträge sichern ihnen zusätzliche Mittel. In diesem Punkt bewegt sich dieser Tage mehr als in den letzten 50 Jahren. Den Vorreiter macht ausgerechnet das katholisch geprägte und kirchenfreundliche Bayern.

Nachdem bisher vor allem die kirchenfernen Teile von FDP und Grünen eine Neuregelung – sprich Kürzung – der Kirchenfinanzierung forderten, geht nun die Initiative von der Kirche selber aus. Der Leiter des Katholischen Büros Bayern, Lorenz Wolf, nannte die Besoldung der Bischöfe und Domkapitulare durch den Staat die „nächste Baustelle“, denn diese Regelung werde heute „in der Bevölkerung nicht mehr verstanden“. Auch der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller bedauerte, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, die Bischöfe würden vom Staat bezahlt. Vielmehr handle es sich aber um Ersatzzahlungen für die Erträge aus enteigneten Gütern. Die Dotierung der Bischöfe durch den Staat sei „ein ungelöstes Problem seit der Säkularisation“. Die Kirche müsse deshalb jetzt ein eigenes Besoldungssystem aufbauen.

> Ersatzzahlung für uralte Enteignungen

Um das zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte nötig. Im Reichsdeputationshauptschluss 1803 verloren etwa die Könige von Bayern und Württemberg Gebiete auf der linken Rheinseite, dafür erhielten sie umfangreiche Kirchengüter – deren Gesamtfläche war dreimal so groß wie die Belgiens. Für diese Säkularisation verpflichtete sich der Staat zu regelmäßigen Dotationen an die Kirchen – vor allem wegen des Öffentlichkeitsauftrages der Kirche, von dem der Staat bis heute stark profitiert; vor allem durch die vielen kirchlichen Kindergärten, Schulen, Universitäten und Sozialeinrichtungen.

Dieses Prinzip wurde durch unbefristete Konkordate (katholisch) und Staatskirchenverträge (evangelisch) festgezurrt und besteht bis heute: Baden-Württemberg zahlte 2009 je 49 Millionen Euro für die beiden großen Kirchen. In Bayern erhielt die katholische Kirche 65 und die evangelische 21 Millionen Euro. Alle Länder zusammen überweisen pro Jahr etwa 460 Millionen Euro an die beiden großen Kirchen. *Anton Heinrich*

MELDUNGEN

Mysteriöses »Bogatynia«

Reichenau in Sachsen (Polen) – Tagelang ging eine vom Hochwasser schwer betroffene Kleinstadt durch die Medien, „Bogatynia im Südwesten Polens". Mitunter fiel das Wort „Schlesien", etwa als der polnische Verwaltungschef der Region die Stadt als „schönste in Niederschlesien" pries. Doch kaum je fiel der deutsche Ortsname – Reichenau in Sachsen. Der malerische Ort liegt im Dreiländereck mit Schlesien und Böhmen, in jenem Zipfel Sachsens, der östlich der Neiße liegt und deswegen zu Polen kam. Einen wirklich polnischen Namen gab es 1945 noch nicht, weswegen der Ort in Polen zunächst „Rychwald" hieß, bis 1947 der erfundene Name „Bogatynia" eingeführt wurde. Deutschen Medien sind diese Tatsachen offenbar peinlich, obwohl zumindest die öffentlich-rechtlichen gesetzlich dazu verpflichtet sind, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete", zu dem die Ortsnamen zweifellos gehören, „in dem Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten". *K. B.*

Zweifelhafter Ruf

Madrid/Washington – In den USA und in Spanien blickt man gespannt auf die Schließung der Taiba-Moschee in Hamburg. Diese hatte unter ihrem früheren Namen Al-Quds-Moschee weltweit Bekanntheit erlangt, da sie Treffpunkt einiger Attentäter des 11. September 2001 war. Doch das hatte nicht zur Schließung der Moschee geführt, in der in den letzten Jahren der Deutsch-Syrer Mamoun Darkazanli als Imam tätig war. Dieser erlangte in Spanien zweifelhaften Ruhm als Mitattentäter des Madrider Anschlages vom 11. März 2004. Darkazanli hatte 2005 in Karlsruhe durchgesetzt, dass der Europäische Haftbefehl auf deutschem Boden für ihn nicht gelte. *Bel*

Es brennt nicht nur im Wald

Russlands Regierung feiert ihr Krisenmanagement – Doch im Volk glimmt die Wut

Seit zwei Wochen wütet ein flammendes Inferno in Zentralrussland, das die Hauptstadt Moskau lahm legt und nun auch eine Atomlagerstätte im Ural bedroht. Die Katastrophe hält nicht nur Politiker in Atem, sie überschattet einmal mehr Russlands Großmachtanspruch.

Ende Juli startete die größte russische Arktis-Expedition seit zehn Jahren. Der Atomeisbrecher „Jamal" und das Forschungsschiff „Akademik Fjodorow" sind in See gestochen, um in den kommenden drei Monaten Daten zu sammeln. Mit diesen wollen die Forscher den russischen Anspruch auf den Nordpol untermauern und Beweise dafür liefern, dass sich ihr Festlandssockel auch unter Wasser fortsetzt. Doch die Russen sind nicht allein. Auch das US-Forschungsschiff „Healy" und Kanadas „Louis S. St. Laurent" sind unterwegs. Auch sie wollen beweisen, dass ihr Kontinent unter Wasser weiter nach Norden reicht. Im nördlichen Polargebiet lagern laut amerikanischen Geologen 30 Prozent der bislang unentdeckten Erdgasvorkommen, 13 Prozent der unentdeckten Ölvorräte sowie Gold, Silber, Eisen und Kohle. Der Wettlauf um diese Rohstoffe zwischen den fünf Anrainer-Staaten Kanada, Norwegen, USA, Russland und Dänemark (für Grönland) hat längst begonnen. Einer speziellen UN-Kommission unterliegt die Entscheidung über die Aufteilung der Arktis. Eine präzise topografische Karte des Meeresgrundes soll die Kommission überzeugen.

Immer wieder gab die russische Regierung zu verstehen, dass sie ihre Ansprüche mit allen Mitteln verteidigen werde. Dass die wirtschaftlichen Interessen an erster Stelle stehen, machte Präsident Dmitrij Medwedew beim Kopenhagener Klimagipfel im vergangenen Jahr deutlich, indem er eine Verpflichtung Russlands zum CO_2-Abbau ablehnte. Dabei ist Russland nach China und den USA der drittgrößte Umweltverschmutzer. In einer breit angelegten Medienkampagne wurde die globale Erwärmung als Lüge abgetan, die vom Westen erfunden worden sei, um Russland in die Knie zu zwingen.

Angesichts der verheerenden Brände im Zentrum des Landes hat Medwedew seine Meinung geändert: „Das, was jetzt mit dem Klima auf der Erde vor sich geht, sollte uns alle ... davon überzeugen, dass alles unternommen werden muss, um die globale Klimaveränderung zu bekämpfen."

Während Zentralrussland mit den Flammen kämpft, fegte Ende Juli im Leningrader Gebiet ein Hurrikan übers Land, der sieben Menschenleben forderte und zahlreiche Dächer abdeckte. Doch was in Russland vor sich geht, ist weniger die Folge des Klimawandels als die einer verfehlten Umweltpolitik. Seit Jahrzehnten überlassen Russen ausgebeutetes Land sich selbst. Torfabbau rentiert sich seit dem Vormarsch des Erdöls immer weniger. Torfbrände ereignen sich in den Abbaugebieten jeden Sommer. Wohl deshalb reagierte die Politik nicht sofort. Premier Wladimir Putin war als erster zur Stelle. Medwedew blieb noch ein paar Tage länger im Urlaub. Obwohl in Moskau und Umgebung schon seit über einem Monat nie dagewesene Rekordtemperaturen von über 40 Grad Celsius herrschen, hatte niemand Vorsorge getroffen. Einen funktionierenden Waldbrandschutz gibt es seit Jahren nicht mehr. 2006, also während Putins Amtszeit als Präsident, hatte die Regierung den staatlichen Forstschutz abgeschafft und die Waldpflege weitgehend privatisiert.

Platzmangel: Leichen werden bereits stehend gelagert

Die Bilanz der Feuersbrunst: Die Zahl der direkt in den Flammen Umgekommenen stieg auf über 50, an die 2000 Häuser brannten nieder, 650000 Hektar Wald wurden vernichtet. In der Nähe von Moskau verbrannten in einem Marinelager 200 Flugzeuge und Hubschrauber. Moskau erstickt im Smog. Täglich sterben 700 Menschen, das sind doppelt so viele wie sonst. Die wirkliche Opferzahl könnte jedoch dreimal so hoch liegen. Ärzte berichten anonym auf Internetblogs darüber, dass in den Krankenhäusern Leichen in Kellern stehend gelagert werden, weil die Kühlfächer überfüllt seien. Die Lage in der Stadt ist kritisch. Niemand kann vorhersagen, wie lange die Infrastruktur, Asphalt, Strom- und Versorgungsleitungen noch der Hitze standhalten. Dennoch weigert die Regierung sich, den Notstand zu verhängen. Auch die von Atomanlagen ausgehende Gefahr wird heruntergespielt. Immerhin wurde rund um die Wiederaufbereitungsanlage Majak am Ural der Ausnahmezustand ausgerufen. Der geschätzte Verlust für die russische Wirtschaft soll über elf Milliarden Euro betragen.

Die Versäumnisse der Regierung werden immer schärfer kritisiert. In den Regionen fehlt jede Infrastruktur, fehlende Wege erschwerten die Löscharbeiten, Gerät war entweder defekt oder wurde nicht angefordert. Obwohl Putin in die Provinz eilte und den Opfern großzügige Hilfen anbot, bekam er die Wut der Betroffenen zu spüren. Diese Szenen durften jedoch nicht gezeigt werden. Im Fernsehen war Putin als personifizierte Macht zu sehen, die sich unters Volk mischt. Kritiker sehen darin Wahlpropaganda. Als Krisenmanager könnte Putin buchstäblich als „Phoenix aus der Asche" aus der Katastrophe hervorgehen. Weniger überzeugend steht Präsident Medwedew mit seinen hilflos klingenden Ratschlägen da. Immerhin zahlte er umgerechnet 9000 Euro auf ein Spendenkonto und rief andere dazu auf, seinem Beispiel zu folgen.

Umweltschützer fordern als Sofortmaßnahme die Flutung der Torfgebiete. Die Armee hat zwar inzwischen Wasserleitungen in die Brandherde gelegt, jedoch wirkt dies wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Seit Jahren fordern auch Wissenschaftler die Renaturierung der Moore. Dies verursacht hohe Kosten, dem Staat und den Kommunen fehlt Geld und den Verantwortlichen der politische Wille zum Handeln.

Manuela Rosenthal-Kappi



Krisenmanager Putin: Er ist als einziger Politiker vor Ort und demonstriert Stärke. Bild: Getty

Rosenkrieg in Rom

Fini meutert gegen Berlusconi

Von Anfang an kriselte es in der Parteiehe zwischen Ministerpräsident Silvio Berlusconis rechtsliberaler „Forza Italia" und Parlamentspräsident Gianfranco Finis nationalkonservativer „Alleanza Nazionale". Bereits ein Jahr nach ihrem Zusammenschluss zum Bündnis „Volk der Freiheit" (PdL) kam es im Frühjahr 2010 zum Eklat. Fini griff den Regierungschef wegen seines autoritären Führungsstils an. Nun spalteten sich Fini und einige seiner Anhänger in einer neuen Fraktion ab. Die Gruppe mit dem Namen „Zukunft und Freiheit für Italien" stellt sich zwar hinter die Regierung, doch sie will keine Gesetze mehr zum Vorteil Berlusconis unterstützen.

In der Vergangenheit plädierte der Parlamentspräsident für Verfassungstreue und mehr innerparteiliche Demokratie. Wegen Korruptionsvorwürfen und Mafia-Verbindungen belasteten Amtsträgern legte er den Rücktritt nahe – einschließlich dem skandalumwobenen Ministerpräsidenten selbst. Ferner hatte Fini Berlusconi gezwungen, ein Gesetz gegen illegale Telefonabhörungen und deren Veröffentlichung abzuschwächen, das Ermittlern und Journalisten einen Maulkorb verpassen sollte. Mitgeschnittene Gespräche spielten in Prozessen gegen Politiker und Unternehmer eine wichtige Beweisrolle. Zudem vertritt Fini in Fragen der Einwanderung oder der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften liberalere Positionen.

Nachdem Berlusconi mit dem Koalitionsaustritt Finis und seiner Gefolgsleute die Mehrheit zumindest im Abgeordnetenhaus verloren hat, fordern sowohl der Chef der Demokratischen Partei (PD), Pier Luigi Bersani, als auch der Vorsitzende der Christdemokraten (UDC), Ferdinando Casini, eine Übergangsregierung unter Führung von Wirtschaftsminister Giulio Tremonti sowie Neuwahlen.

Vor Neuwahlen wird aber zurückgeschreckt

„Vorgezogene Neuwahlen gibt es nicht", sagte Umberto Bossi, Chef der rechtspopulistischen „Lega Nord", nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen den PdL-Staatssekretär Giacomo Caliendo. Dank der Stimmenthaltung Finis und seiner Gefolgsleute darf Caliendo seinen Posten behalten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Schmiergeldzahlungen, politische Bestechung sowie die Nähe zu einer kriminellen Vereinigung vor. Fini könnte in Zukunft bei Abstimmungen zum Zünglein an der Waage werden. *Sophia E. Gerber*

Hoffnungsträger hat abgewirtschaftet

Arnold Schwarzeneggers Zeit als Gouverneur läuft aus – Nur wenige bedauern dies

Der „Terminator", der so viele zur Strecke brachte, geht seinem eigenen Ende entgegen. Nicht als Arnold Schwarzenegger natürlich, aber als Gouverneur von Kalifornien. Die maximal zwei erlaubten je vierjährigen Amtszeiten eines Gouverneurs sind in diesem Jahr vorüber. Und für die Wahlen am 6. November tobt bereits jetzt ein erbitterter Nachfolgekampf.

Es ist kein gutes Ende für den republikanischen „Governator", wie er zu Beginn von den Kaliforniern fast liebevoll genannt wurde. Seine letzten Umfragewerte sind mit 26 Prozent auf den niedrigsten Stand für einen Gouverneur des Sonnenstaates seit 50 Jahren gesunken, absurderweise fast denen seines demokratischen Vorgängers Gray Davis gleich, der mit einem „Recall" 2003 wegen der bereits damals katastrophalen Finanzlage abgesetzt wurde und Schwarzenegger damit den ehrgeizigen Weg in eine politische Karriere ebnete. Mit bis zu 65 Prozent trauten die Bürger in den ersten Jahren ihrem neuen Mann im Weißen Haus von Sacramento, der mit Mut und Tatkraft des Action-Heros versprach, die „unverantwortliche Spendenfreudigkeit der Demokraten" zu stoppen und Ordnung in den Fiskus zu bringen. Wichtige Stimmen erhoben sich, die anregten, die US-Verfassung dahin zu verändern, dass auch Politiker, die nicht im Lande geboren wurden, für die US-Präsidentschaft kandidieren können, damit ihr Liebling Schwarzenegger das höchste Amt im Staate offenstehe. Viele sahen gleich eine neue Ära in Washington heranbrechen mit einem Präsidenten Schwarzenegger und seiner Frau aus dem Kennedy-Clan. Doch bald musste der „Governator" wie viele seiner Vorgänger erfahren, dass Regieren in Kalifornien bei einer derart angespannten Haushaltslage kaum möglich ist. Die Wirtschaftskrise verschlimmert die Situation noch dramatisch.

„Der einzige Politiker, der heute gute Umfragewerte erhielte, wäre einer, der durch Zauberhand irgendwo 20 Milliarden Dollar für das Defizit fände", erklärte ein Kommentator, „denn die Kalifornier wollen immer alles haben, ohne etwas dafür zu opfern." Bloß keine Steuererhöhungen. Bloß keine Reduzierung öffentlicher Dienste und anderer Vergünstigungen. Bloß nicht zu viel Macht für Politiker. Und keinen jährlichen Haushaltsplan ohne eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Sacramento. Dazu können die Bürger mit sogenannten „Propositions", so sie denn genügend Unterschriften zusammenbekommen, alle Arten von Vorschlägen auf die Wahlliste setzen und damit ebenfalls Politikern ins Handwerk pfuschen. Es ist ein konstanter Hürdenlauf, der selbst den besten Willen und die größte Begeisterung zu Fall bringt.

Was Schwarzenegger nach seiner Zeit als Gouverneur machen will, lässt er noch offen. Aber möglicherweise hat es mit Politik nichts mehr zu tun und er wechselt zurück ins Filmgeschäft. Schwarzeneggers Zukunftspläne interessieren aber auch derzeit niemanden. Alle Augen sind jetzt auf die Wahlschlacht um seine Nachfolge gerichtet: Für die Demokraten kandidiert der jetzige General-Staatsanwalt Jerry Brown, der bereits von 1975 bis 1983 das Gouverneursamt innehatte, und für die Republikaner das ehemalige geschäftsführende Vorstandsmitglied von ebay, die Milliardärin Meg Whitman.

Der 72-jährige Brown war früher dynamisch und ist heute ein eher matter Elder Statesman ohne übergreifenden Schwung, aber in der Politik erfahren. Whitman ist mit ihren 53 Jahren durchaus noch dynamisch, aber wie Arnold ein politischer Neuling, der mit Enthusiasmus alles Alte niederreißen und neu aufbauen will. Sie glaubt, einen Staat zu regieren, sei dasselbe wie ein Unternehmen zu leiten. Auch merkt man ihr ihre Überzeugung an, dass man mit Geld alles kaufen könne. 71 Millionen Dollar ihres Vermögens investierte Whitman in den Vorwahlkampf um die Nominierung der Republikaner.

Die Fernsehkanäle laufen heiß von gegenseitigen Attacken. Aber von Begeisterung der Wähler ist bisher nichts zu spüren. Politik ist kein Kino. Und Arnold sollte sich freuen, zum Film zurückzukehren. *Liselotte Millauer*



Foto: pa

Geht: Gouverneur Schwarzenegger

Für Deutschland denken

Weniger Bürokratie und eine bessere Verbreitung der deutschen Sprache würden der Wirtschaft schon helfen

Zuwanderung als weites Feld: Vom klassischen Zuwanderer, der dauerhaft in Deutschland bleiben will, bis zur kurzfristig hier tätigen Fachkraft vermengt die politische Debatte hier alles.

In der Zuwanderungsdebatte zeigte Innenminister Thomas de Maizière vergangene Woche Profil. „Wenn ich mir die hohe Zahl der Schulabbrecher und die geringe Zahl der Hochschulabsolventen unter den Migranten ansehe, dann sage ich, wir sollten uns erst einmal um die kümmern, die bereits da sind", so der CDU-Politiker. Er erteilte damit den Plänen von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und Bildungsministerin Annette Schavan (CDU), weitere Zuwanderer ins Land zu holen, eine klare Absage. De Mazière betonte, dass man doch erst einmal die Deutschen zurückholen solle, die in den letzten Jahren aus den verschiedensten Gründen Deutschland verlassen haben, bevor man völlig Fremde anwirbt.

Die politische Zuwanderungsdebatte verläuft also medienwirksam ideal, um das Sommerloch zu füllen. Allerdings gibt es zwischen dem, was die Mehrheit der Deutschen inzwischen unter Zuwanderung versteht, und dem Bedarf der auf den Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft an gut ausgebildeten Fachkräften viele verschiedene Ebenen. Zugewandert sind schließlich nicht nur die unqualifizierten, einstigen anatolischen Bauern, die inzwischen in der dritten Generationen in Deutschland leben, aber nicht integriert sind, sondern es sind auch der für eine gewisse Zeit in einem deutschen Unternehmen hier tätige schwedische Biologe, der chinesische Ingenieur und der US-amerikanische Ökonom. Aber wenn die deutsche Wirtschaft klagt, dass sie Probleme hat, Mitarbeiter ihrer ausländischen Tochterunternehmen nach Deutschland zu versetzen, weil die deutsche Bürokratie lange braucht, um sehr kurz befristete Visa für die Mitarbeiter und ihre Familien ausstellt, dann geht es hier nicht um Zuwanderung im klassischen Sinn, sondern um unnötige Bürokratie.

Fachkräfte aus der EU gelten zudem nicht mehr als Zuwanderer. Wenn die Wirtschaft also Fachkräfte braucht, könnte sie in den anderen EU-Staaten theoretisch relativ leicht Personal rekrutieren. Eine neue Studie vermittelt auch den Eindruck, dass das möglich wäre. „Europas Fachkräfte zieht es nach Deutschland", titelte die „Welt" optimistisch. Allerdings sind die veröffentlichten Zahlen der Personalmarktforschungsgesellschaft Trendence, die 220 000 Studenten der Ingenieurs- und IT-Wissenschaften aus 24 europäischen Ländern befragte, missverständlich. So wollen natürlich nicht 50 Prozent der schwedischen Ingenieursabsolventen nach Deutschland, sondern nur 50 Prozent der Absolventen, die sich vorstellen können, nach dem Abschluss im Ausland zu arbeiten. Wie viele das aber jeweils anteilig sind, erwähnt die „Welt" nicht.

Trotzdem ist die Studie interessant, denn sie verdeutlicht, dass Deutschland für Akademiker viele attraktive Arbeitgeber bietet. Zudem sind gerade für Absolventen aus Osteuropa die deutschen Löhne trotz hoher Sozialabgaben und Steuern attraktiv. Die Exportnation lockt junge Qualifizierte mit weltweit bekannten Marken, doch erstaunlicherweise setzen viele Akademiker ihre Idee, in Deutschland zu arbeiten, zu wenig in die Tat um. Das schadet auch Deutschland, denn dieses Land lebt vor allem von den Erfindungen und Innovationen, die sich die klugen Köpfe in diesem Land erdenken. Wem diese klugen Köpfe gehören und vor allem wo sie sich befinden, ist den international tätigen deutschen Unternehmen egal, der deutschen Gesellschaft allerdings nicht, denn die profitiert am meisten von den Dingen, die hier im Land erdacht und so weit wie möglich umgesetzt werden. Und wenn schon im Ausland produziert wird, dann sollen zumindest die Forschungszentren im Land sein.

> Akademiker sprechen immer öfter Englisch – Deutsch eher weniger

Innenminister de Mazière weist zwar darauf hin, dass man erst das vorhandene Potenzial im Inland nutzen sollte, aber auch hier tun sich Chancen auf, die über einen deutschen und europäischen Pass hinaus gehen. So gibt es an vielen Hochschulen eine Vielzahl ausländischer Studenten, deren Ausbildung der deutsche Steuerzahler schließlich mitfinanziert. Diese jungen Menschen nach dem Studium zumindest eine Zeit im Land zu beschäftigen, ist für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft reizvoll. Zumal sie auch schon weitestgehend mit der deutschen Kultur und vor allem der Sprache vertraut sind. Denn die mangelnde Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland ist ein Grund, warum viele Akademiker trotz attraktiver Arbeitgeber und Arbeitsverhältnisse nicht nach Deutschland kommen. Nicht von ungefähr können die USA, Kanada und Australien sich die besten Fachkräfte aussuchen, schließlich ist Englisch international weit verbreitet. Das kann man von der deutschen Sprache immer weniger sagen, zumal die deutsche Politik sich nur bedingt für die Verbreitung der deutschen Sprache einsetzt. Zwar gilt Deutsch neben Englisch und Französisch offiziell als dritte EU-Arbeitssprache, doch da die deutsche Politik nicht auf die Umsetzung dringt, sind sehr viele Veröffentlichungen nur in Englisch und Französisch verfasst. Das wiederum hat zur Folge, dass das Erlernen der deutschen Sprache schon innerhalb der EU immer weniger Schüler reizt, da der Nutzen nur bedingt erkennbar ist. Die Goethe-Institute bieten zwar wacker in vielen Ländern der Welt Deutschkurse an, doch hiermit werden nur Menschen erreicht, die sich zumeist schon zuvor bewusst für das Erlernen der deutschen Sprache entschieden haben. Zwar ist es offiziell die Aufgabe der steuerfinanzierten „Deutschen Welle", die deutsche Sprache in die Welt zu bringen, doch inzwischen setzt der Auslandsender vor allem auf die internationale Verbreitung westlicher Werte und auf Werbung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Und um die hierfür wichtige Zielgruppe zu erreichen, entschied man sich 2008, das englischsprachige Angebot zulasten des deutschsprachigen auszuweiten, schließlich sei Englisch internationale Verkehrssprache.

Entscheidungen wie diese haben durchaus eine Lenkungsfunktion bei der Frage, welche und wie viele Menschen als Zuwanderer, zugewanderte Fachkräfte oder Fachkräfte auf Zeit sich für Deutschland als Ziel entscheiden. *R. Bellano*



An der TU Chemnitz sitzen unter den Studenten viele Chinesen: Von den 609 ausländischen Studierenden aus 71 Ländern, die sich derzeit in Chemnitz eingeschrieben haben, kommt etwa ein Drittel aus China. Bild: pa

KURZ NOTIERT

USA vor Rezession? Das US-Arbeitsministerium vermeldet für das zweite Quartal ein Sinken der Produktivität von Industrie und Dienstleistungssektor um 0,9 Prozent. Einen Produktivitätsrückgang hat es zuletzt Ende 2008 gleich nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers gegeben. Ökonomen befürchten nun einen Rückfall der USA in die Rezession. *Bel*

Tokio statt Wallstreet: Mit gemischten Gefühlen hat das japanische Finanzministerium verkündet, dass die Volksrepublik China ihre milliardenschweren Devisenreserven immer öfter in japanischen Wertpapieren anlegt und zugleich weniger US-Anleihen kauft. Tokio kann sich über Pekings verstärktes Engagement am japanischen Geldmarkt nicht freuen, denn dadurch ist der japanische Yen gestiegen, was für Japan den Export verteuert. *Bel*

Bürokratische Hürden abbauen: Anläßlich der aktuellen Zuwanderungsdebatte hat die FDP erkannt, wie wichtig im Kampf um Fachkräfte aus dem Ausland der Abbau bürokratischer Hürden ist. Hier haben sich nun gleich mehrere Liberale der Forderung der US-Handelskammer angenommen, hierzulande auch US-Führerscheine anzuerkennen. *Bel*

Rechenspiele bei der Commerzbank: Kaum hat die Commerzbank verkündet, dass sie für das erste Halbjahr 2010 1,1 Milliarden Euro Gewinn verbuchen kann, meldet sich die Politik zu Wort und fordert Zinszahlung auf die stille Einlage des Staates. 2009 war die Bank um die neun Prozent Zinsen auf die 16,4 Milliarden Euro Staatsgeld herumgekommen, da sie ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro eingefahren hatte und nur bei Gewinnen zahlen muss. Möglicherweise muss das Kreditinstitut aber auch 2010 nicht zahlen, denn der Gewinn ist nach dem internationalem Rechnungslegungsstandard IFRS ermittelt. Eine Berechnung des Ergebnisses nach dem deutschen Handelsgesetzbuch liegt noch nicht vor. Doch nur wenn diese einen Gewinn ausweist, dann muss die Bank auch Zinsen zahlen. *Bel*

Tote kann man nicht mehr fragen

Für die »Haider-Millionen« sind bisher keine Belege aufgetaucht

Beim Stichwort „Konten in Liechtenstein" denkt man heute sofort an Steuerbetrug, Geldwäsche, Diktatoren, Parteispenden und Amtsmissbrauch. Aber lässt sich das alles in eine einzige Geschichte packen? Durchaus, wie der Skandal um die angeblichen geheimen Millionen des verstorbenen FPÖ-Chefs Jörg Haider zeigt. Allerdings tauchten die in einer Jahreszeit auf, in der das sonst gerne das Monster von Loch Ness und der Nazi-Schatz im Toplitzsee tun. Und sie tauchten im nicht gerade SPÖ-feindlichen Wochenmagazin „profil" auf. Und sie wurden von den Medien phantasievoll aufgebauscht, die von SPÖ-kontrollierten Ministerien und Firmen mit großen Inseraten bedacht werden. Und bei den zwei Landtagswahlen im Herbst geht es für die SPÖ um den Erhalt der relativen Mehrheit in der Steiermark und der absoluten in Wien, wo die FPÖ Hauptkonkurrent ist.

Andererseits würde kaum jemand die Hand dafür ins Feuer legen, dass nicht doch was dran ist. Denn Haider war überaus einfallsreich, er liebte das Ungewöhnliche – und er machte sich jede Menge Feinde, selbst in der eigenen Partei. Vor allem im nationalen Flügel – den er mehr und mehr entmachtete, um „gesellschaftsfähig" zu werden –, aber auch im liberalen Flügel war man verärgert, dass er sich vorzugsweise mit ideologiefreien „Jungtalenten" umgab, die ganz von seiner Gunst abhingen, der sogenannten „Buberlpartie". Und diese steht heute bei zwei großen Finanzaffären – der Hypo Group Alpe Adria und der privatisierten Wohnungsgesellschaft Bauen und Wohnen GmbH (Buwog) – in ziemlich schiefem Licht da.

> FPÖ ist in Wien schärfster Konkurrent der SPÖ

Einer von der Partie war Walter Meischberger, dessen „Tagebuch" im Zuge eines Steuerstrafverfahrens – wegen einer Abfindung beim Ausscheiden aus seinen Parteiämtern und einer Buwog-„Provision" – im Februar beschlagnahmt worden war. Dieses „Dokument" gelangte nun in die Medien, und daraus stammen die 45 Millionen, die Briefkastenfirmen, Liechtenstein, Gaddafi und Saddam Hussein.

Die Staatsanwaltschaft in Vaduz ließ dazu verlauten, dass unter den dort beschlagnahmten Unterlagen keine Konten oder Firmen aufgetaucht seien, die „von Haider oder seinem unmittelbaren Umfeld kontrolliert wurden oder werden". Auffällig ist, dass das „Tagebuch" nicht schon bei einer Hausdurchsuchung im Vorjahr entdeckt wurde. Vermutlich wurde es erst nachträglich verfasst – was Maischberger indirekt bestätigt: Er riet einer Tageszeitung, man solle die Geschichte „nicht besonders ernst nehmen", und ergänzte, er habe eine „Gedächtnisstütze für die Einvernahmen in der Buwog-Causa" anlegen wollen. Der Sprecher der Korruptionsstaatsanwaltschaft Wien nannte die Angaben „Eintragungen vom Hörensagen, die wiederum ein anderer vom Hörensagen gehört haben soll". Und Gerüchte gab es viele – was zum Haider-Mythos beitrug.

Während Haiders Auslandsreisen Tatsachen sind, gibt es über Auslandsgelder – wann, woher und wohin – bisher keine Belege. Einmal abgesehen von der „Optik" ist daher offen, ob überhaupt Gesetzesverstöße vorlägen. Allerdings war auch von Hypo-Konten die Rede, und zu Hypo und Buwog laufen in Wien, Klagenfurt, München und Vaduz die Ermittlungen voll weiter. Jede Querverbindung kann zur Aufklärung beitragen.

In der jüngsten Ausgabe gibt „profil" an, im Besitz eines mit „Streng geheim" versehenen Dossiers des irakischen Innenministeriums vom Mai 2008 zu sein, demzufolge Haider und ein Begleiter bei ihrem Besuch in Bagdad im Mai 2002 von Saddam Hussein insgesamt fünf Millionen Dollar erhalten hätten. Der Begleiter, heute BZÖ-Abgeordneter, weist dies kategorisch zurück. Auch berichtet „profil", ein seit 2004 verschwundener Haider-Mann, der den Großteil der 45 Millionen „verspekuliert" und sich nach Paraguay abgesetzt haben soll, habe angerufen (mit Nummernunterdrückung!) und mitgeteilt, dass er in Klagenfurt lebe und mit der Sache nichts zu tun habe.

Es bleibt also spannend, zumindest bis zur Wiener Wahl am 10. Oktober. Denn obwohl alle verdächtigten Ex-FPÖ-Leute Haider zum BZÖ folgten, bleibt wohl auch an der FPÖ etwas hängen. *RGK*

Frust mit E-Post

Über Innovationen lässt sich streiten

Die Deutsche Post gibt es jetzt auch im Internet. „Verbindlich, vertraulich, verlässlich", so wirbt sie für ihren neuen elektronischen E-Postbrief, mit dem sie den Anschluss ans digitale Zeitalter finden will. Kunden verspricht sie, was die marktbeherrschende, oft kostenlose E-Mail nicht verspricht: Sicherheit. Dass die Nachricht zudem auch klassisch in Papierform ankommen kann, macht den E-Postbrief interessant.

Doch zum Start hagelt es Pannen: Datenschutz und Sicherheit sind nur bedingt gegeben, elektronische Dateianhänge gehen mitunter verloren. Der Werbeslogan „kommt immer gut an" gilt daher nur begrenzt. Das Hauptargument angesichts schwindender Post-Filialen ist das der Öffnungszeiten: Bequem und jederzeit Briefe zu verschicken ist mit dem neuen E-Postbrief nicht möglich. Wer die ausgedruckte Form wünscht, ist faktisch an die Öffnungszeiten der Post gebunden. Auch das zweite Argument der Sicherheit zählt nur bedingt. Alle elektronischen Transportwege sind durchgehend verschlüsselt, so die Post. Doch bieten sich Angriffsmöglichkeit für Hakker, zudem gilt das Briefgeheimnis nicht. Und ein Blick in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zeigt: Beim Einrichten des eigenen Kontos wird der Nutzer automatisch in ein Adressverzeichnis eingetragen „ähnlich dem Telefonbuch". Die Daten werden auch an Geschäftskunden weitergereicht. Auch sollen Kunden laut AGB ihr Postfach täglich leeren.

> Der Postbote liest mit

Wer das unterlässt, kann böse Überraschungen erleben, ähnlich dem realen Briefkasten: Briefe gelten als zugestellt, mögliche Rechtsfristen laufen.

Beim Preis ist die Post ebenfalls wenig kundenfreundlich, hilft der Kunde doch auch Personal und Arbeit sparen. Es gelten normale Porto-Sätze. Einzig bei der Verschlüsselung der Daten verspricht der E-Postbrief Vorteile gegenüber der bisherigen E-Mail. Aber: „Der Postbote liest mit" – sagen Kritiker. Dennoch ist die Nachfrage groß: 250 000 Nutzerkonten gibt es schon. Das lässt Bearbeitungszeiten von derzeit etwa drei bis vier Tagen weiter steigen. *SV*

Unappetitlich

Von Rebecca Bellano

Armin Laschet ist bereits als Kandidat für den CDU-Vorsitz in Nordrhein-Westfalen gesetzt, ob Umweltminister Norbert Röttgen ebenfalls antritt, ist zwar noch nicht entschieden, doch Interesse am Amt hat er bereits bekundet. Doch für was stehen diese beiden Politiker eigentlich?

Armin Laschet hat als Integrationsminister unter Jürgen Rüttgers so manches Mal selbst die Grünen und die Sozialdemokraten links überholt. Norbert Röttgens Klimapolitik dürfte vor allem Grünen-Wähler ansprechen. Seine pathetischen Reden beim Klimagipfel in Kopenhagen, in denen er betonte, dass es bei dem Treffen schließlich „um das globale Überleben" ginge, konnten schon für Magenverstimmung sorgen. Von seiner Rolle bei der Verlängerung der AKW-Laufzeiten wollen wir hier gar nicht erst reden. Noch unappetitlicher ist jedoch, wie beide Kandidaten vor allem um die eigene Karriere besorgt sind. Und bezeichnenderweise geben sie sich nicht mal viel Mühe, ihre Streben nach neuen Posten zumindest mit pseudo-politischen Zielen zu kaschieren.

Dass bei solchem Personal immer weniger Wähler bereit sind, der CDU ihre Stimme zu geben, kann doch eigentlich nicht überraschen.

Mehr Ehrlichkeit

Von Hans Heckel

Wohlfeil oder nur realistisch? Der Vorschlag von Jürgen Trittin, die Taliban an der Macht in Afghanistan zu beteiligen, wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet – wie eigentlich alle Beiträge der jüngeren Zeit zu dem Thema.

Die niederträchtigen „Gotteskrieger" allerdings dürften die Offerte aus Berlin vor allem als Vorboten ihres näherkommenden Sieges werten: Ihr Feind kann nicht mehr, deshalb will er verhandeln. Dazu passt, dass ohne einen Abzugsplan zu haben nun immer öfter Jahreszahlen für die „Übergabe der Macht" (an wen?) eingebracht werden.

Der Hamburger Sicherheitsexperte Hans-Georg Ehrhart fordert eine gründliche Analyse dieses Krieges für die Zeit danach. Dabei solle geklärt werden, wann militärisches Eingreifen überhaupt sinnvoll sei. Zudem, möchte man anfügen, müssen wir uns die Frage stellen, wo die Grenzen abendländischen Zivilisationsexports liegen.

Verloren wird dieser Krieg nicht vor allem am Hindukusch, sondern in der Heimat. Grund: Die Menschen fühlen sich verschaukelt. Statt ihnen klipp und klar zu sagen, dass Deutschland in den Krieg zieht, wurden die Deutschen jahrelang mit Euphemismen abgespeist. Da liegt ein wesentlicher Grund für den Groll, an dem auch die (viel zu) späten Eingeständnisse der Politik, namentlich des populären Verteidigungsministers, nichts mehr ändern konnten. Also: Seid künftig wenigstens ehrlich!

SPD ohne Konturen

Von Konrad Badenheuer

Worum wird in der SPD bei der momentanen Diskussion um Rente und Steuern eigentlich gekämpft? Um die besten politischen Lösungen für Deutschland bei zwei wichtigen Themen? Das wäre das Beste, was man sagen könnte. Oder geht es nur um Taktik und Terraingewinne gegen Union und Linkspartei? Das wäre schon weniger schmeichelhaft für die traditionsreiche Partei, obwohl zur Demokratie das Ringen um Popularität und Wählerzustimmung unvermeidlich dazugehört. Die unvorteilhafteste Deutung der Sommerloch-Inszenierung der SPD ist, dass nur innerparteiliche Positionskämpfe ausgetragen werden mit Blick auf eine wichtige Klausur Ende August und den Bundesparteitag am 26. September.

Prüft man die Wortmeldungen insbesondere von Sigmar Gabriel, Olaf Scholz und Klaus Wowereit, dann frappiert deren dürftige sachliche Substanz. Die Rente mit 67 Jahren ist unabweisbar notwendig. Dass dazu zunächst mehr Erwerbstätigkeit bis 65 Jahren notwendig ist, ist klar. Doch sind hier positive Veränderungen in vollem Gange, über die auch Gabriel informiert ist.

Gabriel zielt weniger auf Merkel als auf seinen Fraktionschef

Sein Vorstoß in dieser Sache (siehe Seite 1) zielt deswegen weniger auf die Bundesregierung als vielmehr auf SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Er hält, wenn auch mit verbalen Zugeständnissen an die SPD-Linke, im Kern fest an den unbestreitbar erfolgreichen und in der Sache alternativlosen Reformen der „Agenda 2010". Damit hat er innerparteilich keinen leichten Stand, auf dem nächsten Parteitag könnte er regelrecht rasiert werden.

Doch die Rentendebatte bietet womöglich nur einen Vorgeschmack auf das, was die Partei dem staunenden Volk demnächst in der Steuerpolitik bieten könnte. Die „Finanzexperten" der Partei um Joachim Poß arbeiten an einem Eckpunktepapier, das man nur als Steuererhöhungsorgie bezeichnen kann: Medienberichten zufolge sollen der Spitzensteuersatz und die Abgeltungssteuer um jeweils fünf Prozentpunkte steigen, die Erbschaftssteuer soll verschärft, Vermögensteuer und Finanztransaktionssteuer sollen neu eingeführt werden.

Das wäre mehr als nur ein Gruß an die Partei „Die Linke", das wäre der Marsch in ein programmatisches Nirwana. Mit einer solchen Wirtschaftspolitik könnte Deutschland international kaum bestehen. Außerdem wäre es eine Abkehr auch von der SPD-Politik der letzten Jahre – nicht erst in der Zeit der Großen Koalition.

Soll nach der CDU noch die andere große Volkspartei in Deutschland Profil und Berechenbarkeit verlieren? Was kurzfristig nur die kleineren Parteien stärkt, führt zur zunehmenden Konturenlosigkeit in einem Parteiensystem, das zu zerfließen scheint.



Weich und süß, so präsentieren sich die Parteien vor Wahlen gern dem Volk: Heute geschieht dies immer öfter auch zwischen den Wahlen, weil es immer weniger Überzeugungen gibt. Parteien verlieren dabei an Profil und Kontur, der politische Diskurs zerfließt .

Bild: vario

Gastbeitrag



Ein Nachruf auf die Wehrpflicht

Von Dieter Farwick

Verteidigungsminister Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg hat mit seiner Ankündigung, aus Kostengründen die Wehrpflicht nicht mehr halten zu können, eine öffentliche Debatte initiiert. Dabei überwiegen die Stimmen für die Abschaffung der Wehrpflicht.

Als jemand, der 39 Jahre in der Armee mit Berufs- und Zeitsoldaten sowie mit Wehrpflichtigen gedient hat, möchte ich noch einmal herausstellen, was die Wehrpflicht für das Binnenleben unserer Streitkräfte bedeutet hat und was folgerichtig die Abschaffung für das Binnenleben der zukünftigen deutschen Streitkräfte bedeuten würde.

Es mehren sich die Anzeichen, dass die Wehrpflicht ab dem 1. Juli 2011 zwar nicht aus dem Grundgesetz gestrichen, aber ausgesetzt wird. Sie soll durch eine „freiwillige Wehrpflicht" abgelöst werden. Dieser sprachliche Widerspruch macht deutlich, dass ein Kompromiss gefunden werden soll, der die Kritiker einer Abschaffung ruhigstellen soll.

In der öffentlichen Diskussion überwiegen bislang finanzielle Argumente. Wenn Bundestagsabgeordnete heute beklagen, dass die Kassenlage den Grad der Sicherheit bestimmt, dann müssen sie sich vorwerfen lassen, dass ihnen das sehr spät auffällt. Wenn es stimmt, dass der Bundeswehr in Zukunft jährlich eine Milliarde fehlen wird, und deswegen die Wehrpflicht nicht mehr zu halten ist, muss man schon einmal genauer hinschauen.

Rein finanzielle Vorgabe erzwingt das »Aus« für die Wehrpflicht

Eine Milliarde sind ungefähr drei Prozent des Verteidigungshaushaltes und weniger als 0,5 Prozent des Gesamthaushalts. Der Verteidigungshaushalt beträgt in Deutschland 1,3 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit liegt Deutschland im Vergleich der Nato-Mitgliedstaaten auf einem hinteren Tabellenplatz und deutlich unter dem Wunschziel der Nato von zwei Prozent. Wenn die Wehrpflicht – wie heute von Politikern betont wird – ein „Kernelement" deutscher Sicherheitspolitik ist und die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft durch die Wehrpflicht garantiert wird, stellt sich die Frage, ob die Finanzen den Ausschlag geben sollten.

Es gibt eine andere gravierende Vorgabe: Der Finanzminister hat dem Verteidigungsminister auferlegt, je 20 000 Stellen für Berufs- und Zeitsoldaten zu streichen. Dies zwingt zur Aufgabe der Wehrpflicht. Die Streitkräfte wären nicht in der Lage, rund 7000 Soldaten gleichzeitig in Auslandseinsätzen zu haben und parallel dazu jährlich 50 000 Wehrpflichtige gut auszubilden. Es ist schon verwunderlich, dass der Finanzminister solche Vorgaben macht, bevor die „Weise-Kommission" Alternativen zur jetzigen Struktur vorgelegt hat.

Hinzu kommt, dass die Wehrpflicht über die Jahrzehnte politisch ausgehöhlt wurde. Der Grundwehrdienst wurde von seinem Höchststand von 18 Monaten auf jetzt sechs Monate reduziert. Spätestens mit der Verkürzung des Grundwehrdienstes auf zwölf Monate wurde das Ziel aufgegeben, die Wehrpflichtigen so auszubilden, dass sie im Verbund mit den Berufs- und Zeitsoldaten in der Lage gewesen wären, in einem intensiven Gefecht bestehen zu können. Gleichzeitig wurde das Recht auf Kriegs-/Wehrdienstverweigerung immer extensiver ausgelegt, bis die berühmte Postkarte genügte, sich für den Zivildienst zu entscheiden. Es galt als clever und schick, nicht den Grundwehrdienst zu leisten.

In den letzten Jahren stieg sogar die Chance, weder das eine noch das andere machen zu müssen. So repräsentierten die einberufenen Wehrpflichtigen schon seit Jahren nicht mehr den gewünschten „Bevölkerungsquerschnitt". Die „Parlamentsarmee" ist schon lange nicht mehr das Spiegelbild der Gesellschaft. Sie wurde ein Zerrbild – mit den Stimmen der Politiker, die heute die De-facto-Abschaffung der Wehrpflicht so vehement beklagen.

Schon zu meiner Zeit als Kompaniechef in den 60er Jahren waren wir gezwungen, rund 30 bis 50 Prozent unserer Wehrpflichtigen davon zu überzeugen, dass die Verpflichtung auf Zeit eine attraktive Alternative zum Grundwehrdienst darstellte. Gruppen- und Zugführer waren vom ersten Tag an gehalten, auf Kandidaten für eine Verpflichtung zu achten. Gespräche mit dem Kompaniechef folgten. Diese Suche nach dem Nachwuchs bestimmte auch das Bild des Wehrpflichtigen in der Truppe. Er war nicht eine Nummer, sondern vielleicht ein zukünftiger Unteroffizier in der eigenen Einheit. Die in den Kompanien geworbenen Freiwilligen waren in der Regel deutlich besser als diejenigen, die über die „Freiwilligenannahmestellen" in die Truppe kamen.

Der Grundwehrdienst war eine Art „Schnupperkurs". Beide Seiten – Vorgesetzte und Wehrpflichtige – konnten testen, ob eine Verpflichtung Sinn hätte. Diese Situation führte aber nicht zu einer „weichen Welle" in der Ausbildung. Es war eine harte „kriegsnahe" Ausbildung, bei der die Würde des Einzelnen zu achten war.

Spätere Laufbahnen von ehemals Wehrpflichtigen als Offiziere und Unteroffiziere lassen erkennen, dass dieses truppennahe Auswahlsystem nicht schlecht war. Diese Auswahl der richtigen „Freiwilligen" hat durch die Auslandseinsätze an Bedeutung gewonnen. Die Auslandseinsätze werden nicht geprägt durch die Generalität und die Stabsoffiziere. Sie werden geprägt von den jungen Offizieren, den jungen Unteroffizieren und – zu einem Drittel – von den „freiwillig längerdienenden Wehrpflichtigen". Diese Gruppe prägt in Prizren und Kundus das Bild, das sich die dortige Öffentlichkeit von den deutschen Streitkräften macht. Diese jungen Soldaten vertreten Deutschland. Ihr Auftreten – besonders der „längerdienenden Wehrpflichtigen" – und deren „kulturelle Kompetenz werden allseits gelobt. Die Defizite in den deutschen Einsatzregeln und in der Ausrüstung sind diesen jungen Soldaten nicht anzulasten. Im Gegenteil – sie müssen sich von den politisch Verantwortlichen verraten fühlen, wenn sie Vergleiche mit Soldaten anderer Nationen ziehen.

Freiwillig Längerdienende würden in Auslandseinsätzen bitter fehlen

Die bei den Auslandseinsätzen dringend benötigten freiwillig längerdienenden Wehrpflichtigen sind ein wunder Punkt bei einer Abschaffung der Wehrpflicht. Es ist zu bezweifeln, dass es gelingt, die avisierten 25 000 qualifizierten „freiwilligen Wehrpflichtigen" zu gewinnen. Die Beispiele anderer Länder – unter anderem Spanien und Großbritannien – zeigen, dass die Hürden sehr hoch sind, ohne den „Schnupperkurs Wehrpflicht" genügend Freiwillige zu bekommen. Teilweise sind die Anforderungen auf ein bedenkliches Maß reduziert worden.

Politische Prioritäten führen den Rotstift. Er zwingt zum Aussetzen der Wehrpflicht – und damit zur deren De-facto-Abschaffung. Mit ein bis zwei Milliarden mehr für die Bundeswehr und einem drastischen Abbau von für den Einsatz nicht benötigten Dienststellen und der Reduzierung von falscher Ausrüstung wären sinnvolle Alternativen mit Wehrpflichtigen möglich. Die Entscheidungsträger und die interessierten Bürger sollten den Preis der Abschaffung kennen: Die deutschen Streitkräfte werden in eine Nische gerückt und vermehrt nur dann wahrgenommen, wenn es schlechte Nachrichten gibt. Sie werden es sehr schwer haben, ausreichenden qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Die deutschen Streitkräfte werden ohne Wehrpflichtige farbloser und langweiliger. Deutschland bekommt andere Streitkräfte – schlechtere, aber die Kassenlage stimmt.

Der Autor kam 1961 als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr. Er ist Brigadegeneral a. D. und Chefredakteur von www.worldsecurity-network.com. Er war Direktor des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr und ist Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.

Interpret und Seelenschilderer

Zehn Jahre Museum Georg Schäfer: Eine Ausstellung in Schweinfurt zeigt Porträts aus dem 19. Jahrhundert

„Eines der schönsten neuen Kunsthäuser der Republik“ wurde das Museum Georg Schäfer (MGS) in Schweinfurt schon genannt. In diesem Jahr feiert es sein zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wird eine Ausstellung mit Meisterwerken der Porträtkunst gezeigt.

Die Stadt Schweinfurt verbindet man gemeinhin mit Kugellagern oder gnerell mit der metallverarbeitenden Industrie. Georg Schäfer (1896–1975), Industrieller und Mitinhaber der FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co., hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine der bedeutendsten Sammlungen deutscher Malerei des 19. Jahrhunderts zusammengetragen. Heute

Kein Ahnenkult, sondern Menschenbilder

ist diese Sammlung in einem Museum vereint und umfasst etwa 1000 Gemälde und 4600 Arbeiten auf Papier. Bislang konnte man im MGS 440 000 Gäste aus nah und fern begrüßen.

Mit der neuen Ausstellung, in der Porträtkunst des 19. Jahrhunderts zu bewundern ist, begegnet der Besucher dem Menschen in all seiner Vielfalt. So schreibt Sigrid Bertuleit, Direktorin des Museums Georg Schäfer, im Katalog zur Ausstellung: „Der Sammler Georg Schäfer hatte sich beim Ankauf von Bildnissen wohlweislich nicht auf die zeitgepolten Repräsentations- und Ausstattungsstücke sowie den Ahnenkult konzentriert. Er richtete seine Sammleraussage vielmehr auf Menschenbilder, Dichter, Denker, Politiker, Maler und Musiker.“

Der Maler Philipp Otto Runge (1777–1810) hat einmal gesagt: „Wie habe ich mich davor geängstigt, das Gefühl zu verlieren, dass ich einst ein Gesicht zeichnen könnte ohne Ausdruck, ohne dass nur irgend etwas anderes da wäre als Auge, Mund und Nase; und wie kann ich mich noch davor ängstigen.“ Sein Kollege Wilhelm Trübner (1851–1917) sah das ganz anders: „Es ist gleich, ob ein Porträt ähnlich ist; nach fünfzig Jahren weiß doch kein Mensch mehr, wie der Betroffene ausgesehen hat.“ Es lag nicht zuletzt in dieser Verantwortung des Porträtisten, welches Bild die Nachwelt vom Dargestellten hat. „Von der spontanen Skizze und Erinnerungszeichnung über das repräsentative Porträt bis hin zur Karikatur prägte der Künstler als Interpret und Seelenschilderer des Menschen dessen Bild im Auge der Nachwelt“, so Karin Rhein, Kuratorin für Grafik am MGS, im Katalog. So wird etwa das Bismarck-Bild bis heute entscheidend geprägt durch die Porträts, die Franz von Lenbach (1836–1904) geschaffen hat.

Der bayerische Maler hat wie kein anderer Künstler den Eisernen Kanzler porträtiert. Ein erstes offizielles Bildnis entstand 1879. 80 weitere sollten folgen. 1898 zeichnete Lenbach Bismarck auf dem Totenbett, und später entstanden Bildnisse für Bismarck-Verehrer. Das früheste Bildnis Otto von Bismarcks aber schuf Franz Krüger (1797–1857). Es zeigt einen jungen Mann, der lässig auf einer Gartenbank posiert. Krüger stellt Bismarck elegant und etwas dandyhaft dar – der „Eiserne“ Kanzler ist noch nicht zu ahnen.

Im Luisen-Jahr 2010 wird man immer wieder mit Bildnissen der preußischen Königin konfrontiert. Ihr Mann, der eigentliche Herrscher Preußens, Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) ist in den Hintergrund gedrängt. Eine Kreidezeichnung von Karl Begas (1794–1854) aus dem Jahr 1825 zeigt im MGS einen Mann, der den Betrachter skeptisch anblickt. Die Zeichnung entstand für das erste Porträt, das Begas vom König zeichnen durfte. Bald war Begas anerkannter Bildnismaler in Berlin, doch erst 1846 erfolgte die Ernennung zum preußischen Hofmaler. Von Immanuel Kant über Richard Wagner bis Arthur Schopenhauer reicht die Reihe der Porträtierten. Den Königsberger Philosophen malte der reisende Porträtist C. Vernet, über den nur wenig bekannt ist. Das Bild zeigt den fast 70-jährigen Philosophen 1793 in Dreiviertelansicht. Kritisch blickt der Königsberger den Betrachter an, so dass man in Dialog mit dem großen Denker treten möchte. Eine „Eingangspforte“ zu seiner eigenen Philosophie bezeichnete der junge Schopenhauer Kants Lehre. Der Danziger gilt als der bedeutendste Schüler des Königsbergers. Das Aquarell mit dem Bildnis des „jungen Wilden“ von 1806 zeigt einen jungen Mann, der mit wachen, wenn auch skeptischen Augen in die Welt blickt. Noch ist er etwas kindlich, doch sein energisches Kinn weist den Weg. Schopenhauer stand der Porträtkunst allerdings kritisch gegenüber, denn er meinte, er sei nicht zu porträtieren, da er jeden Augenblick ein anderes Gesicht zeige. Dennoch haben es viele Künstler versucht, ihn zu porträtieren. Das Schweinfurter Bildnis ist jedoch nicht genau zuzuordnen, es stammt vermutlich von Louise Caroline Seidler oder Caroline Bardua. Es ist aber das bislang früheste bekannte.

Die Schweinfurter Ausstellung beherbergt nicht nur eine Reihe von illustren Porträtierten, sondern auch Werke von bedeutenden Künstlern wie Corinth, Liebermann, Slevogt, Spitzweg oder Menzel. Ein Gang durch diese Schau ist somit auch ein Gang durch die deutsche Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Silke Osman




Otto von Bismarck: Als junger Mann von Franz Krüger, als alter Herr von Franz von Lenbach porträtiert Bild: MGS

Die Ausstellung „Meisterwerke der Porträtkunst“ ist vom 2. bis 19. August aus technischen Gründen geschlossen. Sie ist wieder vom 20. August bis 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr im Museum Georg Schäfer, Brückenstraße 20, Schweinfurt am Main, geöffnet. Im September freier Eintritt, sonst 6/5 Euro. Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher, farbig bebilderter Katalog (256 Seiten, 228 Abbildungen, davon 139 in Farbe und 89 Schwarz-weiß-Abbildungen, 34 Euro).

IN KÜRZE

Neues Buch über A. Kolde

Koldes Schaffen umfasst alle Äußerungen anschaulichen und geistigen Lebens, es birgt Zeitbetrachtungen und Stimmungen von dem griechischen Mythos, der Legenden und Tierwelt bis zur klassischen Dichtung“, schilderte der Kritiker Adolf Nowakowsky in der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ das Werk des Malers. „Die Farbe herrscht vor. Alles schwingt in ihr voller Leben, schwelgt und reißt Wesentliches hervor, ruht in Spannungen und ist dargestellt in einer kraftvollen Anmut, die das grüblerische Gemüt des Künstlers gestaltet.“ Der Besucher des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg kann nun bis 10. Oktober in diese Bilderwelt eintauchen und Farben und Formen auf sich wirken lassen. Wer keine Gelegenheit hat, diese Ausstellung mit den Gemälden Alexanders Koldes (1886–1963) zu besuchen, der mag zu einem Buch greifen, das seine Töchter Berta Alexandrowna und Katharina für den Husum Verlag zusammengestellt haben. Sie erzählen vom Leben des Künstlers, zeigen vor allem aber auch sein malerisches Werk, das lange im Schatten seiner graphischen Arbeit stand. Entstanden ist ein reich bebildertes Lesebuch, das jedem Freund spätexpressionistischer Kunst gefallen wird. *os*

***Berta Alexandrowna und Katharina Kolde: „Alexander Kolde – Meister der Farben“**, Husum Verlag 2010, 108 Seiten, etwa 100 meist farbige Abbildungen, gebunden, 12,95 Euro*

Bildhauerkunst auf dem Gipfel

Vor 125 Jahren starb Jean-Baptiste Pigalle – Friedrich der Große schätzte ihn sehr

Das Rondell um die Große Fontäne im Park von Sanssouci erstrahlt wieder in altem Glanz. Nach jahrelanger Arbeit konnten jetzt zwei Marmorkopien zweier Skulpturen von Jean-Baptiste Pigalle aufgestellt werden. Die Originale von „Merkur“ und „Venus“ stehen seit langem im Bode-Museum in Berlin. Von ihnen wurden Gipsabgüsse gefertigt, nach denen die Bildhauer Wolfgang Wille und Rudolf

Kostbare Originale kamen ins Museum

Böhm die Marmorkopien schufen. Die Kopien der Werke von Pigalle waren nötig, um die kostbaren Originale zu schützen.

„Pigalle, Pigalle, das ist die große Mausefalle mitten in Paris“, sang Bill Ramsey in den frühen 60er Jahren. Pigalle steht allgemein für den Rotlicht-Bezirk am Hügel des Monmartre in Paris rund um den Place Pigalle. Weniger bekannt sein dürfte der Bildhauer Jean-Baptiste Pigalle, dessen Werke bereits Friedrich den Großen entzückten. Er wurde am 26. Januar 1714 in Paris geboren und stammte aus einer handwerklich tätigen Künstlerfamilie. Sein Großvater und sein Vater waren Menuisiers (Möbeltischler), die nicht furnierte Möbel schnitzten sowie Wand- und Deckenverkleidungen aus Holz fertigten.

Pigalle lernte bei verschiedenen Künstlern in Rom, wo er antike Statuen kopierte. 1744 wurde er Mitglied der Academie Royale in Paris aufgrund seiner Statue von „Merkur, der sich die Flügelsandalen anschnallt“. Seitdem schuf er zahlreiche Skulpturen, die aber nach Ansicht von Kunstverständigen nie wieder die Schönheit des Merkurs erreichten. Immerhin waren seine Werke so angesehen, dass er zu den drei größten Bildhauern Frankreichs gezählt wurde.

Friedrich II. hatte für den Garten seines Schlosses Sanssouci 1750 zwei Statuen Pigalles von König Ludwig XV. von Frankreich (1710/1715–1774) geschenkt bekommen. Es waren „Merkur“ und „Venus“, die der König am Rondell in seinem Park von Sanssouci aufstellte. Seitdem interessierte er sich für den Künstler, machte aber nie den Versuch, ihn nach Berlin zu ziehen.



Marmorkopie nach Pigalle: Wolfgang Wille mit der Skulptur des Merkur Bild: spsg

„Er hat die Bildhauerkunst auf den höchsten Gipfel gebracht“, schrieb er in seiner „Eloge du baron de Knobelsdorff“ (1754) über Pigalle. Ein Freund des Königs, Marquis d'Argens (1703–1771), berichtete ihm am 9. Oktober 1764 aus Straßburg über das Marmorgrabmal des Marschalls Moritz von Sachsen in der Thomaskirche, an dem Pigalle arbeitete.

Als Verehrer Voltaires (1694–1778) im Jahre 1770 beschlossen hatten, dem Dichter-Philosophen ein Denkmal zu setzen,

Voltaire nackt auf einem Baumstamm

wollten sie Pigalle dafür gewinnen. Auch der Preußenkönig trug sich mit 200 Louis d'or in die Reihe der Subskribenten ein und beabsichtigte, eine Kopie davon zu bestellen.

Aber erst 1776 kam die Skulptur zustande. Pigalle bildete Voltaire nackt auf einem Baumstumpf sitzend ab, wobei er als Vorbild die Statue „Ares Ludovisi“ (um 320 vor Christus) verwandte, die er aus dem Palazzo Altemps in Rom kannte. Friedrich ließ sich die Kopie des Denkmals herstellen und stellte sie im Vestibül von Sanssouci auf. – Jean-Baptiste Pigalle starb am 21. August 1785.

Jürgen Ziechmann/os

Blumen und Frauen

Die Vielfalt im Werk des Malers Emil Nolde

Die Düsseldorfer Galerie Ludorff hat ihre Ausstellung mit Gemälden, Aquarellen und Druckgraphik von Emil Nolde verlängert (bis 28. August). In dem umfassenden Überblick über das vielfältige Schaffen des Ausnahmekünstlers finden sich auch die berühmten Blumenbilder Noldes. Erste Motive dieser Art entstanden ab 1906 auf der Insel Alsen, wo Nolde in einem gemieteten Fischerhaus die längste Zeit des Jahres verbrachte. Die üppigen Bauerngärten der Nachbarn inspirierten den naturverbundenen Künstler zu diesen Bildern.

Zeitlebens ist der Künstler von Blumen und Gärten fasziniert. Überall, wo er sich niederlässt, sucht er gleichzeitig die Nähe zur Natur. Er greift auch mal selbst zum Spaten und zur Harke und genießt die Freude beim Betrachten der knospenden Pflanzenstauden. Das Aquarell „Sonnenblumen“ entstand, als Nolde sich schon seit längerem in Seebüll aufhielt, wo er sich seit 1927 nach eigenen Plänen ein Wohn- und Atelierhaus errichten ließ.



Emil Nolde: Sonnenblumen (Aquarell, 1917) Bild: Galerie Ludorff

Dort pflegt die Nolde Stiftung Seebüll heute das Andenken an den Maler. Die Jahresausstellung 2010 „Blumen- und Gartenbilder“ zeigt bis November mit über 104 Gemälden, Aquarellen und Grafiken einen Querschnitt durch Noldes Werk.

Einem anderen Aspekt kann man in der Berliner Ausstellung „Bewundert, gefürchtet und begehrt – Emil Noldes Frauenbildnisse“ nachgehen. 50 Nolde-Bilder werden Arbeiten von Arnold Böcklin, Edvard Munch, Pablo Picasso und Andy Warhol gegenüber gestellt. *os*

*Die **Galerie Ludorff**, Königsallee 22, Düsseldorf, ist dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr und sonnabends von 11 bis 14 Uhr geöffnet, Eintritt frei.*
*Die **Nolde Stiftung Seebüll** in Neukirchen ist täglich von 10 bis 18 Uhr, bis September donnerstags auch bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt 8/3 Euro.*
*Die **Dependance der Nolde Stiftung Seebüll** in Berlin, Jägerstraße 35, ist bis 31. Oktober täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet, Eintritt 8/3 Euro.*

Ambivalentes »Geschenk Gottes«

Die Einführung der Antibabypille vor 50 Jahren kam einer Revolution gleich. Unter dem Namen „Enovid“ bot die US-amerikanische Firma Searle & Co. am 18. August 1960 die erste Antibabypille an. Das neue Mittel zur Empfängnisverhütung enthielt Ersatzstoffe der Eierstockhormone, die den Eisprung und somit die Schwangerschaft verhindern. Damit erfüllte sich der schon von Siegmund Freud formulierte Wunsch, Geschlechtstrieb und Fortpflanzung voneinander zu trennen. In den westlichen Industrienationen indes führte „die Pille“ und der von ihr verstärkte „Wertewandel“ zu einem massiven Geburtenrückgang, dem sogenannten Pillenknick.

Die Forschungen zur künstlichen Empfängnisverhütung gehen bereits auf die Zeit kurz nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Der österreichische Physiologe Ludwig Haberlandt hatte im Tierversuch nachgewiesen, dass eine bestehende Trächtigkeit eine weitere Befruchtung verhindert. Das wusste die Menschheit seit jeher, neu war jedoch die Schlussfolgerung, dass Frauen durch die Gabe von Schwangerschaftshormonen vorübergehend unfruchtbar gemacht werden könnten. Es dauerte allerdings noch Jahrzehnte, bis die Wissenschaft in der Lage war, diese Hormone künstlich herzustellen. Erst 1951 konnte der Bostoner Pharmakologe Gregory Pincus einen dem weiblichen Sexualhormon Progesteron ähnlichen Stoff als Verhütungsmittel zum Patent anmelden.

Dass sich Pincus überhaupt der Forschung zur Schwangerschaftsverhütung zuwandte, ist der Krankenschwester Margaret Sanger zu verdanken. Bei ihrer Arbeit war sie täglich mit dem Elend von ungewollt Schwangeren konfrontiert. So wurde sie zu einer Vorkämpferin für die Geburtenkontrolle. Auf einer Party sprach sie Pincus auf die Entwicklung eines Verhütungsmittels an. Nachdem der Wissenschaftler Interesse gezeigt hatte, stellte die bekannte Frauenrechtlerin Katharine McCormick zwei Millionen Dollar für die Forschung zur Verfügung.



Antbabypillen Bild: Internet

Für viele Frauen – und Männer – ging mit Pincus' Erfindung ein Traum in Erfüllung. Erst diese unkomplizierte Form der Empfängnisverhütung machte die sexuelle Revolution möglich. Kritikerinnen dagegen bemängelten Gesundheitsrisiken für die Frau sowie den Umstand, dass die Verantwortung für die Verhütung allein der Frau übertragen sei und sie zudem als Objekt männlichen Sexualtriebes mehr als bisher verfügbar geworden sei. Auch die Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen liefen anfangs Sturm gegen das neue Verhütungsmittel, das sie als moralzerstörend und als Eingriff in die Schöpfung brandmarkten. Heute dagegen kann die ehemalige Bischöfin Margot Käßmann die Pille öffentlich als „Geschenk Gottes“ preisen, ohne dafür nennenswerten Widerspruch zu ernten.

Die Pille hat die Gesellschaft der industrialisierten Nationen verändert. Mehr als 200 Millionen Frauen lassen sich die Antibabypille regelmäßig verschreiben. Die demografischen Folgen sind stärker denn je, weil bereits die Kinder derer fehlen, die wegen der Pille nicht geboren wurden. *Jan Heitmann*

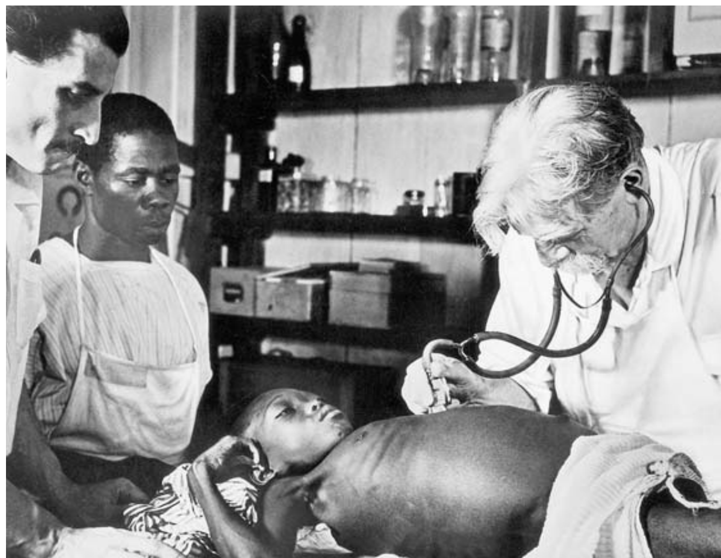
Deutsche Spuren in Gabun

Vor 50 Jahren wurde Gabun unabhängig – Ein Teil des Landes war einst deutsches Schutzgebiet

Am 17. August begeht das zentralafrikanische Gabun den 50. Jahrestag seiner Unabhängigkeit – ein Anlass für die Rückbesinnung auf eine vergessene Zeit gemeinsamer deutsch-gabunischer Geschichte.

Die Unkenntnis hierzulande über dieses Regenwaldland mit nur eineinhalb Millionen Einwohnern am Golf von Guinea ist groß. Die Republik Gabun ist für die deutschen Massenmedien uninteressant, denn sie bedient nicht die üblichen Klischees von fliegengeplagten verhungernden Kindern oder marodierenden Milizen. Sie gehört seit ihrer Unabhängigkeit vielmehr zu den stabilsten Ländern Afrikas. Gabun bietet auch keine auf Ströme von Touristen ausgerichteten Safaris an. Es setzt mit seinen 13 Nationalparks stattdessen auf den Schutz der Flora und Fauna sowie auf Individualtourismus. Im Gegensatz zu diesem großen Desinteresse stehen einige Aspekte der Geschichte des Landes, in dem Deutschland bis heute Spuren hinterlassen hat.

Auf eine Bürgerrevolte in den marokkanischen Städten Rabat und Fes im Jahr 1911 reagierte Frankreich entgegen internationaler Vereinbarungen mit militärischer Gewalt. Offiziell zum Schutz seiner Bürger agierend, ging es der Kolonialmacht in Wirklichkeit vor allem um wirtschaftliche und politische Interessen. Das deutsche Kaiserreich kritisierte diesen Rechtsbruch in aller Form. Als Frankreich jedes Verhandlungsangebot ausschlug, drohte Kaiser Wilhelm II. offen mit Kriegsbereitschaft. Der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ stimmte er dennoch nur widerstrebend zu. Der Monarch war unbeherrscht und verfügte nicht über die diplomatische Weitsicht eines Reichskanzlers Bismarck, doch auch er war kein Kriegstreiber. So endete die zweite Marokkokrise dann auch mit der deutschen Anerkennung des französischen Anspruchs auf Marokko.



Deutschsprachiger Kosmopolit: Albert Schweitzer in Lambaréné/Gabun Bild: pa

Als Gegenleistung erhielt man unter anderem einen großen Teil Französisch-Äquatorialguineas, nunmehr als Neukamerun bezeichnet. Dazu gehörten auch große Teile der heutigen gabunischen Nordprovinzen Woleu-Ntem und Ogooué-Ivindo. Der Verwaltungs- und Militärbezirk Wolö-Ntem wurde im Herbst 1912 von der 10. Kompanie der Schutztruppe aus Jaunde übernommen. Genau wie die Franzosen zuvor, konnte man zu keiner Zeit die vollständige militärische Kontrolle erlangen. Insbesondere die Stämme der Fang-Ethnie leisteten zunächst passiven, bisweilen aber auch erheblichen offenen Widerstand. Jahrhundertelang selber Eroberer



waren sie anfangs nicht gewillt, sich fremden Gesetzen und Gebräuchen zu unterwerfen. Dank des nachhaltigen Aufbaus von Infrastruktur, landwirtschaftlicher Neuerungen auch zum Wohl der angestammten Bevölkerung, der Einführung eines engagierten Schul- und Ausbildungssystems sowie einer beispiellosen medizinischen Versorgung konnten die Deutschen das Verhältnis jedoch deutlich verbessern. Man hatte in kurzer Zeit erreicht, wozu die französische Kolonialmacht zuvor nicht imstande gewesen war. In der Provinzhauptstadt Oyem zeugen Inschriften auch heute noch von der deutschen Kolonialpräsenz.

Richten wir unser Augenmerk auf eine weitere geschichtsträchtige Gemeinsamkeit zwischen Gabun und Deutschland. Es handelt sich genauer um eine bedeutende und verdiente Persönlichkeit mit Wurzeln im Oberelsass. Und auch wenn er nach 1918 die französische Staatsangehörigkeit annehmen musste, so hatte er doch Erziehung und Studium als Deutscher im deutschen Kaiserreich genossen. Er selber betrachtete sich lediglich als Elsässer und Kosmopolit. Es handelt sich um den Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer.

Eine mehrstündige Autofahrt führt den Interessierten von der Hauptstadt Libreville aus bis nach Lambaréné. Dort hatte sich der Mediziner 1913 seinen Lebenstraum erfüllt, das Urwaldhospital Lambaréné. Er hat dort Tropenkrankheiten erforscht und Tausende von Menschen medizinisch versorgt. Und dort liegt er seit seinem Tod im Jahr 1965 auch begraben.

Wer diesen besonderen Ort heute besucht, kommt nicht umhin, den tiefen Respekt und die Fürsorge zur Kenntnis zu nehmen, mit denen das Andenken an Albert Schweitzer noch immer geehrt wird. Jedes gabunische Schulkind kennt seine Verdienste und weiß um seine deutschen Wurzeln. Und wie steht es um das Wissen hierzulande? Deutsche der jüngeren Generationen jedenfalls wissen so gut wie nichts über diesen Mann und können schon gar keinen Bezug zu Gabun herstellen. *Andreas Reinhardt*

In einem Nachtclub in Hamburg

Vor 50 Jahren traten die »Beatles« erstmals außerhalb Großbritanniens auf – Lebensgefühl einer Generation

Du hast sie, du hast sie tatsächlich?“ Die 15-jährige hing am Hals des Mannes, der der beste aller Väter war. Ihm war es schließlich gelungen, Karten für ein Konzert zu ergattern, das schon lange ausverkauft war. „Mensch, das ist ja in der 6. Reihe! Bombig! Da kann man alles ganz genau sehen.“ An einem warmen Tag im Juni 1966 war es dann soweit. Das Getöse in der großen Ernst-Merck-Halle war kaum zu überbieten, doch noch waren es nur die Konzertbesucher, die den Lärmpegel in die Höhe trieben. In Sprechchören rief man nach den Stars. Die aber ließen auf sich warten. Zuerst trat eine Gruppe auf, welche die Stimmung anheizen sollte. Dann endlich – die Fans waren schon heiser – kamen sie. Die vier jungen Männer brachten die Halle zum Kochen. Mädchen schrien begeistert ihre Namen: John, Paul, George, Ringo! Die grinsten und spielten einen Hit nach dem anderen, in voller Lautstärke versteht sich. Vater und Tochter waren noch zwei Stunden nach dem Konzert nahezu taub. Doch noch Jahrzehnte später sprachen sie davon: „Weißt du noch, damals bei den Beatles?“

Es begann alles 1956 in Liverpool mit der Schülerband „The Quarrymen“, die der 16-jährige John Lennon ins Leben gerufen hatte. Ein Jahr später stieß der 15-jährige Paul McCartney dazu. Im Sommer 1957 begannen Lennon und McCartney dann mit dem gemeinsamen Komponieren eigener Stücke. Am 6. Februar 1958 besuchte George Harrison, ein 14-jähriger Freund von Paul McCartney, ein Konzert der „Quarrymen“ in Liverpool. Auch er wurde in die Gruppe aufgenommen. In der ersten Hälfte des Jahres 1958 nahmen „The Quarrymen“ zu privaten Zwecken einige Lieder in einem Studio in Liverpool auf. Unter ihrem neuen Namen „Johnny and the Moondogs“ nahmen die Jungs schließlich an einem Talentwettbewerb teil, wenn auch nicht erfolgreich. Im Januar 1960 stieß John Lennons Freund, der angehende Maler Stuart Sutcliffe, als Bassist zu den „Moondogs“, die sich kurze Zeit später „The Silver Beatles“ nannten. Im August 1960 fiel der Zusatz Silver weg und man nannte sich fortan „The Beatles“. Im selben Monat kamen Lennon, McCartney, Harrison und Sutcliffe sowie der wenige Tage zuvor rekrutierte Schlagzeuger Pete Best in Hamburg an, wo sie ab dem 17. August 1960 täglich im Indra Club auf der Großen Freiheit auftraten. Als der Club wegen Ruhestörung geschlossen werden musste, zogen die Beatles Anfang Oktober in den Kaiserkeller um. Dort trat auch die ebenfalls aus Liverpool stammende Gruppe „Rory Storm & the Hurricanes“ mit ihrem Schlagzeuger Ringo Starr auf. Das erste gemeinsame Konzert von Lennon, McCartney, Harrison und Starr fand am 18. August 1962 in der Hulme Hall von Birkenhead statt

Ende November 1960 mussten die Beatles wegen der Minderjährigkeit des 17-jährigen George Harrison Deutschland verlassen. Stuart Sutcliffe, der in Hamburg blieb, starb am 10. April 1962 im Alter von nur 21 Jahren an einer



Erfolgreichste Band des 20. Jahrhunderts: Die Beatles Bild: Internet

Hirnblutung. In den folgenden zwei Jahren absolvierten die Beatles noch vier weitere Spielzeiten in der Hansestadt, davon eine im Top Ten Club, die restlichen im renommierten Star-Club. 1966 kamen sie zum vierten und letzten Mal nach Hamburg, wo sie in der Ernst-Merck-Halle das legendäre Konzert gaben.

Das erste offizielle Beatles-Album „Please Please Me“ erschien am 22. März 1963. Der endgültige Durchbruch gelang ihnen dann am 13. Oktober 1963 mit einem Auftritt in der populären ATV-Sendung „Sunday Night At The London Palladium“, den 15 Millionen Menschen verfolgten. Hunderte von kreischenden Fans verursachten ein Verkehrschaos vor dem Theater.

Überhaupt wurden die hysterischen, meist weiblichen Fans den Beatles bald lästig. So sollen sie sich in Birmingham als Polizisten verkleidet haben, um den Fans zu entkommen. Ein anderes Mal gelang die Flucht durch das Kanalsystem der Stadt, während die Polizei auf den Straßen Wasserwerfer einsetzen musste. Dass die „Fab Four“, die fabelhaften Vier, wie sie auch genannt wurden, in allen Schichten mit ihrer Musik ankamen, macht nicht zuletzt eine freche Bemerkung John Lennons während eines Konzerts deutlich: „Für unser letztes Stück bitte ich Sie um Ihre Mithilfe: Könnten die Leute auf den billigen Plätzen mit klatschen? Der Rest von Ihnen klappert einfach mit den Juwelen!“

Mit bisher rund 1,3 Milliarden verkauften Tonträgern zählen die Beatles zu den kommerziell erfolgreichsten Bands des 20. Jahrhunderts. Sie prägten die Musik mit ihren gitarrenlastigen Melodien im 4/4 Takt (Beat). Auch durch ihre Filme übten sie Einfluss auf die Popkultur aus. Ihre meist kurzen Filme zum Erscheinen ihrer Singles sandten sie an Fernsehsender und trugen so zur Entwicklung des Musikvideos bei.

Nur gute zehn Jahre dauerte die Hoch-Zeit der vier aus Liverpool. Im April 1970 trennten sie sich wegen persönlicher und geschäftlicher Differenzen. Besonders tragisch war der Tod Lennons, der 1980 von einem Geistesgestörten Fan erschossen wurde. George Harrison starb 2001 an Krebs.

Ringo Starr, der in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag feierte, und Paul McCartney machen weiterhin Musik – erfolgreich natürlich. *Silke Osman*

Friedrichs trickreichster Sieg

Bei Liegnitz schlug der Preußenkönig mit 16 000 Mann einen doppelt so starken Gegner

Von den 15 Schlachten, die Friedrich der Große in den drei Schlesischen Kriegen selbst geschlagen hat, hat er nur drei verloren: Die Schlacht von Kolin am 18. Juni 1757, die von Hochkirch am 14. Oktober 1758 und die von Kunersdorf am 12. August 1759. Immer hat er seine Truppen angreifen lassen; nur einmal wurde er selbst bei Hochkirch überraschend angegriffen. Die Schlacht bei Liegnitz vom 15. August 1760 war seine trickreichste.

Im letzten und längsten der Schlesischen Kriege, dem Siebenjährigen, hatte Friedrich II. nach der verheerenden Niederlage bei Kunersdorf seine bisherige Strategie aufgegeben, die auf die Vernichtung eines seiner Feinde ausgerichtet war. Doch auch Friedrichs österreichischer Gegner verhielt sich fürs erste ruhig. Wien wollte zunächst den Anmarsch der Russen an die Oder abwarten, um dann mit vereinten Kräften die Preußen anzugreifen. Es war dann Ernst Gideon von Laudon, welcher die Initiative ergriff. Der österreichische General war der erfolgreichste Angreifer in der Armee Maria Theresias und eine ausgeprägte militärische Begabung. Am 23. Juni 1760 gelang es ihm, Generalleutnant Heinrich August de la Motte Fouqué, der mit seinem kleinen Korps Schlesien verteidigen sollte, bei Landeshut zu schlagen. Danach eroberte Laudon am 26. Juli 1760 die Festung Glatz. Friedrich, der mit 40 000 Mann in Sachsen stand, eilte daraufhin mit seinen Truppen nach Schlesien. Die österreichische Hauptarmee unter dem Feldmarschall Leopold Joseph von Daun folgte ihm mit 78 400 Mann.

Am Vorabend der Schlacht befand sich das Lager des Königs mit 26 750 Mann südwestlich der Stadt Liegnitz; der Fluss Katzbach lag östlich. Sein Vorhaben, sich mit den Truppen seines Bruders Prinz Heinrich, der östlich der Oder in der Neumark mit 35 000 Mann den Russen entgegentreten sollte, zu vereinigen, wurde dadurch behindert, dass sich der General Laudon mit 32 000 Österreichern nordöstlich genau zwischen Liegnitz und der Oder postiert hatte. Auf der anderen Seite hatte sich die österreichische Hauptarmee von Daun südlich und südöstlich von den Preußen postiert. Daun wollte mit seinen überlegenen Truppen einen Ring um die Armee des Königs ziehen, die Preußen besiegen und den Krieg auf diese Weise beenden. Er hatte durch das Heranziehen eines weiteren Korps unter General Franz Moritz von Lacy seine Heeresmacht auf 100 760 Mann vergrößert. Wenn die Preußen in ihrem Lager stehen geblieben wären, hätten sie höchstwahrscheinlich keine Chance gehabt.

Am Abend des 14. August 1760 ab 20 Uhr ließ der König seine Armee in aller Stille durch die Stadt Liegnitz hindurch in Richtung des nordöstlich davon gelegenen Dorfes Bienowitz aufbrechen. Die Straßen der Stadt waren mit Stroh bedeckt, um den Lärm der Hufe der Pferde und der Kanonenräder zu dämpfen. Die Entfernung zwischen der Armee des Feldmarschalls Daun im Südwesten und dem Korps des Generals Laudon im Nordosten betrug nur etwa zwölf Kilometer. Die Lagerfeuer des verlassenen Lagers wurden unter der Bewachung weniger Freiwilliger von Bauern angezündet und unterhalten, so dass die Österreicher im Süden annehmen mussten, dass sich die preußischen Soldaten noch daselbst aufhielten.



Bild: BpK

Friedrich der Große beim Regiment Bernburg nach dem Sieg bei Liegnitz: Illustration von Carl Röchling

Aber die Preußen waren nicht die einzigen, die in dieser Nacht unterwegs waren. Laudon hatte seine Truppen so in Bewegung gesetzt, dass sie den Ring um das preußische Lager, das er noch südlich der Stadt Liegnitz vermutete, schließen sollten. Er hatte mit seinem Korps, das noch 24 400 Mann stark war, den Fluss Katzbach bei der Furth-Mühle überschritten und war bis Bienowitz gelangt.

Gegen 3.30 Uhr begegneten sich noch im Dunkeln die ersten Regimenter der Preußen und der Österreicher. Es herrschte dichter Nebel. Ein Bote kam zum König, der abgestiegen war und sich an einen Baum gelehnt hatte. Er meldete die Begegnung mit dem Feind. Wieder hatte der königliche Feldherr schneller als sein Gegner die Situation erfasst. Der König ließ seine Kavallerie, unterstützt von rasch aufgefahrener Artillerie, anreiten und dahinter die Infanterie mit ihrer bewährten Feuerkraft aufmarschieren. Da wegen des Gefechtslärms befürchtet werden musste, dass jetzt von Süden her das riesige österreichische Hauptheer in den Kampf eingreifen könnte, wurde der General Hans Joachim von Zieten mit dem gesamten rechten Flügel der Preußen abkommandiert, um dem König den Rücken frei zu halten. Zieten postierte seine Truppen an den Flussübergängen von Katzbach und Schwarzwasser.

Bei Tagesanbruch gegen 4 Uhr griffen die Preußen in Schlachtordnung an. Laudon hatte mehr Soldaten zur Verfügung, da er es ja nur mit dem linken Flügel der Preußen zu tun hatte, der zwar über viele Kanonen verfügte, aber nur etwa 16 000 Mann zählte. Trotzdem wurden seine Truppe in die Flucht geschlagen. Laudon verlor 3594 Mann an Toten und Verwundeten sowie 4646 Gefangene, 23 Fahnen, 80 Geschütze und 45 Munitionswagen. Die Verluste der Preußen betrugen 3394 Mann. Zieten, der dem König dann unbehelligt gefolgt war, meinte: „Wir haben Laudon besiegt, die übrigen haben es bleiben lassen.“ *Jürgen Ziechmann*

Streitbarer Christdemokrat

Geboren wurde ich 1927 als polnischer Staatsangehöriger im evangelischen Pfarrhaus zu Znin, nordöstlich von Posen. Seit 1968 lebe ich in Hamburg. Zwischen Znin und Hamburg, mit den Stationen Thorn, Posen, Frankfurt an der Oder, Berlin-Ost und -West, führte mich mein Weg gen Westen.“ – Winfried Steffani, einer der bekanntesten Parlaments- und Pluralismus-Experten, hat erfahren, was es bedeuten kann, „in Polen als Deutscher mit polnischer Staatsangehörigkeit“ behandelt zu werden und in Deutschland „gelegentlich als deutschsprechender Pole“: So entstehe Minderheitenbewusstsein.



Winfried Steffani Bild: privat

Steffani, zunächst Tischler und Innenarchitekt, hat dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund, dann dem Ring Christlich Demokratischer Studenten angehört. CDU-Mitglied war er – in einer Minderheitenposition – bis 1992. Dann trat er aus, weil ihm verwehrt wurde, die Mitgliederliste seines Ortsverbands einzusehen. Er wirkte in der Hamburger Enquêtekommission Parlamentsreform mit, welche die Aufnahme plebiszitärer Elemente in die Verfassung empfahl. Vor zehn Jahren, am 14. August 2000, ist Steffani verstorben. *Helmut Stubbe da Luz*

Wie der Soldatenkönig zu seinen Soldaten kam

Die Wurzeln der Wehrpflicht reichen bis weit vor die Französische Revolution zurück – Kasernen gab es erst ab etwa 1760

Die Wehrpflicht als Dienst für die Allgemeinheit wird üblicherweise auf die Befreiungskriege des frühen 19. Jahrhundert zurückgeführt, ist aber in ihrem Kern viel älter. Am Anfang stand die Überlegung des Soldatenkönigs aus dem Jahre 1733, die rüden Methoden der Regimenter, die bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses im In- und Ausland auf das Heftigste untereinander konkurrierten, zu beenden und durch ein System aus Anwerbung und Aushebung zu ersetzen.

Die für jedes preußische Regiment festgesetzten Aushebungsgebiete (Kantone) umfassten in Anlehnung an das Grundsteuerkataster 5000 bis 8800 Feuerstellen (Häuser mit eigenem Eingang und Kamin). Sie waren in (Ost-)Preußen mit seiner geringeren Bevölkerungsdichte größer und in bevölkerungsstarken Regionen kleiner. Dementsprechend zog das bis 1756 in Rastenburg und Gerdauen garnisonierende Infanterieregiment Nr. 2 seine Rekruten neben der Garnison aus den Ämtern Barten, Lötzen, Linkuhnen, Kukernese, Rautenburg, Heinrichswalde und Wingen, während das in Berlin stationierte Regiment Nr. 1 nur auf wenige Kantone in der Mark angewiesen war.

Aufgerufen wurde aber noch nicht der komplette Jahrgang, sondern nur der Ersatz für die beispielsweise krankheitsbedingt ausgefallenen bereits eingezogenen Kantonisten, so dass sich die Zahl im Frieden auf etwa 60 Soldaten pro Kanton und Jahr beschränkte. Wer dazu ausersehen wurde, war kein Wehrpflichtiger im heutigen Sinne, der zeitlich begrenzt diente und anschließend für bestimmte Zeit in die Reserve wechselte, sondern ein zwangsverpflichteter Soldat auf Lebenszeit mit langen Beurlaubungsperioden, und weil die weiterhin Angeworbenen ebenfalls Berufssoldaten waren, war die ganze Armee folglich eine Berufsarmee.

Weil die Ersetzten für eine weitere Verwendung ausfielen, entstand auch keine für die Wehrpflichtarmee typische Reserve. Sie war auch nicht bezweckt, denn im Falle eines Krieges sollten nicht die Leistungsträger der Wirtschaft, die es als wertvollstes Gut des Landes zu schonen galt, sondern die Angeworbenen die Hauptlast tragen. Während das Heer im Jahre 1740 nur zu einem Drittel aus Freiwilligen (Ausländern) bestand, schrieb das Reglement von 1743 für jede Kompanie zwei Drittel vor. Dementsprechend bunt blieb das Völkergemisch im blauen Tuch. Beim Infanterieregiment Nr. 10 befanden sich 1751 unter den 1629 Soldaten 552 Nichtpreußen, davon 526 Deutsche, sechs Franzosen, zwei Italiener, zehn Ungarn, vier Polen und vier Engländer. Als Ausländer zählten nicht nur die Einwohner anderer deutscher oder nichtdeutscher Staaten, sondern auch die nicht rekrutierten freiwilligen „Einländer“.

> Jedes Regiment hatte seine Aushebungsgebiete, die Kantone

Um einen genauen Überblick über das personelle Aufkommen zu gewinnen, wurden alle männlichen Kinder bereits bei der Geburt erfasst, in jungen Jahren vorgemustert und anschließend mit Vor- und Zunamen nebst Alter und Größenangabe in die Stammrolle eingetragen. Als Beleg erhielten sie einen Laufpass, der ihnen bis zur endgültigen Einberufung mit Erreichen der nötigen Körpergröße von mindestens fünf Fuß und sechs Zoll (sechs Zentimeter über der damaligen Durchschnittsgröße von 1,67 Metern) und erfolgter Konfirmation einen den Beurlaubten ähnlichen Status gab. Ein gutes Maß war nicht die Marotte eines schrulligen Königs, sondern notwendig, um aufgrund der höheren Armspannweite den langläufigen Vorderlader schneller laden zu können und dadurch Feuerüberlegenheit im Felde zu erzielen.

Zunächst alle zwei Jahre, später jedes Jahr vor der Frühjahrsparade erfolgte die Auswahl durch einen Offizier und Beamten. Enrollierte, die zu diesem Zeitpunkt älter als 24 Jahre waren oder bis dahin mit Gewissheit die verlangte Mindestgröße nicht erreichen würden, wurden an die Garnisonregimenter abgetreten oder mit dem Entlassungsschein von der Wehrpflicht entbunden.

Etwa drei Wochen nach dem Auslesetermin erhielten die Rekruten eine schriftliche Ladung, die sie zum Soldaten machte. Wer trotz dreimaliger Mahnung nicht beim Regiment erschien, wurde von einem Kriegsgericht zum Deserteur erklärt.

In der Garnison nahm der Rekrut zunächst die Bekleidung auf, die unter den Dächern des Rathauses und der Kirchen kostenfrei lagerte. Tornister, Koppelzeug und Waffen empfing er im Zeughaus. Anschließend ging es ins Quartier. Bis zur Errichtung von Kasernen (um 1760) wohnte der Soldat im Privatquartier, wo er nicht in Hinterzimmern untergebracht werden durfte, weil er dort für den Meldegänger nicht anrufbar war. Von der Einquartierung war jeder Bürger unmittelbar oder mittelbar berührt. Auch Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. beherbergten im Potsdamer Stadtschloss mehrere Soldaten. Jeweils zwei Soldaten teilten sich ein Bett. Bedeutete die Einquartierung lediger Soldaten bereits eine erhebliche Last, wurde die Leidensfähigkeit der Wirte erst recht geprüft, wenn die Soldaten eine Familie hatten. Das war bei den älteren Mannschaften häufig der Fall, weil der König das Heiraten im Interesse der Bevölkerungszunahme begünstigte.

Zur Grundausbildung erschien der Neue zunächst wiederum ohne Gewehr und Patronentasche auf dem Paradeplatz des Regiments, denn dem ausbildenden Korporal (Feldwebel) ging es zunächst nur um die korrekte Körperhaltung. Als nächstes folgte über zwei bis drei Tage nichts weiter als das Marschieren mit dem Antritt auf dem linken Fuß.

> Wer gezogen wurde, blieb sein Leben lang Soldat, wenn auch mit langen Beurlaubungen

Waren der anstrengende Vormittagsdienst sowie die Putz- und Flickstunde in der Stube vorüber, konnte der Soldat über den Rest des Tages frei verfügen. Ging er dann in seiner Garnison spazieren, trug er vorschriftsmäßige Uniform: Hut, Rock, Halsbinde, Stiefeletten und Säbel an geweißtem Koppelzeug. Weil auch viele Zivilisten blaue Röcke trugen, die sie den Soldaten beim jährlichen Kleiderwechsel billig abgekauft hatten, fiel er nicht sonderlich auf. Das Preußisch Blau war dadurch auf den Straßen so häufig, dass mancher Reisende irritiert glaubte, sich in einer Kaserne zu befinden. Für gewöhnlich endete der Tag in irgendeiner Kneipe. Mit dem Zapfenstreich gingen in den Kaschemmen die Lichter aus.

Am Schluss stand die Eingliederung in die Kompanie. Die Hinführung auf das Höchstmaß an Beweglichkeit und Feuerkraft war nur durch äußerste Disziplin und extremen Drill möglich. Wer nicht von sich aus Einsicht zeigte, dem wurde sie eingebläut, und wer raisonierte oder gar aufmüpfig war, wurde in unbequemer Haltung, das heißt „krumm geschlossen“ oder durch die Spießrutengasse gejagt. Bis zu neun Läufe durch eine Doppelreihe von 100 Mann (etwa 60 Meter) waren Disziplinarmaßnahmen, darüber hinausgehende vom Gericht zu verhängende Strafen. Das Höchstmaß von 36-mal überstand kaum einer. In diesen Fällen stand nach Berichten der Sarg schon bereit. Mit dem Abschluss der Kompanieausbildung war der Geworbene oder eingezogene Kantonist ein verwendbarer Soldat. Erst jetzt (nach sechs Wochen) durfte er zum Wachtdienst eingeteilt werden. *Martin Guddat*

Der Verfasser dieses Artikels ist Autor des Buches „Handbuch zur preußischen Militärgeschichte 1701–1786“. Von 1982 bis 1994 leitete er das Referat Bundeswehrverwaltung und Rüstungswirtschaft im Bundeskanzleramt. Zuletzt war er Chef der Rüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung.

Trakehner sind lebendes ostpreußisches Kulturgut

Zu: „Beliebte Trakehner" (Nr. 30)

Offensichtlich haben Sie ein gutes Gespür dafür, wann Sie einen bestimmten Artikel veröffentlichen müssten. Seitdem Herr Zander in den Ruhestand gewechselt ist, wird über das „lebende Kulturgut" der Trakehner-Zucht – insbesondere auch über die Auktion in Neumünster im Oktober jeden Jahres – nicht mehr berichtet, obwohl der Bereich *Ostpreußenblatt* hierfür ausersehen sein müsste. Wir trugen uns bereits mit dem Gedanken, die *PAZ* aus diesem Grund zu kündigen. Da schneite zu unserer Überraschung der Bericht „Trakehner Bundesturnier in Hannover bietet viel Abwechslung" (ohne Nennung des Verfassers!) herein. Warten wir also ab, ob hier eine Wende für die Körungen und Auktionen in Neumünster, dem Sitz des Trakehner Verbandes, sich abzeichnet. Zu hoffen wäre es in jedem Falle. Niederländische Zeitungen sind in dieser Beziehung federführend.

Manfred Niemann, Timmendorfer Strand

Anm. d. Red.: *Die Klage ist berechtigt, wir geloben Besserung!*

Deutschland war vor allem besiegte Feindnation

Zu: „8. Mai bald Gedenktag?" (Nr. 28)

Am 8. Mai 1985 nannte der damalige Bundespräsident von Weizsäcker diesen Tag im Jahre 1945 irrigerweise „Tag der Befreiung" in offensichtlicher Unkenntnis der von US-Präsident Roosevelt ausgegebenen und von seinem Nachfolger Truman bestätigten Anweisung ICS 1067 (Ziff. I.4.b.) an seinen Oberbefehlshaber in Deutschland: „Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation ..."

Befreit wurden vor allem 15 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene von ihrem Grund und Boden und meist auch von ihrem ganzen Hab und Gut, befreit wurden Unternehmer von ihren Fabrikanlagen (Demontagen) und die Reichsbahn auf vielen ihrer Strecken vom zweiten Gleis, und befreit wurden die meisten Deutschen von allen guten Nahrungsmitteln („Stalin der Befreier / von Butter, Speck und Eier").

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Dauerberieselung

Zu: „Der Musik der Stille lauschen" (Nr. 27)

Der Artikel trifft den Nagel auf den Kopf. Der Dauerberieselung in meistens voller Lautstärke ist beim Einkaufen nicht mehr zu entgehen. Die von Jugendlichen gern gehörte Musik der Sender NDR 2 oder Radio Antenne ist vorherrschend und eine Zumutung. Kaum eine Gaststätte macht eine Ausnahme. Eine mir bekannte Arztpraxis hat sich dieser Unsitte angeschlossen, jedes Zimmer wird vollgedröhnt. Da steigt der Blutdruck schon automatisch.

Ursula Karge, Norden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Zauberfürst von Interconti aus der Zaubernacht II von E. H. Caprimond: Vom 28. bis 31. Oktober findet der Trakehner-Herbstmarkt in den Holstenhallen in Neumünster statt. Bild: Trak.V. / Janne Bugtrup

Alter Fritz als Bundespräsident

Zu: „Trübe Aussichten für NRW" (Nr. 28)

Der Bürger wird überflüssig. Der Ministerpräsidentin von NRW genügt zum Regierenwollen nicht einmal ein Drittel der Stimmen des Wahlvolkes. Auch ein Weniger ist noch möglich, wenn schließlich nur noch die Mitglieder der Parteien selbst zur Wahl gehen (etwa drei Prozent der Wahlberechtigten). Fazit: Der Bürger als angeblicher Souverän zählt nicht mehr, er stört nur.

Dies macht es erheblich leichter, noch mehr Schulden aufzuhäufen und auch sonst gegen den Willen der Staatsvolkmehrheit zu handeln, etwa gegen die D-Mark, für eine Schulart-Diktatur, für die Alimentierung bildungsunfähiger und leistungsunwilliger Zugereister statt zugunsten der Gesundheitsfürsorge für die eigene Bevölkerung.

Und wo politisch nicht überzeugt werden kann, wird gelogen (der Euro habe den deutschen Exporthandel gesteigert, die ungebeten gekommenen Migranten hätten den Sozialetat sogar noch bereichert usw.).

Auch emotional wird der Bürger nicht mitgenommen. Diese Mühe lohnt nicht. Einen „Papa Heuß" als Bundespräsidenten hat es nur einmal, ganz am Anfang, gegeben. Es genügt, wenn Verdienstkreuze verteilt, Gesetze unterschrieben und schöne Festtage gewünscht werden.

In einer Satiresendung von Radio Berlin-Brandenburg bewarb sich unlängst der Alte Fritz um das Amt des Bundespräsidenten! Wenn es doch nur möglich wäre, sagt man sich, ohne damit zugleich für Absolutistisches zu sein.

Dr. Klaus Schneider-Haßloff, Berlin

Hohe Verwaltungskosten schuld

Zu: „Das kranke Gesundheitssystem" (Nr. 27)

Leider kann ich Hans-Jürgen Mahlitz, den ich als Redakteur sehr schätzte, bei dieser Bewertung nicht folgen. Die von Herrn Mahlitz aufgeführten Gründe für die Finanznot im Gesundheitssystem allein verantwortlich zu machen, ist meines Erachtens doch nur ein Teil der Wahrheit. Sicherlich kann eine andere, asketischere Lebensweise viele Krankheiten mildern und damit die Kosten minimieren, die zu deren Bekämpfung aufzuwenden sind.

Ich vermisse aber eine Untersuchung bzw. Aussage zu den überbordenden Verwaltungskosten in den Krankenkassenorganisationen und deren Anteil an der Finanzmisere; angefangen bei den Führungsetagen, den überdimensionierten und feudal ausgestatteten Immobilien in teilweise bester Innenstadtlage, einer überorganisierten Verwaltung mit der Schaffung unnötiger Verwaltungsakte, zweifelhaften Werbemaßnahmen und vieles mehr. Wenn man sich in dem System der Krankenkasse als Betroffener bewegt, sieht man nur den enormen verwaltungstechnischen Aufwand, der getrieben wird, wie Versichertengelder letztendlich ohne Sinn und Verstand vernichtet werden.

Ich bin der Überzeugung, wirtschaftlich geführte Krankenkassen hätten genügend Geld in ihren Kassen, um auch zukünftigen Anforderungen gepaart mit einer vernünftigen Aufklärung im Gesundheitswesen gerecht zu werden.

Hans-Wilhelm Schneider, Bielefeld

Man kann belegen, dass Volker Beck im Unrecht ist

Zu: „Schweigen für die Versöhnung" (Nr. 29)

Hartmut Saenger, Sprecher der Landsmannschaft Pommern, sagt, dass es 1939 „bei allen europäischen Großmächten eine erstaunliche Bereitschaft zu Krieg" gegeben habe. Grünen-Politiker Volker Beck folgert daraus: „Polen hat demnach doch den Krieg begonnen, wir haben also nur zurückgeschossen." Saenger hätte aber leicht belegen können, dass zum Beispiel Churchill mit dem Krieg die Wirtschaftsmacht Deutschland treffen wollte, Polen und Frankreich hingegen das Deutsche Reich weitgehendst unter sich aufzuteilen planten, was durch von beiden Ländern angefertigte Landkarten nachweisbar ist.

Die Bereitschaft Polens zum Krieg ist aufgrund des mangelnden Eingehens auf das vom nationalistischen Regime erarbeitete Angebot zur Regelung der Rechtsverhältnisse in Danzig nachweisbar. Durch einen Krieg erstrebte Polen wohl mehr als den Erwerb über den Versailler Vertrag hinausgehenden Rechte. Es ist absurd, aus Saengers Aussagen zu folgern, dass Polen den Krieg begonnen hätte. Es lässt sich jedoch leicht beweisen, dass Polen wohl als ein Verursacher des Krieges von nicht geringer Bedeutung anzusehen ist.

Herr Tölg gerät in die Schusslinie, weil er nichts anderes fordert, als dass Gesetze zur Ahndung von Vergehen und Verbrechen nicht nur zur Verurteilung von Besiegten zu gelten haben. Angeklagt und verurteilt wurde in Nürnberg zu Recht auch wegen Vertreibungsverbrechen. Vertreibungsverbrechen an Deutschen werden ausgeblendet. Eine Stimme aus Amerika hierzu zur Zeit der Vertreibungen der Deutschen aus dem Deutschen Reich: „In der ganzen Geschichte gibt es nichts, was sich mit diesen grausamen Massenvertreibungen vergleichen ließe." Und Willy Brandt sagte in Warschau: „Niemand wird nachträglich seine Zustimmung zum bitteren Unrecht der Vertreibungen geben oder uns abverlangen können." Ein anderer SPD-Politiker, der aus dem Konzentrationslager befreit wurde, sieht in der Vertreibung der Deutschen Völkermord.

Die Ausblendung solcher Aussagen scheint zur Gewohnheit rechtsentblößter Ideologen zu gehören hinsichtlich der Verbrechen an dem Volk, dem sie dem Personalausweis nach angehören. Ich verweise erneut auf Tölgs Forderung.

Der Grünen-Politiker Beck drischt auf Erika Steinbach ein, was mehr verrät als eine divergierende politische Einstellung, sondern eher einen Versuch, politische Gegner zu diffamieren, indem man ihnen das Recht auf eine aus ihrer Sicht berechtigte Position abspricht. Demokratie lebt von der Verschiedenheit der Ansichten und Überzeugungen, aber auch von der Fähigkeit ihrer Funktionäre, Fakten wahrzunehmen, sie verantwortungsvoll zu bewerten und im Austausch mit und bei Berücksichtigung anderer Sichtweisen Beweglichkeit und Standfestigkeit zugleich zu beweisen. Hierfür ist mir Erika Steinbach ein leuchtendes Vorbild.

Wolfgang Kollbau, Merzhausen

Großes Lob

Betr.: ***PAZ***

Bei dieser hervorragenden Zeitung fange ich immer auf der letzten Seite an. Der Wochenrückblick mit Hans Heckel ist das Beste, was ich jede Woche lese. Auch freue ich mich über die Zeichnungen von Herrn Mohr. Man sollte auch einmal ein Lob an ihn aussprechen.

Dr. Helmut Klimmek, Krefeld

Gleich mehrfach angehört

Betr.: Heckels Wochenrückblick zum Anhören

Ich warte jede Woche sehnsüchtig auf Heckels Wochenrückblick zum Anhören. Es macht sehr viel Freude, mehr als beim Lesen. Deshalb höre ich mir den Wochenrückblick auch mehrmals an. Danke möchte ich auch Rebecca Bellano für das Vorlesen sagen.

Ich bin immer ganz traurig, wenn Heckels Wochenrückblick zum Anhören so manche Woche ausfällt. Kann man das ändern?

Werner Schuka, Minden

Anm. der Red.: *Es gibt den Wochenrückblick zum Anhören nicht nur auf der PAZ-Internetseite www.preussische-allgemeine.de, sondern auch kostenlos für den i-pod im Apple-Store.*

Ich abonniere und empfehle, weil...

Betr.: ***PAZ***

Besten Dank für das Probe-Abo. Eine wirklich hervorragende, informative und vor allem des Deutschen mächtige Zeitung, im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Berichterstattung, wie es sie bis vor zirka 30 Jahren gab: Sauber, ordentlich, klassisch und sich abhebend von jener Schund- und Schmutz-Presse, welche sich „unabhängig" nennt, die Kriminalität, Verwahrlosung, schmutzige sogenannte VIPs als das wahre Leben aufzeigt. Opfer sind unsere so lieben, kleinen, dummen Dickerchen, welche doch kaum noch die Wörter Arbeit, Sauberkeit, Ordnung, anständiges Essen und Lernen (bei diesen Lehrern) kennen. Schade. Aus all diesen Gründen: Ich abonniere und empfehle.

Manfred Neugebauer, Hannover

Der Wille fehlt

Zu: „Die Sackgasse des ‚Gärtner-Konservatismus'" (Nr. 28)

Wozu eine bundesweite CSU? Mit ihrer damaligen Schwesterpartei DSU wäre es möglich gewesen, zu retten, was noch zu retten war. Aber heute? Der Konservatismus muss nicht neu erfunden werden. Den Konservativen fehlt es am Willen, die Dinge in die Hand zu nehmen.

J. Schwefel, Mannheim

Südafrika auch nach der WM im Blick behalten

Zu: „Abbitte" (Nr. 28)

Dem Dank an Südafrika für einen perfekt organisierten Ablauf der Fußball-WM kann ich mich nur anschließen. Der Hoffnung aber, auf ein weiteres Zusammenwachsen des Volkes im Hinblick auf die bestehenden Probleme allerdings nicht. Die Tatsache, dass Südafrika während der WM in aller Munde war, bedeutet noch lange nicht, dass es nun dort einen deutlichen Ruck nach vorne geben wird. Genauso wie 1994, als das Ende der Apartheid gekommen war und Südafrika die Unabhängigkeit auf demokratischer Basis gewann, wird es auch dieses Mal bald aus Presse und Medien verschwunden sein. Die eigentlichen, bestehenden Probleme dieses Landes interessieren dann nur noch am Rande.

Jeder Tourist, der von Südafrikas landschaftlichen Reizen und seiner Tierwelt beeindruckt nach Hause zurückkehrt, weiß über die wirklichen Verhältnisse und Probleme dieses Landes herzlich wenig. Ich möchte einige hier nur kurz erwähnen:

In seiner ethnischen Zusammensetzung ist Südafrika weit davon entfernt, ein Volk zu sein. Das hat Konsequenzen auf die Einigkeit und Stabilität der regierenden Partei, den African National Congress (ANC). Von Tutus „Rainbow Nation" ist nichts zu sehen.

Hinzu kommen: Korruption bis in die höchsten Kreise der Regierung und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Wohnungsnot und hohe Arbeitslosigkeit. Daraus resultierend eine zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Südafrika hat die höchste Aids-Rate von ganz Afrika. Ausufernde Kriminalität, die man seit 1994 nicht in den Griff bekommen hat.

Neben vielen anderen sind diese nur die schwerwiegendsten Probleme des Landes. Die Zukunft wird es zeigen, inwieweit man eine Lösung finden wird, wenn überhaupt. Wenn Europa etwas an der Weiterentwicklung Südafrikas gelegen ist, dann sollte das Interesse daran nicht mit der Fußball-WM enden.

Theodor Preuß, Immenstaad

Die Befreiung ist ein zweischneidiges Schwert

Betr.: 8. Mai 1945

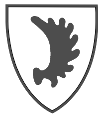
Ich lese regelmäßig die *PAZ*, wobei das nicht immer eine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung ist. Die ersten Seiten bringen Nachrichten, die in der üblichen Presse kaum Platz haben und mir signalisieren, dass die Zeit der Pressegleichschaltung von Joseph Goebbels und seiner Nachfolger nicht nur Geschichte ist. Die Vereinsmitteilungen betreffen mich nicht, ich bin Sachse und das Verhältnis zwischen Preußen und Sachsen war in der Vergangenheit nicht immer ganz harmonisch. Die letzte Seite ist immer die Quelle teils grimmiger Freude.

Beeindruckt haben mich die Briefe zum „Tag der Befreiung". Ich habe die Zeit als zwölfjähriger Bub miterlebt. Es war fürchterlich! Es ist zwar erklärbar, dass Hitlers Krieg als Folge zum Teil von Versailles im europäischen Ausland Hass auf alles Deutsche generiert hat. Aber die Wehrmacht und auch die Waffen-SS (nicht die allgemeine – hundsgemeine – SS) hat sich, wo möglich, an die Haager Landkriegsordnung von 1907 gehalten. Die Gegner unter Einfluss ihrer Propaganda, die manchmal heute noch nachwirkt, nicht immer.

Ich habe da auch noch ein paar Erinnerungen. Es fand am 8. Mai 1945 eine Befreiung vom Nationalsozialismus statt. Das war gut. Es fand aber auch gleichzeitig eine bedingungslose Übergabe an die Sieger statt. Und das war meistens nicht gut und wirkt sich bis heute aus. Oder wäre eine souveräne deutsche Regierung bereit, sich in Afghanistan mit Partisanen herumzuschlagen? Wo doch seit 3000 Jahren bekannt ist, dass eine reguläre Armee gegen Partisanen keine Chance hat (zum Beispiel Cäsar in Gallien, Napoleon in Spanien, Hitler auf dem Balkan und in Russland, USA in Vietnam und Korea).

Unsere derzeitige Bundesregierung als Ich-AG ist an solchen Petitessen nicht interessiert. Aber wen kann man wählen, wenn man da raus will? Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung immer niedriger wird. Wo ist die Alternative? Bestimmt nicht ganz rechts oder links.

Dr.-ing. Karl Reißmann, Mittweida



Das Ostpreußenblatt



Nr. 32 – 14. August 2010

MELDUNGEN

Merkel-Haus in Elbing

Elbing – Das auffallend liebevoll renovierte Haus direkt gegenüber dem Bahnhof in Elbing ist ein Blickfang. Wer mit dem Zug in der alten Hansestadt ankommt, wird es in der Grunwald-Allee (Aleja Grunwaldzka) schnell entdecken, das sogenannte Merkel-Haus. Hier soll die Mutter der Kanzlerin, Herlind Kasner geborene Jentzsch, am 8. Juli 1928 geboren sein. Das jedenfalls behauptet ein Elbinger Taxifahrer. Ein deutschstämmiger Elbinger, der nach Kriegsende als 14-jähriger Vollwaise in einem polnischen Kinderheim untergebracht wurde, bestätigt: „Ja, die Großeltern der Kanzlerin haben dort gewohnt." Auch die Mutter der Kanzlerin, eine Lehrerin für Englisch und Latein, erklärte einmal in einem Interview: „Ich bin in Elbing geboren. Wir sind 1936 nach Hamburg gezogen." Das Haus aus dem Jahr 1897 ist 2009 komplett renoviert worden: Die Fassade, Türen und Fenster und auch die metallenen Balkongeländer strahlen in neuem Glanz und geben dem Haus ein markantes Erscheinungsbild. Dass die Kanzlerin den Ort ihrer Vorfahren schon einmal aufgesucht hätte, konnte keiner der befragten Elbinger bestätigen – jedenfalls nicht bei einem offiziellen Besuch.

Siegfried Schmidtke



Bild: Internet

Angela Merkel

Abriss der Actienbrauerei

Tilsit – In Tilsit ist damit begonnen worden, den roten Backsteinkomplex der Actienbrauerei zumindest teilweise abzureißen. Der stattliche Gebäudekomplex prägte über ein Jahrhundert das Panorama am Memelufer zwischen Fiskalischem Hafen und Ragniter Straße. Er stellte ein markantes Zeugnis Tilsiter Industriearchitektur dar. Die Russen nahmen die Brauerei sogar in ihr Verzeichnis denkmalgeschützter Bauwerke auf. Allerdings bedeutete das keine Rettung vor der Spitzhacke. Deutsche Ziegel stehen nun mal hoch im Kurs bei den Häuslebauern und sind äußerst begehrt. Bürgerproteste und eine Strafanzeige der Stadtverwaltung zeigten bei der Eigentümerin der Immobilie wenig Wirkung. Sie habe die Baulichkeit 1998 ohne jede Auflage zur Denkmalspflege rechtmäßig erworben. Zudem sei baufälliges Mauerwerk auf das Nachbargrundstück gestürzt, weshalb die Abrissarbeiten der Sicherheit dienten. Mit dem Abriss wird ein weiteres Bauwerk aus dem historischen Stadtbild verschwinden. Die Actienbrauerei entstand 1871 und erzeugte jährlich 25000 Hektoliter Bier, vorwiegend nach Pilsener Art, bis wegen der Räumung der Stadt im Jahre 1944 der Betrieb eingestellt wurde.

H. Dz.

Volksfest mit leibhaftigem Heiligen

Danzig feierte 750 Jahre Dominikanermarkt – Mit einem Festumzug durch die Langgasse ging es los

Nach einer alten Tradition findet alljährlich im August in Danzig der Dominikanermarkt statt. In diesem Jahr hatte dieses Fest ein rundes Jubiläum, die 750-Jahrfeier. Es wurde in der Stadt gebührend begangen.

Die Tradition des Dominikanermarktes geht auf das Jahr 1260 zurück, als der römische Papst Alexander IV. den Mönchen des Ordens zum Gedenken an ihren Gründer, den Heiligen Dominik, Handel auf Jahrmärkten offiziell erlaubte. Sein Gedenktag ist der 4. August. Bis heute lebt diese Tradition fort, sie wurde zu einem der größten Kulturereignisse, nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa. Für drei Wochen kommen tausende Sammler, Antiquitätenhändler und Handwerker nach Danzig, um in Zelten, Verkaufsständen oder Pavillons auf den Gassen der Altstadt ihre Kunstgegenstände, Waren und Kuriositäten anzubieten. Jedes Jahr kommen etwa sieben Millionen Menschen in die Stadt.

In diesem Jahr wurden die Festtage offiziell am 31. Juli eröffnet, aber schon in den Tagen zuvor wurden Verkaufsstände, Pavillons und Bühnen aufgebaut.

Die Feier wurde gegen Mittag mit dem Festumzug „Hoch lebe der Jubilar" durch die zentrale Straße des alten Danzig, die Langgasse (ulica Długa) eröffnet. Die Prozession mit der Figur des Heiligen Dominik an der Spitze führte vorbei am alten Rathaus, wo der Bürgermeister symbolisch die Genehmigung zum Handeltreiben erhielt. Danach zog die bunte Kolonne, verkleidet in historischen Kostümen von Handwerkern, Kaufleuten, Dominikanermönchen und Musikanten, weiter zum Grünen Platz, wo der Hauptkonzertplatz eingerichtet worden war. Viele Prozessionsteilnehmer wie auch der Heilige Dominik selbst gingen auf Stelzen, was für zusätzliche Dynamik und Aufmerksamkeit sorgte. Vor der Kolonne versuchte ein Radfahrer im roten Trikot dem Festumzug einen Weg durch die dichte Zuschauermenge zu bahnen, die sich, um einen möglichst guten Blick zu erhaschen, dicht an die Umzugsteilnehmer drängte.

Über einen roten Teppich stiegen Vertreter der Stadt, gekleidet in farbenprächtigen Mänteln, auf die Bühne vor dem Grünen Tor und begannen mit der feierlichen Eröffnungszeremonie. Nach einigen Reden bekam das Stadtoberhaupt symbolisch die Schlüssel der Stadt überreicht. Die Organisatoren hielten als Überraschung eine riesige Trommel bereit. Jeder, der es wünschte, erhielt einen Schlegel und alle gemeinsam schlugen die Trommel. Die Altstadt erfüllte sich mit einem gewaltigen Trommeldonner, der von Gesang begleitet wurde. Zehn Minuten lang wollte der Trommelwirbel nicht enden, bis endlich der Eröffnungsschlag zur 750-Jahrfeier erklang. Danach konnte das Fest offiziell beginnen und die Konzertbühne leerte sich bis zum späten Abend nicht mehr.

Als es dunkel wurde, ging an der Fassade des alten Rathauses Wunderliches vor sich. Zunächst schwebten aus 22 Metern Höhe Musikinstrumente herab: Trommeln, Gitarren, Saxophone aber auch Mikrophone, und dann wurden mithilfe einer besonderen Vorrichtung die Musikanten selbst heruntergelassen. Der Rathausplatz hatte sich inzwischen mit Menschen gefüllt, die ungeduldig den Beginn des Konzerts am Rathaus erwarteten. Etwa eine Stunde

Programm erstreckte sich über zwei Tage

lang führten die Musiker afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Stücke auf. Eine Beleuchtung in wechselnden Farben verlieh der Veranstaltung Atmosphäre. Der erste Festtag endete vor der Kulisse der Altstadt mit ihren Türmen und Ziegeldächern mit einem eindrucksvollen Feuerwerk.

Als die Besucher auseinanderströmten, verließen sie die Feier durch ein aufgestelltes schmiedeeisernes Tor, über dem ein Gerät die durchgehende Menge zählte und auf einem Bildschirm die Besucherzahl anzeigte. Viele Kinder und auch Erwachsene gingen mehrmals hindurch, um die Zahl auf dem Bildschirm zu erhöhen. Von Zeit zu Zeit entstand deshalb ein Stau vor dem Tor.

Am nächsten Morgen segelten „Dominikanermönche" und „Händler" der Altstadt auf dem Schiff „Lew" über den Fluss Mottlau (Motława). Zur gleichen Zeit verwandelten sich die engen Straßen zu einem lärmenden Jahrmarkt voller Ereignisse, wo man sich mit allem versorgen konnte – von der Nadel über Federhalter bis zu Kriegsmunition und antiken Möbeln. Wer im Labyrinth der Verkaufsstände nichts Interessantes fand, konnte sich am Neptun-Brunnen mit bedruckten Fähnchen und einer Urkunde, die ihn als „Ehrengast" auswies, eindecken.

Jurij Tschernyschew



Bild: Tschernyschew

Stand im Zentrum der Feier: Dominikus, Schutzpatron der Astronomen und der zu Unrecht Angeklagten

Polen errichtet bürokratische Hürden

Reiselust der Königsberger stößt auf Hindernisse – Über die Hälfte bleibt zu Hause

Sommerzeit – Ferienzeit. Die schönsten Wochen des Jahres beginnen. Viele überlegen sich nicht nur, wie sie ihren Urlaub verbringen, sondern auch wo. Es gibt viele Angebote, viel hängt von der eigenen Phantasie ab, aber das Meiste eben von den finanziellen Möglichkeiten. Die Menschen im Königsberger Gebiet gelten als sehr unternehmungslustig, was die Wahl ihres Urlaubsorts angeht. Durch die besondere geographische Lage der Exklave wird dies begünstigt. Rechnet man die Erholung zu Hause oder in den örtlichen Kurorten nicht ein, so stehen ihnen zwei Varianten zur Wahl, den Urlaub zu verbringen: Entweder sie reisen ins weite Russland oder ins Ausland.

Eine aktuelle Umfrage ergab erstaunliche Aufschlüsse, wie oft und wohin die Exklavenbewohner verreisen. Im Vergleich zur Zeit vor der Krise haben zwei Fünftel weniger das Königsberger Gebiet verlassen. Waren es vorher 25 Prozent, so sind es jetzt nur noch 15. Der Anteil derjenigen, die regelmäßig nach Russland fahren, beträgt weniger als vier Prozent. Knapp die Hälfte reist nur ein- oder zweimal im Laufe vieler Jahre in andere Regionen. Jeder vierte war seit Beginn der 90er Jahre noch nie im „großen" Russland. Meistens handelt es sich bei Letzteren um Menschen mittleren Alters oder um Ältere.

Ferien in Europa erfreuen sich großer Beliebtheit, sind jedoch mit der Prozedur der Visabeschaffung verbunden. Dabei lief in diesem Jahr nicht alles glatt. Seit Ende Mai bilden sich vor den Konsulaten immer wieder Schlangen. Die Zahl der Antragsteller ist um ein Vielfaches gestiegen, doch die Kapazität der Visadienste ist begrenzt. Darüber hinaus funktionieren die Neuerungen, die die Visabeschaffung eigentlich erleichtern sollten, nicht wie vorgesehen. Das polnische Generalkonsulat hat im April neue Regeln für Visaanträge eingeführt. Seitdem kann ein Antrag nur noch übers Internet gestellt werden. Der Antragsteller muss einen bestimmten Tag wählen, an dem er seine Dokumente im Konsulat vorlegen will. Nachdem der Antrag richtig ausgefüllt wurde, ist er im Konsulat automatisch registriert und der Antragsteller kann am vorher bestimmten Tag mit seinen Unterlagen und dem unterschriebenen Formular kommen.

Visaanträge sind nur noch über das Internet möglich

Die Zeit für das Ausfüllen des elektronischen Antrags ist allerdings auf eine halbe Stunde begrenzt. Wer es nicht schafft, in dieser Zeit alle Daten einzugeben, kann seinen Versuch erst nach einem Monat wiederholen. Letzteres wurde nun geändert und der Antragsteller kann seinen Versuch am selben Tag wiederholen. Allerdings muss er dann ein neues Datum für das Vorlegen der Dokumente auswählen. Doch nicht jeder im Königsberger Gebiet ist in der Lage, mit einem Computer umzugehen oder hat gar einen eigenen. Bei Stromausfällen oder banaleren technischen Problemen funktioniert das System ebenfalls nicht.

Wartezeiten für die Erteilung von Visa werden immer länger

Bestand die Warteschlange vor dem Polnischen Generalkonsulat im vergangenen Jahr im Durchschnitt aus knapp einem Dutzend Menschen und dauerte das ganze Prozedere der Dokumentenüberprüfung selten länger als eine halbe Stunde, so müssen die Bewerber heute einen halben Tag einkalkulieren. Schon Anfang Juni musste die Visaabteilung des polnischen Konsulats Überstunden machen, weil die Mitarbeiter die elektronisch registrierten Anträge für das fixierte Datum nicht an einem Arbeitstag bewältigen konnten.

Vor kurzem gab es eine weitere schlechte Nachricht für die Antragsteller aus dem Polnischen Generalkonsulat. Die Wartezeit auf ein Visum wird stufenweise angehoben, die Erteilung kurzfristiger Visa wurde ohne vorherige Ankündigung ganz eingestellt. Bisher war es für die Gebietsbewohner am bequemsten, über Polen in andere Länder Europas zu reisen, die ebenfalls der Schengenzone angehören. Deshalb war der Andrang beim Polnischen Generalkonsulat schon immer besonders groß.

J. T.

Aussigs umgeschriebene Geschichte

Die heute tschechische Stadt Aussig (Ústí nad Labem) nimmt ihre deutsche Vergangenheit nur höchst selektiv wahr

Vor 65 Jahren, am 31. Juli 1945, geschah in Aussig an der Elbe das letzte große Massaker an Sudetendeutschen. Der 1975 gegründete Willi-Wanka-Kreis nahm den Jahrestag zum Anlass, um auf die aktuellen Probleme hinzuweisen (Text leicht gekürzt und redigiert).

In der Stadt Aussig (Usti nad Labem) wird in den nächsten Wochen und Monaten ein Museum zum Thema der „Deutschen in den böhmischen Ländern" errichtet, das mit 12,5 Millionen Euro EU-Geldern finanziert wird und 2011 eröffnet werden soll. Mit 1500 Quadratmetern Ausstellungsfläche wird es immerhin halb so groß sein wie das in Berlin geplante Museum „Flucht, Vertreibung und Versöhnung".

Die Errichtung des Aussiger Museums ist ein löbliches Unterfangen, aber nur dann, wenn es auf Verständigung ausgerichtet ist und wenigstens ein Bemühen um Wahrheit sichtbar werden lässt. Es verliert aber seinen Sinn, wenn sich darin nur das politische Klima der Stadt widerspiegelt, das leider immer noch durch politische Rechthaberei und durch Beschweigen wichtiger Fakten zur Geschichte der Stadt bestimmt ist.

Beispiele dafür sind:

1. Im Jahre 1936 wurde in Aussig die erste Straßenbrücke über die Elbe geschlagen. Sie wurde dem damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch gewidmet, dessen Namen sie mit wenigen Unterbrechungen bis heute trägt. Es ist dies derselbe Benesch, der während des Zweiten Weltkriegs seine maßgeblichen Alliierten von der Notwendigkeit der Vertreibung der Sudetendeutschen überzeugte. 1945 war er der Motor zuerst der wilden, dann der endgültigen Vertreibung. Am 31. Juli 1945 stand die Beneschbrücke sogar im Mittelpunkt eines Pogroms an den Deutschen.

Ist es im Sinne der aufrichtigen Verständigung zwischen den Völkern, den Namen dieser Brücke in Erinnerung an einen Völkermörder auch heute noch beizubehalten?

2. Der Oberbürgermeister der Stadt zur Zeit der Errichtung der Brücke und bei der Eröffnung 1936 war Leopold Pölzl. Er war Antifaschist und gehörte der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) an. Um seine Gefährdung wissend, begab er sich 1938 nicht auf die Flucht, sondern blickte der Gefahr, die besonders ihm drohte, ins Auge. Er gehörte sicher zu den mutigsten Personen, die im letzten Jahrhundert in Aussig lebten. Seinen aufrichtigen Mut bezahlte er 1944 mit dem Leben. Heute gedenkt die Stadt Ústí seiner erfreulicherweise durch eine Gedenktafel am Rathaus. Hoch angebracht ist sie jedoch nur mit Fernglas lesbar. Dass Leopold Pölzl eine bedeutende deutsche Persönlichkeit der Stadt war, verleugnet die tschechische Inschrift total.

3. Bereits im Juni 1945, vier Wochen nach Kriegsende, wurde in Aussig-Lerchenfeld ein Flakausbildungslager in ein Internierungslager vor allem für Deutsche umgewandelt. Über 200 Tote sind zu beklagen, in der übergroßen Mehrzahl solche, die im Sinne jeden zivilen Strafrechts unschuldig waren. Heute steht im Bereich dieses Nachkriegs-KZs der neue Stadtteil Severní Terasa.

Kein Gedenken an frühere Lager, dafür eine Benesch-Brücke

Ist es im Sinne der Verständigung zwischen den Völkern, dass noch heute keine Tafel und kein Gedenkstein an diese Stätte des Leidens erinnert?

4. Der Stadtteil Schöbritz (Všebořice) hat sich nach der Wende sehr verändert. Größte Einkaufszentren wurden errichtet, wo 1945/46 die tschechische kommunale Miliz in dem Ortsteil eines der größten Vertreibungslager Nordböhmens unterhielt. Ein Großteil der deutschen angestammten Bevölkerung Nordböhmens musste von hier aus den Weg in eine ungewisse Zukunft antreten. Bis heute weist kein Gedenkstein und kein Zeichen auf dem Stadtplan darauf hin.

5. In Kleische (Klíše) betrieb die deutsche Stadt Aussig jahrhundertelang den Stadtfriedhof. Die meisten Einwohner, auch viele Tschechen, wurden dort begraben. Im Tempo der stalinistischen Nachkriegszeit wurde der Friedhof abgeräumt. Ein verlässlicher Nachweis eventueller Massengräber – auch im Zusammenhang mit dem Pogrom vom 31. Juli 1945 – unterblieb. Die Fundamente einer idyllischen Berufsschule sind in den Gräberfeldern gegründet.

Ist es im Sinne der Pietät und der Verständigung zwischen den Völkern, einen bedeutenden Begräbnisort aus dem Stadtbild auch ohne die Spur einer Gedenktafel verschwinden zu lassen?

6. Aussig war jahrhundertelang eine in überwiegender Mehrheit von Deutschen bewohnte Stadt. Die Massenvertreibungen 1945/46 waren der größte Bevölkerungseinschnitt in ihrer Geschichte. Seit Jahrzehnten gibt die Stadt Touristeninformationen mit historischen Überblicken zur Stadtgeschichte heraus. In keinem – auch neueren – wird das Geschehen der Vertreibung erwähnt, geschweige denn auch nur annähernd die Einordnung zuteil, die dem Streben um Wahrheit angemessen wäre.

Ist es im Sinne der Verständigung zwischen den Völkern, in der Geschichte der Stadt das zeitgeschichtliche Faktum der Vertreibung systematisch zu beschweigen und faktisch dem Vergessen anheim fallen zu lassen?

Rudolf Pueschel/Fred Hoffmann

Die Autoren des Artikels sind der Vorsitzende und der Pressesprecher des Internationalen Willi-Wanka-Kreises.

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

hat jemand was von „Sommerloch" gesagt? Der hat nicht unsere „Ostpreußische Familie" gekannt, denn was auch jetzt zur Ferienzeit bei uns an Post eingeht, ist schon beachtlich. Und erfreulich! Da konnten Wünsche erfüllt und Fragen beantwortet, Weichen für neue Verbindungen gestellt werden. Und Überraschungen gab es – auch für mich, und dafür möchte ich mich zuerst bei Herrn **Hans-Dieter Meyer** aus Hagen bedanken. Vor einem Jahr hatten wir seinen Wunsch nach ostpreußischen Theater- und Konzertprogrammen veröffentlicht, die er erfassen und im Internet veröffentlichen wollte. Er fand tatkräftige Helfer in Herrn Prof. **Hans-Joachim Newiger** aus Bielefeld und Herrn **Heinz Czallner** aus Frankfurt. Obwohl die Erfassung der Programmzettel erst am Anfang steht, ist sein Vorhaben auf einer anderen Ebene inzwischen weit gediehen. Hans-Dieter Meyer hat die Programme der meisten ostpreußischen Theater von etwa 1900 bis 1944 ausgewertet und in Übersichten gebracht, die es ermöglichen festzustellen, welches Stück an welchem Tag gegeben wurde.

Und nun kommt's, denn Herr Meyer schreibt: „Dabei ist mir auch die junge Ruth Geede über den Weg gelaufen. Noch vor meiner Geburt im Dezember 1937 in Königberg ist in Dr. **Karl Binks** Niederpreußischer Bühne Ihr ‚Zehrbrotke' gelesen beziehungsweise gespielt worden, wie Sie den beiden Ausschnitten aus dem ‚Deutschen Bühnen-Spielplan' entnehmen können. Ich bin sicher, dass dieser Hinweis Erinnerungen in Ihnen wachruft." Und wie, lieber Herr Meyer, denn diese Aufführungen gehören zu den schönsten Erfolgen meiner frühen Schriftstellerjahre. Damals ging durch die deutsche Presse die Meldung „21-Jährige zweimal preisgekrönt"! Die 21-Jährige war ich, und preisgekrönt wurden meine in ostpreußischem – korrekt: niederpreußischem – Platt geschriebenen Spiele „Dat Zehrbrotke" und „Wenn de Musikante koame". Die Niederpreußische Bühne hatte diesen „Dramenwettbewerb" ausgeschrieben, weil sie abendfüllende Stücke benötigte, und ich hatte mich zwar nur mit einem Drama, aber auch mit einem Lustspiel daran beteiligt. Ich bekam den Ersten und Zweiten Preis und dazu die Aufforderung von Dr. Karl Bink, selber in meinem „Zehrbrotke" mitzuspielen, denn er hatte mich schon im Reichssender Königsberg gehört. Mithilfe seiner Frau, der Schauspielerin Margarete Kranz, gelang es mir dann auch, meiner fiktiven Hauptfigur – der Magd Hanne – Gestalt zu geben. Dieses im prussischen Brauchtum verwurzelte Spiel wurde ein so großer Erfolg, dass die Niederpreußische Bühne zu einem Gastspiel nach Hamburg fahren konnte. Dort war die Niederdeutsche Bühne – Vorläufer des heutigen Ohnsorg-Theaters – zum plattdeutschen Musentempel geworden. Leider kam ich damals nicht nach Hamburg, denn mich hatte im bitterkalten November 1937 eine böse Grippe erwischt und Margarete Kranz übernahm meine Rolle. Aber auch dieses Gastspiel bestätigt mir nun Herr Meyer mit einem Auszug aus dem Deutschen Bühnen-Spielplan – noch nach 73 Jahren! Da habe ich mich natürlich wie ein Stint gefreut. Das Textbuch besitze ich leider nicht mehr, aber das von den „Musikante", denn das Lustspiel wurde bei Holzner, Tilsit, gedruckt und ist oft in Ostpreußen aufgeführt worden. Ein sehr herzliches Dankeschön an Herrn Hans-Dieter Meyer, von dem wir weiter hören werden, wenn die genannten Spielpläne und weitere Informationen aus dem ostpreußischen Kulturleben von ihm ins Internet gestellt wurden.




Marienburg Bild: privat

Das war nicht die einzige Überraschung für mich, eine weitere kam von bis dahin unbekannter Seite und gelang deshalb besonders. Es handelt sich um das Vorlesungsverzeichnis der Universität Königsberg Sommersemester 1933, in dem ich Namen und Angaben fand, die für meine eigene Familiengeschichte sehr wichtig sind. Bedanken muss ich mich dafür bei Herrn **Michael Schuncke** aus Baden-Baden, der aus einer der bekanntesten deutschen Musikerfamilien stammt, denn nur die Bachs mit ihren 50 „Profis" waren zahlreicher in Europa vertreten als die Schunkkes mit immerhin 25 ausübenden Musikern, unter denen die Hornisten eine herausragende Rolle spielten. In diesem Schumann-Jahr kommt der Lebensaufgabe des letzten männlichen Nachkommens dieser Musikerfamilie, der mit der Gründung und Betreuung des Schunkke-Archivs und den damit verbundenen Aufgaben ein Kapitel deutscher Musikgeschichte bewahrt und lebendig erhält, eine besondere Bedeutung zu: Der berühmteste Namensträger der Familie, der Komponist Ludwig Schuncke, war Roberts Schumanns engster musikalischer Jugendfreund. Die Werke des leider sehr jung Verstorbenen werden mit denen weiterer Vertreter der „Romantischen Epoche" in Konzertveranstaltungen des Schunkke-Archivs gepflegt. Diese Kurz-Information muss leider genügen, um zu erklären, warum sich Michael Schuncke an mich wandte. Bei der laufenden Feinarbeit entdeckte er im Archiv-Fundus das Vorlesungsverzeichnis der Albertina von 1933 und ein Mäppchen mit zwölf Fotografien von Marienburg aus jener Zeit. Herrn Schunckes vor acht Jahren verstorbene Ehefrau Dorothea hatte diese Objekte mit eingebracht, denn sie stammte aus Metgethen. Aus einer hochmusikalischen Familie, denn die junge **Dorothea Czibulinski** erhielt ihre erste Ausbildung zur Mezzosopranistin bei ihrer in Königsberg lebenden Tante **Margarete Schulz** geborene Czibulinski. Sie hat ihre Heimat nie vergessen, wie die bewahrten Relikte aus ihrer Jugend besagen, aber noch mehr bewies sie das als treue Leserin des *Ostpreußenblattes*. Das nun ihr in Dresden geborener Ehemann weiter liest mit Schwerpunkt „Ostpreußische Familie" und deshalb Dank sagt für unsere „wunderbare und schwierige Arbeit", für die das überlassene Vorlesungsverzeichnis auch sehr wichtig ist. Die gleichzeitig übersandte Marienburg-Mappe mit den zwölf sehr gut erhaltenen, gestochen scharfen Aufnahmen (Verlag Trinks & Co, Leipzig) reiche ich aber auf Wunsch von Herrn Schuncke weiter an unsere Leserschaft. Wer möchte das Mäppchen aus den 20/30er Jahren haben?

Erfolge sind auch wieder zu melden. Sehr erfreut ist Herr Prof. **Günter Hertel** über die Informationen, die er auf seine Fragen nach Unterlagen über die Kirche von Alt-Lappienen/Rauterskirch und Seckenburg bekommen hat. Über ein Originalfoto, das ihm von einer Elchniederungerin, die heute in Gelsenkirchen lebt, zugesandt wurde, war er besonders überrascht. Das gut erhaltene Bild zeigt die Einweihung der neuen Gilgebrücke, die Rautersdorf mit Rauterskirch ab 1940 verband und damit die Fährverbindung zwischen dem südlichen und nördlichen Ufer der Gilge ablöste. Sie war vor allem zu militärischen Zwecken erbaut worden, um Truppentransporte und -versorgung auf kürzestem Weg nach Memel zu ermöglichen. Das Foto ist für Herrn Prof. Hertel ein aufschlussreiches Zeitdokument – so sehen wir es auch und waren erfreut, dass er es uns zur Veröffentlichung überließ. Das Bild erschien bereits in der letzten Folge – der Kommentar musste leider aus Platzgründen ausfallen und wird hiermit nachgeholt –, aber aus der Unterschrift war ja ersichtlich, um welches Ereignis es sich handelte. Vielleicht entdecken schon ehemalige Elchniederunger einige Personen aus ihrem damaligen Lebenskreis. Für alle Rautersdorfer dürften auch die gut erkennbaren Häuser interessant sein, es ist schon möglich, dass jemand sein Wohn- oder Elternhaus auf dem Foto findet. Die Einsenderin ist für Herrn Prof. Hertel eine ideale Informantin, denn sie stammt aus Altdümpelkrug, einem Nachbarort von Rautersdorf, wurde in der schönen Kirche getauft und besuchte die 1938 eingeweihte Schule in Rauterskirch.

Für Herrn Prof. Dr. Hertel war auch ein Brief bestimmt, der einem an mich gerichteten Schreiben beilag und den ich ihm sofort zusandte. Er wird sehr überrascht gewesen sein, denn der Brief kommt aus Amerika, die Absenderin ist für uns eine liebe alte Bekannte, Frau **Frieda Lukner** aus Orlando, Florida. Das an ihn gerichtete Schreiben enthält viel Wissenswertes über die Elchniederung und speziell über die „Rauterin", deren Namen ja auch Rauterskirch trägt. Das war der Anlass, dass Frau Lukner sich nach langer Zeit wieder bei uns gemeldet hat, und so freue ich mich über ihre Grüße und guten Wünsche. Und ganz besonders für diese nette Mitteilung, die ich wörtlich wiedergeben will: Frau Lukner schreibt: „Seit einiger Zeit korrespondiere ich mit einem Herrn **Robert Dietrich**, der in Frankenmuth, Staat Michigan, wohnt und 103 Jahre alt ist. Er schrieb mir, dass er in vielen ostpreußischen Städten gewesen ist und nach seiner Heirat in den Jahren 1932 bis 1945 im südöstlich von Königsberg gelegenen Legden gewohnt hat. Seine Briefe sind alle in kleiner, dichter Handschrift verfasst, enorm! So habe ich ein gutes Vorbild und muss mich noch elf Jahre dran halten, um ihm gleich zu tun!" Sie haben Recht, liebe Frau Lukner, und das macht nicht nur mir, sondern sicher auch vielen älteren Leserinnen und Lesern Mut. Vielleicht erinnern sich noch ehemalige Bewohner von Legden an den alten Herrn, der auch in diesem sagenhafter Alter Ostpreußen nicht vergessen hat. Die Anschrift von Frau Lukner ist 2439 Cilantro Dr., Orlando, FL 32837, USA.



Ruth Geede Foto: Pawlik

„Du sollst nicht mehr allein sein!" war einmal der Leitsatz, unter dem die Ostpreußische Familie vor nunmehr 37 Jahren von der Redaktion des *Ostpreußenblattes* ins Leben gerufen wurde – er gilt noch heute und ist besonders für die Älteren wichtig, deren Familien- und Freundeskreis sich schon sehr gelichtet hat. Oder die durch Umzug in ein Heim das vertraute Umfeld verlieren. Das bewegt auch unsern eifrigen Schreiber **Frank Schneidewind** aus Olpe, der einen ganz bestimmten Fall vor Augen hat. Er schreibt: „Viele betagte Heimatvertriebene leben aus gesundheitlichen Gründen in Senioreneinrichtungen. Durch den Wechsel des Wohnsitzes sind oft jahrzehntelange Kontakte mit Landsleuten abgebrochen, die Senioren fühlen sich einsam, können keine heimatlichen Veranstaltungen und Treffen mehr besuchen, der Briefwechsel ist eingeschränkt. So bleibt in vielen Fällen nur der Telefonkontakt mit Landsleuten, wir müssen den Senioren aus den Heimatprovinzen dankbar sein für die vermittelten Kenntnisse über die damaligen Verhältnisse und Lebensweise. Darum erfreuen wir sie mit Besuchen und Telefongesprächen." Frank Schneidewind hat einen bestimmten Fall vor Augen, den er unseren Lesern vorlegt: „Seit Februar lebt auch die 87-jährige Frau **Christel Schneider** verwitwete **Schalla** geborene **Jerczembek** in einem Seniorenheim im Harz. Ihr Heimatort ist Rauschken, Kreis Osterode. Die geistig sehr rege Frau erinnert sich an viele Begebenheiten in der ostpreußischen Heimat, weil sie bis 1945 Versicherungsbeiträge in den umliegenden Ortschaften kassierte. Sie kann also auch erschöpfende Auskunft über die damaligen Verhältnisse geben. Das könnte für Menschen aus ihrem Kirchspiel Passenheim wichtig sein." Besonders aber für sie selber, denn sie wird dankbar sein, wenn sie sich mitteilen kann. Deshalb regt Herr Schneidewind unsere Landsleute an, sich bei Frau Schneider zu melden. Die alte Dame weiß von dieser Aktion nichts, es soll eine Überraschung für sie sein – so wünscht es Herr Schneidewind. (Anschrift: Christel Schneider, Seniorenheim St. Jacobi, Fuchshallerweg 10 in 37520 Osterode/Harz, Telefon 05522/74344.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Tanski, Wilhelm, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt St. Johannisplatz, Wohnanlage, 25569 Kremperheide, am 16. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dameráu, Hildegard, geb. **Pörschke**, Kreis Mohrungen, jetzt München, am 10. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Sowa, Käthe, geb. **Poburski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Malvenweg 9, 89233 Neu-Ulm, am 20. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grigo, Martha, geb. **Domaß** aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Wallheckenstraße 28, 46325 Borken, am 20. August

Marzeyzik, Erna, geb. **Gerths**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Milow 19, 17337 Uckerland, am 17. August

Paul, Ruth, geb. **Bossmann**, aus Ortelsburg, jetzt Hülsstraße 66, 45772 Marl, am 22. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brohl, Karl, aus Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 24, 47259 Duisburg, am 16. August

Fidorra, Frieda, geb. **Roßmanneck**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Fischerbeker Weg 31, 22941 Bargteheide, am 21. August

Flath, Ilse, geb. **Geelhaar**, aus Lötzen, jetzt Kiefernweg 2, 21423 Winsen/Luhe, am 21. August

Lackner, Gerda, aus Lyck, jetzt Goethestraße 11a, Senioren-Wohnsitz Humboldthöhe, 56179 Vallendar, am 21. August

Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Gumse 29, 29451 Dannenberg, am 20. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kosidowski, Martha, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt Marie-Juchacz-Straße 11a, 49565 Bramsche, am 16. August

Redinger, Gertraud, geb. **Pilzuhn**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Humboldtstraße 121, 51145 Köln, am 19. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Möller, Hedwig, geb. **Czyplinski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Fliederstraße 7, 23558 Lübeck, am 22. August

Nachtigal, Lydia, geb. **Mertsch**, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt In den Eichgärten 18, 35625 Hüttenberg, am 16. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hartwich, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 115, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 32, 22848 Norderstedt, am 16. August

Lippke, Dora, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Oersdorfer Weg 37, 24568 Kaltenkirchen, am 17. August

Repschläger, Hildegard, geb. **Napierski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Pfitznerstraße 15a, 65193 Wiesbaden, am 18. August

Schulz, Grete, aus Neidenburg, jetzt An der Feldhecke 15, 23996 Bad Kleinen, am 19. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kraft, Heinz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Kiefernbusch 21, 29640 Wintermoor, am 21. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hess, Frieda, geb. **Hennig**, aus Eichen, Gubehnen, Kreis Wehlau, jetzt Beethovenstraße 32, 36043 Fulda, am 19. August

Kompa, Elisabeth, geb. **Marschlowitz**, aus Ortelsburg, jetzt Friedrichstraße 19, 73262 Reichenbach, am 20. August

Neumann, Vera, geb. **Arndt**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Breslauerstraße 12, 55286 Wörrstadt, am 21. August

Niederhoff, Gertrud, aus Ebenrode, jetzt Röntgenstraße 34, 21365 Adendorf, am 22. August

Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt 22. David Terrasse, 5162 Morphett-Vale, USA, am 20. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dergewitz, Ida, geb. **Leimann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lüntenbecker Weg 101, 42327 Wuppertal, am 22. August

Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, Augker Straße, jetzt Mariendorfer Weg 26, 12051 Berlin, am 20. August

Prengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lyonel-Feininger-Straße 5, 12627 Berlin, am 22. August

Rieck, Heinz, aus Treuburg, Egerländer Straße 3, jetzt Hyßleyer Straße 39, 58093 Hagen, am 16. August

Ruhr, Elise, geb. **Dank**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Kiekenbrink 40, 32457 Porta Westfalica, am 22. August

Sawatzki, Walter, aus Seebrükken, Kreis Lyck, jetzt 4560. Weymounth Rd., Medina/Ohio 44256, USA, am 19. August

Sossong, Erna, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Bodelschwingh-Straße 2, 69469 Weinheim, am 21. August

Ueberschär, Anneliese, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, jetzt Hans-Böckler-Platz 15, 22880 Wedel, am 21. August

Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, 97753 Karlstadt, am 16. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bajor, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Hahnenkleer Straße 9, 38685 Langelsheim, am 20. August

Bobrowski, Georg, aus Ebenrode, jetzt Diesterweg 12, 51109 Köln, am 21. August

Böhm, Helga, geb. **Altrock**, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Berliner Ring 47, 35576 Wetzlar, am 19. August

Bratumil, Herbert, aus Lyck, jetzt Ernst-Moritz-Arndt-Straße 36, 38259 Salzgitter, am 22. August

Brehmer, Adelheid, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Meisenbusch 22, 14532 Kleinmachnow, am 16. August

Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Hildesheimer Straße 8b, 37581 Bad Gandersheim, am 17. August

Cub, Siegfried, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Weserstraße 26, 32469 Petershagen, am 16. August

Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Viscardistraße 13, 82256 Fürstenfeldbruck, am 18. August

Flegel, Herta, geb. **Lasogga**, aus Steintal, jetzt Friedrichstraße 1, 55543 Bad Kreuznach, am 18. August

Gottuck, Günter, aus Treuburg, Goldaper Straße 33, jetzt Olgastraße 28, 73728 Esslingen, am 17. August

Hohendorf, Helmut, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Steingadener Straße 11, 82362 Weilheim in Oberbayern, am 21. August

Jäkel, Inge, geb. **Fest**, aus Rosenberg, und Heiligenbeil, Bismarckstraße 4 B, jetzt Schmiedestraße 38, Altenpflegeheim 1980 Bahrke, 31303 Burgdorf, am 20. August

Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Eberhard-Wildermuth-Straße 13, 44628 Herne, am 21. August

Kalinowski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Holunderweg 4, 40764 Langenfeld, am 16. August

Kalisch, Gerhard, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Grünberger Weg 2, 38518 Gifhorn, am 17. August

Kaminski, Ernst, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Asel Altenpflegeheim, 34516 Vöhl, am 22. August

Kraaß, Hildegard, geb. **Giehr**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, jetzt Lisztstraße 3, 42549 Velbert, am 22. August

Krauser, Gerda, geb. **Bessel**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 3, 36119 Neuhof, am 18. August

Lang, Luise, geb. **Sagorny**, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Poststraße 18, 44629 Herne, am 22. August

Majonek, Hildegard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Breslauer Straße 7, 23569 Lübeck, am 18. August

Milbacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Gasthausstege 3, 47546 Kalkar, am 20. August

Nayda, Willy, aus Ortelsburg, jetzt In den Flachsgruben 11, 41179 Mönchengladbach, am 16. August

Porath, Ruth, geb. **Schlaugat**, aus Bartken, Kreis Treuburg, jetzt Liliengasse 24, 01067 Dresden, am 21. August

Oster, Erna, geborene **Schwarz**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Kölner Landstraße 239, 40591 Düsseldorf, am 19. August

Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Thomer Straße 8, 28832 Achim, am 21. August

Schmidt, Edeltraut, geb. **Gorski**, aus Gr. Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Nicoloviusstraße 1 a, 23701 Eutin, am 21. August

Schoenamsgruber, Elisabeth, aus Balzhöfen, Kreis Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 31, 91717 Wassertrüdingen, am 22. August

Tyschak, Alfons, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 6, 50174 Kamen, am 21. August

Wentland, Gerd, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Hülsmannsfeld 18, 45770 Marl, am 19. August

Zaborosch, Viktor, aus Froben, Kreis Neidenburg, jetzt Chammünsterstraße 44, 81827 München, am 22. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bruhn, Elsbeth, geb. **Raabe**, aus Brandenburg, jetzt Mastbrooker Weg 41, 24768 Rendsburg, am 18. August

Chitralla, Kurt, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Am Köpernitztal 23, 23966 Wismar, am 18. August

Frede, Anita, geb. **Kathoff**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Schorlemer Straße 20, 48683 Ahaus, am 22. August

Gerwin, Werner, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Johannisburger Straße 6, 21337 Lüneburg, am 22. August

Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Weinstraße-Nord 44, 67281 Kirchheim, am 19. August

Helbing, Willi, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Kurfürstenstraße 35, 46399 Bocholt, am 19. August

Hug, Elfriede, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Alter Weg 8, 72250 Freudenstadt, am 22. August

Knihs, Georg, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, jetzt Richard-Wagner-Straße 27, 95030 Hof/Saale, am 17. August

Koschin, Hildegard, geb. **Tietz**, aus Mühlhausen, Bahnhofstraße, Kreis Pr. Holland, jetzt Oeternstraße 24, 32758 Detmold, am 15. August

Kuhlmann, Helga, geb. **Dibowski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Glühstraße 22, 45355 Essen, am 17. August

Langer, Ruth, aus Königsberg, jetzt Werrastraße 33, 28199 Bremen, am 18. August

Mlodoch, Hildegard, geb. **Krause**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Goetheweg 21, 57223 Kreuztal, am 21. August

Olschewski, Renate, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Bruchstraße 9, 57439 Attendorn, am 17. August

Schulz, Heinz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Erskinstraße 37, 21717 Schwinge, am 22. August

Sedello, Edeltraud, geb. **Dibowski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Dr. Franz-Straße 12, 04916 Herzberg, am 18. August

Seelig, Fritz, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Kirchstraße 49, 53332 Bornheim, am 16. August

Segendorf, Helmut, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Großfeldener Weg 8, 35091 Cölbe, am 22. August

Soffner, Elfriede, geb. **Timm**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Wohlverwahrtstraße 8, 45279 Essen, am 22. August

Stäblein, Erna, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Telle 2, 98631 Juchsen, am 22. August

Urbschat, Horst, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Klawitterstraße 7, 28279 Bremen, am 17. August

Wannack, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt 445, Juliana Drive, Oshawa/Ontario/LIG 2E9, am 19. August

Wiedermann, Christel, geb. **Cybulla**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Riedegrund 10, 30985 Ronneberg, am 18. August

Wolter, Liesbeth, geb. **Peter**, aus Metgethen, Kreis Samland, jetzt Lampéweg 14g, 22523 Hamburg, am 30. August

Zengerling, Elfriede, geb. **Braunsberg**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Kirchstraße 83, 44803 Bochum, am 22. August



Dormeyer, Dieter, und Frau Monika, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Breslauer Straße 118, 48157 Münster, am 18. August

Erbuth, Reinhold, und Frau Jutta, aus Kleinbolken, Kreis Treuburg, jetzt Rubinkamp 15, 30916 Isernhagen, am 20. August

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik" ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Wieslaw Roman Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Stefan Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Rikako Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Walter T. Rix behandelt August Winnig, Dr. Lutz Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 15. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 15. August, 14.05 Uhr, 3Sat: „Kronprinz Rudolf".

Montag, 16. August, 20.15 Uhr, Phoenix: „Der Überfall – Deutschlands Krieg gegen Polen".

Montag, 16. August, 22.15 Uhr, Phoenix: „Lenin kam nur bis Lüdenscheid", Doku über Sozialismus in Deutschland.

Sonnabend, 21. August, 20.15 Uhr, Arte: „Das Diesel-Rätsel – Der mysteriöse Tod von Rudolf Diesel 1913".

Sonnabend, 21. August, 21.45 Uhr, Phoenix: „ZDF-History – Eva Hitler".

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten – Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk" lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen". Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

BJO – 23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 26. August, 15 Uhr, Sommerfest im „Krauthof", Beihinger Straße 27.

Schwäbisch Hall – Die Tagesfahrt der Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern e.V. führte zu Burgen und Schlössern im Hohenloher Land. Erstes Ziel war die hoch auf einem langgestreckten Hochplateau liegende Waldenburg. Die Besichtigungen des historischen Ortskernes mit Stadtmauerring und Burg versetzte uns in vergangene Jahrhunderte. Die Führung in der Kelter und dem Wasserschloss Pfedelbach mit Besuch der Schlosskapelle waren hochinteressant, zumal die historische Orgel gespielt werden durfte. Auf der Fahrt durchs Hohenloher Land war das letzte Ziel Langenburg. Wenige Tage später fand der Heimatnachmittag „Was weißt du von Ostpreußen?" statt. Teil I des Filmes „Preußen Chronik eines Staates" gestaltete das Treffen im August. Anfang September stellt die Landeskulturreferentin Ursula Gehm die memeländische Dichterin Charlotte Keyser vor. Die Heimatnachmittage finden jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Sölch, Hauffstraße 14 in Schwäbisch Hall statt, Beginn ist 14.30 Uhr.

Stuttgart – Sonnabend, 28. August, 14 Uhr, Treffen der Westpreußen im Haus der Heimat, großer Saal. Ulla Gehm, Landeskulturreferentin der LO hält einen Vortrag über den Königsberger Dom.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Montag, 23. August, 15 Uhr, Treffen im Bayreuth-Café Rödersberg.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremerhaven – Donnerstag, 26. August, 17 Uhr, Sommerkonzert des Seemannschores der Marinekameradschaft Bremerhaven, Große Kirche.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 21. August, 10 Uhr (Einlass 9.30 Uhr – Ende gegen 17 Uhr), 10. Heimattreffen im norddeutschen Raum aus dem Reg.-Bez. Gumbinnen, im Hotel Zur Glashütte, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 5298660, Fax (040) 52986635. Das Programm: 10 bis 10.30 Uhr, Begrüßungen, Informationen über alles was die Teilnehmer bewegt. 10.30 bis 12 Uhr, „Die ostdeutschen Länder von 1900 bis 1945". Ein kulturell historischer Vortrag mit Filmvorführung (Manfred Samel) aus alten Zeiten: „Wie sahen damals unsere deutschen Städte aus und wie pulsierte das Leben in ihnen. Auf dem Lande ging es traditionsbewusst zu. Es wurde gearbeitet, denn vieles musste noch von Hand gemacht werden. Was passierte nach dem Ersten Weltkrieg?" 12 bis 14 Uhr, Mittagspause: Vier verschiedene Gerichte stehen zum Angebot und kosten zwischen 9 und 12 Euro. 14 bis 15 Uhr, der LAB-Chor Hamburg, unter der Leitung Dieter Dziobaka, wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. 15 bis 15.45: Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt (Bielefeld) sorgt dafür, dass einiges in heimatlicher Mundart vorgetragen wird. Dazu gehört auch die musikalische Begleitung durch die Duddelspieler H. Grawitter und Lm. Schattling. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause und man läßt das Beisammensein langsam ausklingen. Nach dem Schluss des Heimattreffens kann individuelle Geselligkeit in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach zwölf Kilometern zu erreichen. Parkplatzmöglichkeiten sind vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. Informationen bei Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. August, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Geschichten aus Hamburg und „Vertellkes" aus der alten Heimat.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg Stadt und Land – Mittwoch, 1. September, 13 Uhr, Vortrag einer Insterburgerin über die Heimat im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Gemütliches Zusammensitzen und Schabbern. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauss, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Telefon (06206) 4851.

Dillenburg – Mittwoch, 25. August, 15 Uhr, Monatsversammlung im Café Eckstein, Königsberger Straße. Zunächst wird der Landesvorsitzende Dietmar Strauss an 15 Gruppenmitglieder ein goldenes Treuezeichen für langjährige Zugehörigkeit zur Gruppe überreichen. Nach dem Kaffeetrinken bringt dann Lothar Hoffmann eine Betrachtung des Gemäldes „Das Walzwerk Königshütte" (in Oberschlesien) des Malers Adolph Menzel. Dazu zeigt er auch das Bild.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. August, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant Braunschweig, Jasperallee. Filmvortrag über Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Hannover – Freitag, 27. August, 14.30 Uhr, erstes Treffen nach der Sommerpause Ihme-Terrassen, Rosebeckstraße 1. Mitglied Luise Wolfram berichtet über ihre diesjährige Reise in das Königsberger Gebiet. Sie bringt eine Kaliningrader Hackbrettspielerin mit, die uns musikalisch unterhalten wird. – Am Donnerstag, 23. September, unternimmt die Gruppe eine Stadtrundfahrt durch Hannover mit Stadtführerin. Anmeldungen bitte bis zum 10. September an Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Rueß, Telefon (0511) 332724. Wir haben 20 Plätze reserviert.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 26. August, 15 Uhr, „Literaturkreis" in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Witten – Donnerstag, 26. August, 15.30 Uhr, Urlaubsberichte in Wort und Bild.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Gardelegen – Freitag, 27. August, 14 Uhr, Grillnachmittag in Letzlingen auf dem Knackmußschen Hof mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 27. August, 16 Uhr, Singproben im TUS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Malente – Freitag, 27. August, 15.30 Uhr, Treffen im Restaurant und Café Neue Börse, Lindenallee 14. Landeskulturreferent Edmund Ferner hält einen Vortrag über „Königin Luise von Preußen – eine Lichtgestalt". Vor 200 Jahren am 18. Juli 1810 starb Königin Luise auf Schloss Hohenzieritz bei Neustrelitz. 1807 hatte sie sich in Tilsit mit Napoleon getroffen, doch auch die Königin erreichte keine Zugeständnisse und Preußen verlor die Hälfte seines Territoriums. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Tagung zu 65 Jahre Kriegsende

Schwäbisch Gmünd – Vom 25. bis 29. Oktober findet die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende" im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i.R. Hans-Georg Meinhof und der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *Bel*

Ostdeutscher Kulturrat trauert

Am 3. August ist in Marburg der Philosoph Professor Dr. Eberhard Günter Schulz gestorben. 1929 in Neusalz an der Oder in Niederschlesien geboren, studierte er nach der Vertreibung in Marburg und wurde zum Professor der Philosophie in Duisburg ernannt.

Neben seiner akademischen Laufbahn hat er sich als maßgeblicher Mitgestalter und Leiter einschlägiger Einrichtungen große Verdienste um die Pflege der deutschen Kultur im und aus dem östlichen Europa erworben. Von 1975 bis 2001 war er Vorsitzender der Stiftung Kulturwerk Schlesien in Würzburg.

Prof. Dr. Eberhard Günter Schulz †

Seit ebenso langer Zeit wirkte er im Vorstand der – bis vor kurzem so benannten – Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (OKR), deren Präsident er seit dem 1. Januar 2000 ist und deren Tätigkeit durch den großen Einsatz von Professor Schulz trotz des Verlustes der institutionellen Förderung fortgeführt werden konnte. *OKR*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Angerburger treffen sich am 11./12. September in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme) – Wir leben in einer sich ständig verändernden Welt. Nichts bleibt so wie es ist. Auch in Rotenburg (Wümme) hat sich in den letzten zwölf Monaten einiges verändert. Der Bürgersaal steht uns in diesem Jahr nicht zur Verfügung, da es zum 1. September einen Pächterwechsel gibt. Deshalb werden wir uns am 11./12. September 2010 in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 treffen (neben dem Ratsgymnasium Gerberstraße 14). Es wird also ein Treffen der kurzen Wege und auch die Michaelskirche liegt in der Nähe. Die Mensa/Aula der Theodor-Heuß-Schule steht uns am Sonnabend, den 11. September, von 14 bis 23 Uhr, und am Sonntag, den 12. September, von 9 bis 16 Uhr, zur Verfügung. Eingeleitet werden die 56. Angerburger Tage am 11. September, um 9 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche. Ab 9.30 Uhr tagt in einer öffentlichen Sitzung die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Kreishauses. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl eines/einer stellvertr. Kreisvertreterin für den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Alfred Nehrenheim. Es ist eine gute Gelegenheit, sich zu informieren. Danach wird zu einer Busfahrt nach Sittensen zum Heimatverein der Börde Sittensen e.V. eingeladen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vor dem Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 31. August erforderlich an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Abend der Vortrag der international bekannten Vortragskünstler Helfried und Renate Weyer aus Buxtehude werden. Sie zeigen Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ in faszinierender Großbildtechnik, projiziert auf eine große Panoramawand: Das Ermland, Masuren, Königsberg und natürlich die Kurische Nehrung. Der live gesprochene Vortrag des Königsberger Fotografen wird mit Musik in Konzertqualität untermalt, ebenso mit Beispielen der längst ausgestorbenen zärtlichen Sprache. Der Filmvortrag findet am Sonnabend, den 11. September, um 20 Uhr, in der Aula des Ratsgymnasiums, Gerberstraße 14, statt (neben der Theodor-Heuß-Schule). Der Sonntag, 12. September, beginnt um 9 Uhr mit einem Gottesdienst in der evangelischen Michaelskirche (Bischofsstraße). Anschließend findet um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums in der Gerberstraße 14 eine Feierstunde statt. Mechthild Ross-Luttmann, Nieders. Ministerin a. D. für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird zu uns kommen und die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum wird am Sonnabend und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher wie Angerburg von A-Z (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“ sowie Postkarten und Landkarten angeboten.

Alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Heimatfreunde, aber auch Gäste sind wieder ganz herzlich zu den 56. Angerburger Tagen am 11./12. September 2010 nach Rotenburg/Wümme eingeladen. Bekunden Sie durch Ihre Teilnahme Treue und Verbundenheit zu unserer Heimat, auch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@gmx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Hauptkreistreffen 2010: Mitgliederversammlung am 4. September, ab 14 Uhr, Stadthalle Winsen. Tagesordnung: 1) Begrüßung durch den Kreisvertreter 2) Änderungsanträge zur Tagungsordnung 3) Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters 4) Kassenbericht 5) Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstandes 6) Nachwahl im Vorstand (2. Stellvertreter/in des Kreisvertreters)* 7) Satzung: Anpassung an gesetzliche Vorgaben (Abstimmung)**, 8) Verschiedenes. *Nachwahl: Die Kandidatenliste für Vorstandswahlen wird satzungsgemäß durch den Kreistag aufgestellt. Vorschläge können durch jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft eingebracht werden und sind laut Satzung spätestens 14 Tage vor dem Wahltermin (Wahl am 4. Sept. 2010) dem Kreisvertreter zu übermitteln. Kandidaten sind nur bei eigener Zustimmung zur Kandidatur wählbar, diese sollte also bei Abgabe von Wahlvorschlägen eingeholt sein. **Satzung: Nachfolgend werden die Änderungen aufgelistet, die laut Vorgabe des zuständigen Finanzamtes nach entsprechenden Gesetzesänderungen eingebracht werden müssen, um die Gemeinnützigkeit unseres Vereins weiterhin zu gewährleisten. Die geänderten und zur Abstimmung anstehenden Paragraphen werden hiermit öffentlich gemacht: § 1 Abs. 2: Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke entsprechend den §§ 52 ff der Abgabenordnung und zwar insbesondere durch ... § 1 Abs. 3: Die Kreisgemeinschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Kreisgemeinschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Kreisgemeinschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. 1. Entstehen den Mitgliedern des Vereins in der Ausübung von Vereinsausgaben Aufwendungen, so kann der Vorstand beschließen, dass diese Aufwendungen ersetzt werden. 2. Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Der Vorstand kann aber bei Bedarf eine Vergütung nach Maßgabe einer Aufwandsentschädigung i. S. d. § 3 Nr. 26 a Einkommenssteuergesetz beschließen. § 13: Gemeinnützigkeit. Abs. 1: Der Verein ist gemeinnützig im Sinne der §§ 52 ff der Abgabenordnung. Abs. 2: Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an die Landsmannschaft Ostpreußen e. V. in 22087 Hamburg, Buchtstraße 4, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. An dieser Stelle ein Hinweis: Individuelle Änderungsvorschläge durch die Mitglieder können über entsprechende Gremien (Vorstand, Ausschuss) erfolgen, eventuell begleitet durch Rechtsberatung, Eingang in die Satzung der Kreisgemeinschaft finden. Eine Veröffentlichung findet jedoch erst statt, wenn der geänderte Text der Satzung der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden soll.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Unser Krankenhaus in Heinrichswalde im Jahr 2010 – Nach der diesjährigen Verteilung der Bruderhilfe hatten wir auch Gelegenheit, das Krankenhaus in Heinrichswalde anzusehen. Dem 115 Jahre alten Haus sieht man von außen zwar sein Alter an, aber das „Innenleben“ ist nach mehreren Renovierungsarbeiten in gutem Zustand. Die Zimmer mit drei oder vier Betten sind ordentlich und sauber, das Personal ist freundlich. Die einzelnen Abteilungen sind: Chirurgie mit Röntgen-Geräten; internistische Abteilung mit Labor, Ultra-Schall und EKG; Gynäkologie und zahnärztliche Behandlung. Die vorhandenen Geräte sind vertrauenerweckend. In Russland ist der Weg so, dass man bei Beschwerden zuerst eine Ambulanz aufsucht, die es in jedem kleinen Ort gibt. Dort wird man wie bei uns hausärztlich versorgt, oder man muss das Krankenhaus, wenn nötig mit Krankenwagen, aufsuchen. Sollte einem also bei einem Aufenthalt in Ostpreußen ein Unglück oder eine Krankheit zustoßen, kann man sich ohne Bedenken dort behandeln lassen.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 45 81, Fax: (04451) 91 89 298; Schriftführerin: Ingelor Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 57 86 49, friedrich@kreis-johannisburg.de

Leider ist der *PAZ* in der letzten Ausgabe der veraltete Kopf für Hessen in die Seiten geraten. Wir bitten dies zu entschuldigen. Natürlich ist der Vorsitzende Dr. Manfred Solenski.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ostpreußenkalender 2011 – Die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg bietet auch für das Jahr 2011 einen interessanten heimatlichen Kalender an. Die verschiedenen Landschaften unserer Heimat und andere typisch ostpreußische Motive werden Sie erfreuen und Ihnen die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat vor Augen führen. Beschenken Sie sich selbst oder Ihre Familie und Freunde! Format DIN-A 4 hoch, 13 Blätter, Spiralbindung oben, 12 Euro einschl. Porto. Zu bestellen bei der Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, Carl Mückenberger, Tel.: 0571/46297, oder Gisela Broschei, Tel.: 02161/895677. Bestellungen können bereits jetzt aufgegeben werden.

Treffen der Landsleute aus Groß Ottenhagen und Umgebung. Am Ende unseres Treffens in Weiterode vom 25. bis 27. April 2010 beschlossen wir, uns im nächsten Jahr (vom 15. bis 17. April, ebenfalls in Weiterode Bebra, Sonnenhof) wiederzusehen. Seit wir uns alljährlich wiedersehen, sind Zusammenhalt und Vertrautheit noch größer geworden, als bei einem zeitlichen Abstand von zwei Jahren. So erlebten wir wieder ein sehr schönes, harmonisches Wochenende. Ein Schatten war, dass wir den Tod eines treuen Mitgliedes, Horst Götz, zu betrauern hatten und dass nicht alle Freunde aus unseren Dörfern, die es gern getan hätten, kommen konnten. Wir haben ihrer gedacht, sowie auch unserer Eltern und Großeltern, die durch Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen sind oder die schwer am Heimatverlust gelitten haben. Eine Bereicherung und zum Teil auch eine Auffrischung unserer Erinnerung war der Film „Schatzkästlein Ostpreußen, die schönsten Filme über Ostpreußen aus den Jahren 1920 bis 1945“. Es handelt sich um 17 Dokumentarfilme, die umfangreichste Sammlung alter Filme aus unserer Heimat. Natürlich haben wir uns nur einen Teil der alten Bilder angesehen. Wir wollen im nächsten Jahr uns den zweiten Teil des Films ansehen. Auch dieses Mal kam die „Eigenproduktion“ nicht zu kurz. Walter Löwenberg erfreute uns mit seinem Harmonikaspiel und das Ehepaar Beister ist mit seinen Sketchen nicht zu schlagen. Es wurden immer mehr Beiträge gewünscht, so dass sich auch einer der Ältesten, Werner Liedtke, nicht zweimal bitten ließ: Er erzählte von seinen spaßigen Erlebnissen aus seiner Jugendzeit. Über 40 Landsleute genossen die heimatlichen Tage und wollen dies auch nächstes Jahr wieder tun.

Am 25. September, um 16 Uhr, liest der bekannte in Ostpreußen geborene Schriftsteller Arno Surminski aus seinen Werken. Seine eindrucksvollen Bilder, die er in seinen Büchern von Ostpreußen malt, wecken wohl das Interesse, diesen Autor einmal persönlich zu erleben. Die Veranstaltung findet im Preußen-Museum NRW in Minden, Simeonsplatz 12, statt. Die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg lädt herzlich dazu ein. Damit auch Interessierte, die in der Umgebung von Minden wohnen, an der Veranstaltung teilnehmen können, ist die Anfangszeit auf 16 Uhr festgesetzt worden.

Treffen Wickbold, Ludwigswald und Altenberger – Alles hat ein Ende, so auch das Treffen dieser Landsleute. Lange hat Brigitte Profé überlegt, ob sie zum Treffen 28./29. August Einladungen verschicken soll, entschied sich aber dann dagegen. „Es tut mir auch sehr leid, es war immer so gemütlich, harmonisch und auch nett mit Euch“, so Profé. „Der Kreis war zwar nicht mehr so groß, vielleicht eben deshalb kam man auch mehr zu Einzelgesprächen. Wir drei Dörfer waren vereint wie eine große Familie. Ganz verlieren müssen wir uns ja nicht – Anrufen oder Schreiben ist auch eine Möglichkeit, um von einander zu hören. Nehmt mir diesen Rücktritt bitte nicht übel. Ich muss kürzer treten und werde auch älter. Für die schöne, unvergessliche Zeit, Eure Treue, Euer Vertrauen und die liebe Zuwendung danke ich Euch herzlich.“



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Kreistagssitzung am 28. August – Kreisvertreter Gerd Bandilla lädt hiermit die Kreistagsmitglieder zu einer Sitzung des Kreistages, die am 28. August, 14.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Hagen, in Hagen, Rathausstr. 13, stattfindet, ein. Die Sitzung ist öffentlich und hat folgende Tagesordnung: 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit. 2. Totengedenken. 3. Ehrungen. 4. Genehmigung der Niederschriften über die KT-Sitzung vom 29. August 2009. 5. Berichte: a) aus dem Kreisausschuss b) Kreisvertreter c) Karteiwart d) Beisitzer für Seniorenkartei e) Archiv- und Kulturwartin f) Bücherversand g) Redaktion Hagen-Lycker Brief h) Berliner Gruppe i) Mittlere Generation. 6. Jahresabschluss 2009. 7. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses. 8. Wahl eines 2. Kassenprüfers (anstelle von Heidi Mader) 9. Haushaltsplan 2010 10. Beschlussfassung über eine neue Wahlordnung 11. Erbschaft Rowlin 12. Diesjähriges Kreistreffen 13. Kreistreffen am 27. und 28. August 2011*) 14. Eventuelle Gemeinschafts-Kreistreffen mit einer der benachbarten Kreisgemeinschaften (Johannisburg, Lötzen, Treuburg). *) Unter diesem Tagesordnungspunkt muss auch beraten und beschlossen werden, in welchen Räumlichkeiten die Lycker Treffen stattfinden, wenn die Stadthalle in Hagen wegen zurückgehender Besucherzahl für uns zu groß sein wird.

Lycker Treffen in München – Am 27. Juli, ab 15 Uhr, trafen sich zirka 45 Lycker Landsleute in München, um sich kennenzulernen und vor allem, einen regen Gedankenaustausch zu pflegen. Angereist waren Teilnehmer von Ingolstadt bis Oberammergau und haben viel Mühe aufgewendet, an diesem Treffen teilzunehmen. (Es waren ja auch nicht mehr die Jüngsten.) Eröffnet wurde dieses Treffen von dem Organisator Peter Skrotzki (München) und dem Kreisvertreter Gerd Bandilla (Erftstadt), der mit seiner Frau Else extra aus der Kölner Gegend angereist war. Begrüßt wurde auch Herr Hansjürgen Kudczinski aus München, der Ostpreußen in München vertritt und regelmäßig im „Haus des Deutschen Ostens“ seine Versammlungen abhält. Gerd Bandilla hatte in seiner informativen und launigen Ansprache die Teilnehmer auch nach ehemaligen Heimatorten Kirchspielen befragt. Er konnte feststellen, dass der Kreis Lyck fast komplett vertreten war. Der Gastwirt der Gaststätte „Zum Bezirksamt“ servierte preiswerten, selbst gebakkenen Kuchen und konnte bei den Gästen durchweg punkten. Gegen 16 Uhr wurden die Räumlichkeiten gewechselt. Benutzt wurde ein Versammlungsraum, um die DVD von der „Masuren-Reise 2010“ anzuschauen. Diese Vorführung dauerte 39 Minuten und handelte von der Masuren-Reise (Kreis Lyck) vom 20. bis 29. Juni. Diese Vorführung wurde mit großem Applaus honoriert. Zusammenstellung der Fotos und Texte hatte Peter Skrotzki erbracht. Das gesamte Treffen wurde sehr positiv aufgenommen und der Wunsch entstand, dieses Treffen zu einer regelmäßigen Einrichtung zu machen. Der nächste Termin soll in der Adventszeit 2010 stattfinden.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Gedenkkreuz auf dem evangelischen Friedhof in Ortelsburg eingesegnet – So viele Besucher dürfte der alte evangelische Friedhof in Ortelsburg seit langer Zeit nicht gesehen haben, das letze Mal wahrscheinlich vor über 65 Jahren. Entsprechend bedeutend war der Anlass: Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg hat ein gut sichtbares Gedenkkreuz aus Stahl aufstellen lassen, das auf einem Betonsockel mit einer Schrifttafel befestigt ist, welche die Inschrift trägt: „Den Toten von Stadt und Kreis Szczytno/Ortelsburg zum Gedenken. Errichtet von der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Jahre 2010.“ Zwar hatte es bis zuletzt ein Ringen um die Inschrift zwischen Stadtverwaltung und Kreisgemeinschaft gegeben, schließlich war sie jedoch konsensfähig, und die Feier konnte beginnen: Das Kreuz wurde am 21. Juli im Rahmen einer ökumenischen Feier eingesegnet. Dazu waren zahlreiche Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, aber auch aus dem europäischen Ausland und Kanada angereist. Die Predigt hielt Pfarrer Prof. Dr. Alfred Tschirschnitz, der an einen Text aus der Offenbarung des Johannes (Kapitel 14, Vers 13) anknüpfte: „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben von nun an.“ Seine Exegese: „Langsam erlöschen alle unsere Lichter, eines nach dem anderen, aber der Tod ist in der Lage, nur das auszulöschen, was Gott ihm erlaubt. Der Mensch besitzt ein Licht, das auch der Sturm des Todes nicht zu löschen vermag – und dieses Licht ist Jesus Christus, in dem alle hier auf dem Friedhof ruhen.“ Die Einsegnung nahmen Professor Tschirschnitz und seine Glaubensbrüder Domherr André Schmeier aus Allenstein und Pfarrer Lachowicz aus Szczytno vor.

In seiner programmatischen Rede stellte der Kreisvorsitzende Dieter Chilla die Begriffe Erinnerung, Trauer und Versöhnung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen und appellierte an die deutschen und polnischen Gäste: „Wir möchten mit Ihnen, verehrte polnische Freunde, einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Lassen Sie uns ein Beispiel sein für gelingende Versöhnung. Gerade diese Region, in der es einst viele verderbliche Konflikte gab, eignet sich in besonderer Weise dazu. Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde ... Streit hat seine Zeit gehabt, nun soll Friede seine Zeit haben. Lassen Sie uns nun endgültig die letzten Schatten des Streitens hinter uns! Lassen Sie uns gemeinsam in eine Zukunft deutsch-polnischer Freundschaft gehen, lassen Sie uns ein Beispiel gebendes, leuchtendes Vorbild in Europa werden.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Gott schütze uns.“ In ihrer anschließenden Rede wies Bürgermeisterin Danuta Gorska darauf hin, dass Geschichte nichts Abstraktes sei, sondern immer an konkrete Schicksale gebunden. Wichtig ist auch ihr, dass Deutsche und Polen sich in friedlicher Weise weiterhin annähern. Diesen Tonfall der Völkerverständigung nahm auch die Rede des Oberbürgermeisters Horst Schiereck aus Herne, der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Ortelsburg, auf, die durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herbert John vorgetragen wurde: „Versöhnung ist ein langer Weg, auch wenn Polen und Deutsche bis heute viele Schritte auf diesem gemeinsamen Weg gegangen sind, scheint er uns an manchen Tagen noch weit. Deshalb sind Momente der gemeinsamen Erinnerung wie die Einsegnung des Gedenkkreuzes sehr wichtig.“

Unter den anwesenden Gästen befanden sich sowohl Vertreter der Bekenntnisgeneration wie der Erlebnisgeneration. Über besonders weit zurückliegende Erinnerungen verfügt Edelfried Baginski, der 1928 in Ortelsburg geboren wurde und dort seine Schulzeit und Jugend verbrachte. Der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft, der sie 16 Jahre lang leitete und der sich an vorderster Stelle für das Errichten eines Gedenkkreuzes engagiert hatte, betonte in seinem Schlusswort: „Die Menschen, die hier ihre letzte Ruhestätte fanden, haben zu ihrer Zeit diese Stadt und den Landkreis entwickelt und aufgebaut. Sie haben die Geschichte dieser Stadt gestaltet und sind Teil dieser Geschichte.“

Abschließend dankte der Ehrenvorsitzende allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen hatten. Bürgermeisterin Danuta Gorska, die den Antrag der Kreisgemeinschaft mit Zustimmung des Stadtrates befürwortend an das Woiwodschaftsamt in Olsztyn weitergeleitet hatte, Landrat Stanislaw Matlach für seine Fürsprache und für die verbindenden Worte, die er in einer Urkunde zum Ausdruck brachte, den Geistlichen der verschiedenen Konfessionen, dem Vorsitzenden des Kulturvereins Heimat Edmund Kucinski für seine Moderation, Ilse Masuch für ihre souveränen Übersetzungsleistungen und vor allem den zahlreichen Mitgliedern der deutschen Volksgruppe für ihren Einsatz, allen voran Helena Samsel und Helga Jurewicz. Eine ältere Teilnehmerin, die zu diesem Festakt über 1000 Kilometer aus Westdeutschland angereist war, wandte sich an den Kreisvorsitzenden Dieter Chilla: „Endlich haben wir Ortelsburger einen Ort des Gedenkens. Eine Stelle, an der wir uns an unsere Verstorbenen erinnern können, einen Platz für einige Blumen.“ Im Anschluss daran lud die deutsche Volksgruppe zu einem umfangreichen Büfett in das Restaurant Zacisze am Großen Haussee ein. Dort wurde dann noch stundenlang geschabbert und plachandert auf Deutsch, Polnisch und durcheinander.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Einladung zum 48. Kreistreffen am 4. und 5. September – Wie im Heimatbrief 2009 und in der der PAZ/Das Ostpreußenblatt mitgeteilt, findet das diesjährige Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft am 4. und 5. September im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid statt. Den Auftakt bildet am Vormittag des 4. September ab 9.30 Uhr die öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Remscheid, bei der die Kirchspielvertreter, die nicht mehr für eine weitere Wahlperiode kandidiert haben, verabschiedet und die neu gewählten vorgestellt werden. Am Nachmittag des 4. September sind die Räumlichkeiten im Berufskolleg Technik ab 15 Uhr geöffnet. Die offizielle Begrüßung ist für 17.30 Uhr vorgesehen. Ein geselliges Beisammensein mit fröhlichem Wiedersehen, viel Unterhaltung und Tanz schließt sich an. Bereits um 8 Uhr öffnen sich am Sonntag, dem 5. September, die Türen für das große Fest. Um 11 Uhr findet in der Aula eine Feierstunde mit Grußworten, einer Ansprache und dem Totengedenken statt. Die Festansprache hält Horst Westkämper. Umrahmt wird die Veranstaltung von Darbietungen des Ostpreußenchors Remscheid. Anschließend gibt es genügend Zeit zum Erzählen und „Schabbern“. An gekennzeichneten Tischen können sich die Teilnehmer in ihren Kirchspielen treffen. Auch in diesem Jahr erwarten wir einen Bus aus Sensburg mit Mitgliedern der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“. Für das leibliche Wohl wird aufs Beste gesorgt. Parkplätze stehen auf dem Gelände der EWR GmbH und vor dem Möbelhaus Knappstein zur Verfügung. Alle Landsleute aus dem Kreis Sensburg mit ihren Freunden und Bekannten sind zu unseren Kreistreffen herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Ergebnis der Wahlen zum Sensburger Kreistag: Aus den Wahlen 2010 zum Sensburger Kreistag sind folgende Kandidatinnen und Kandidaten hervorgegangen: für Aweyden Irene Piepenbrink, Siegbert Nadolny, für Eichmedien Gerhard Zielinski, für Hoverbeck Burgundei U. Kisza, Christine Birkner, für Niedersee Dietmar Heilsberger, für Nikolaiken Horst Wiberny, für Peitschendorf Adalbert Teuber, Klaus Schütz, für Ribben Irmtraud Meistrowitz, für Schmidtsdorf Peter Just, für Seehesten Manfred Bojahr, Helga Dzubiella, für Sensburg Stadt Bernd Moyzyczyk, Hansjürgen Katzenski, Gudrun Froemer, für Sensburg-Land Helmuth Tomscheit, Hartmut Waschke, für Sorquitten Manfred Buchholz, Roland Becker, für Ukta Rolf W. Krause, Friedhelm Hoffmann, für Warpuhnen Alfred Thiel. Telefon der Geschäftsstelle (02191) 163718.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 77723, E-Mail: tilsit.stadt@web.de, Postfach 241, 09002 Chemnitz.

Dokumentation – Über das Leben und Schicksal Tilsiter Juden wurde bisher sehr wenig berichtet. Nun hat die Stadtgemeinschaft eine Broschüre herausgegeben, in der Hans Dzieran die schreckliche Geschichte der Familie Silberstein dokumentiert hat. Die Broschüre mit dem Titel „Es begann in Tilsit“ hat 36 Seiten und 28 Fotos. Sie kann kostenfrei per E-Mail bei manfred.urbschat@tilsit-stadt.de oder telefonisch unter der Nummer (0371) 642448 angefordert werden.

Schönes Neringa

Fehmarner reisten nach Litauen und stießen auf Schönheiten und Zwist

Mit einer Urkunde im Gepäck, unterzeichnet vom Bürgermeister von Neringa, Vigantas Diedraitis, kehrte eine 13-köpfige Delegation um den Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen in Schleswig-Holstein, Edmund Ferner, nach einer Woche von der Kurischen Nehrung heim.



Urkunde: Edmund Ferner (r.) dankt Bild: privat

Außerdem berichteten die Heimkehrer, dass Ausra Feser, die bisher den Vorsitz des Partnerschafts-Komitees zwischen Fehmarn und Neringa geführt hat, ihre Aufgabe an Raimonda Meyer abgegeben hat. Ihre Nachfolgerin ist die Ehefrau von Uwe B. Meyer, der früher das Partnerschafts-Komitee leitete, ehe er ganz nach Litauen zog. Da Ausra Feser sich inzwischen mehr in der Politik und im Tourismus engagiert, hat sie leider zu wenig Zeit für die Vorführung des Vorsitzes.

Die Fehmarner Reisegruppe, von der vier Teilnehmer auf der Nehrung geboren wurden, konnte wieder über eindrucksvolle Erlebnisse berichten. So hatte sie beispielsweise den Hexenberg bei Schwarzort (Juodkrante) mit seinen über 80 Holz-skulpturen aus der litauischen Sagenwelt besucht, eine beeindruckende Kormorankolonie gesehen und auch eine mehrstündige Bootsfahrt in Memeldelta gemacht. Aber auch das Thomas-Mann-Haus in Nidden oder die Martin-Luther-Kirche in Heydekrug (Schilute) standen auf dem Programm. Aber nicht alles lief wie geplant: So platzte ein vorgesehener Empfang im Rathaus von Neringa, weil sich die dortigen Politiker in ihrer Sitzung derart zerstritten hatten, dass sie auseinander stoben. Streitpunkt war das Freiheitsdenkmal von 1990, das vom Sturm „Anatol“ zerstört worden war und um dessen Wiederaufbau man sich nicht einig ist.

Außerdem erfuhren die Fehmarner bei ihrem Besuch, dass in Neringa der Wunsch besteht, dass wieder mehr deutsche Lehrkräfte dort in Deutsch unterrichten. *EB*



Sogar Komorane gesehen: Fehmarner haben neue Perspektive auf die Ostsee. Bild: privat

Alles Gute

Hildegard Damerau wird 100 Jahre alt

Die Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. gratuliert Hildegard Damerau zum 100. Geburtstag. Sie wurde am 10. August 1910 als eines von vier Kindern der Gutsbesitzer Kurt und Elsbeth Pörschke in Kerpen/Ostpreußen geboren. Nach dem Besuch der Schule in Saalfeld heiratete sie 1933 Helmut Damerau (geb. 1906), der 1934 der jüngste Bürgermeister von Preußisch-Holland wurde. Im Januar 1945 flüchtete sie mit vier Kindern (Jahrgang 1935 bis 1942) und einigen anderen Familien in einem der letzten offenen Lkw der Wehrmacht aus Preußisch-Holland, da die Russen schon bedrohlich nahe gekommen waren. Mit Unterbrechungen kamen sie bei strengem Frost nach Pommern. Im Güterwagen ging es weiter über Hamburg nach Dipoldiswalde bei Dresden. Per Anhalter über Prag nach Linz und weiter in die Südsteiermark.

Hildegard Damerau

Der Flüchtlingsstrom drängte weiter nach Westen und nach vielen Irrfahrten, übernachtet in notdürftig aufgestellten Zelten und Notlagern gelangten die Gruppe im Juni 1945 nach Coburg / Oberfranken, wo man bis zum Umzug 1952 nach München vorerst blieb.

Zusammen mit ihrem Mann gründete sie 1951 den Schild-Verlag. Wenn Not am Mann war, half sie mit, achtete aber auch auf die Erziehung ihrer Kinder. Heute lebt Hildegard Damerau bei ihrer Tochter in Emmering.

Und ihr Gesang erschallte fast überall

Jugendchor aus Kreis Preußisch Eylau besuchte Oberschleißheim bei München

Der Mädchenchor an Canditten bereiste in den Sommerferien Bayern. Ob Kirche, Biergarten oder Bayrische Staatskanzlei – überall stimmten die Sängerinnen ein Lied an.

Im Juli reisten 42 Schüler und Jugendliche mit sieben Begleitpersonen vom Mädchenchor „Ornament“ aus Canditten (Kandyty), der Deutschen Gesellschaft Natangen in Landsberg (Gorowo Ilaweckie), und weiteren Jugendlichen aus den umliegenden Orten zusammen nach München. Das Ehepaar Westerkowsky aus Gröbenzell bei München hatte ein abwechslungsreiches Programm erstellt und der Gruppe damit einen wunderbaren und unvergesslichen Aufenthalt bei herrlichem Sommerwetter ermöglicht. Untergebracht wurden die Reisenden in der neu errichteten Jugendbegegnungsstätte des Kreisjugendrings München-Land in Oberschleißheim.

Am ersten Tag ging es zur Erholung nach der 24-stündigen Reise ersteinmal zum Baden an den Karlsfelder See. Am zweiten Tag besichtigte die Gruppe das Museum im Schloss Oberschleißheim mit der Ausstellung „Es war ein Land“ sowie die Ausstellung der Ost- und Westpreußenstiftung. Hier trat der Chor unter der Leitung von Herrn Kucha aus Canditten mit einem großartigen und begeisternden Gesang auf. Für die jungen Menschen war es der erste Auftritt in Deutschland überhaupt.

Am dritten Tag war das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen an der Reihe. Der Direktor Wolfgang Freyberg empfing die Gäste und führte sie durch die Räume. Darauf folgte ein Besuch eines Münchener Biergartens. Der Chor hat sich anschließend mit drei Liedern bedankt. Ein Sprung ins Wasser des Lußsees brachte die willkommene Abkühlung bei sommerlicher Hitze.

Den darauffolgenden Sonntag verbrachte man in Gröbenzell, dem Wohnort der Familie Westerkowsky. In der katholischen Kirche hielten der Gröbenzeller Pfarrer und der die Jugendlichen begleitende Pfarrer von Hanshagen (Janikowo) und Petershagen (Pieszkowo), Leszek Wojcinowicz, gemeinsam einen Gottesdienst. Die Auftritte des Chores in der Kirche und auf dem Kirchplatz fanden großen Beifall. Im Anschluss daran überraschte und verwöhnte das Ehepaar Westerkowsky die jugendlichen Besucher mit einem Grillfest in ihrem Garten. Bis in den späten Nachmittag hinein herrschte beste Stimmung mit viel Musik und Gesang bei herrlichem Wetter.

Am Montag stand ein Besuch in München auf dem Programm, wo das Ehepaar Aceves verschiedene Sehenswürdigkeiten zeigte, wie das Glockenspiel des Münchener Rathauses, die Bürgersaalkirche, die Michaelskirche und den Dom (Frauenkirche), wo der Schülerchor auch sang. Das Mittagessen fand im weltberühmten Hofbräuhaus mit bayrischer Musikbegleitung statt.

Danach marschierte man durch den Hofgarten zum Englischen Garten. Anschließend folgte ein Besuch der BMW-Welt am Olympia Park. Die Kinder durften am Steuer der feschen Autos und schnellen Motorräder Platz nehmen und einige Erinnerungsfotos wurden geknipst. Ein kurzer Besuch des Olympiaparks, der Olympia Schwimmhalle und des Olympiaturms rundeten die Erlebnisse dieses Tages ab.

> Auch im Kloster Andechs wurde die Akustik getestet

Tags darauf ging es in das Kloster Benediktbeuren im Alpenvorland. Auch hier durfte der Chor in der Basilika singen. Es folgte ein Besuch im „Klösterl“-Jugendhaus in Zwergern. Auch hier durfte der Chor – wie vereinbart – in der kleinen Kapelle auftreten. Nach dem Mittagessen „bei Edeltraut“ am Walchensee fuhr man weiter nach Mittenwald, wo man zu einem ausgiebigen Spaziergang aufbrach, um danach in die Unterkunft nach Oberschleißheim zurückzukehren.

Der Tierpark Hellabrunn in München und die berühmte Wallfahrtskirche im Kloster Andechs, wo der Chor ebenfalls singen durfte, standen am nächsten Tag auf dem Programm.

Besucht wurde auch die Staatskanzlei in München, wo Ministerialdirigenten Hansel die jungen Gäste empfing und Ministerialrat Flierl sie durch das Haus der Bayerischen Regierung führte. Auch hier durfte der Chor die Akustik ausprobieren und unter der Kuppel des ehemaligen Armeemuseums auftreten. Der Empfang in der Staatskanzlei wurde von Friedrich Wilhelm Böld (Landesvorsitzender der Landesgruppe Bayern und Schatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen) ermöglicht. Da der Bus defekt war, wurde auf die geplante Tour ins Altmühltal zur Falkenschau in Riedenburg und auf die Schifffahrt zum Kloster Weltenburg verzichtet. Als Alternative wurde das Deutsche Museum besucht.

Am letzten Tag fuhr man nach Übergabe der Unterkunft in Oberschleißheim nach Werfen bei Salzburg/Österreich, um zur Ostpreußenhütte aufzusteigen. Die Hütte liegt auf 1630m ü.M. inmitten der Salzburger Kalkalpen, umrahmt von der faszinierenden Bergwelt des Hochkönigmassives und vom Hagen- und Tennengebirge. Anschließend wurde auf einem Hügel in der Nähe mit Unterstützung des Chors eine kleine Andacht gehalten. Mit einer herrlichen Aussicht auf die umliegende Bergwelt und viel Musik und Gesang verbrachten wir noch einen wunderbaren Sommerabend auf der Hütte.

Am Sonnabend machte sich die Gruppe nach einem reichhaltigen Frühstück auf der Hüttenterrasse und einem Abschiedsfoto schweren Herzens an den Abstieg zur Dielalm. Dort wurde sie von einem Kleinbus abgeholt und zum Reisebus gebracht, der die Reisenden dann in 24-stündiger Fahrt wieder in ihre Heimatorte brachte. Auf Antrag von Frau Olszewska-Switaj waren die Kosten der Reise übrigens von der EU übernommen worden. *L. W.*



Positive Seite der Europäischen Union: Brüssel hat die Jugendreise gefördert. Bild: privat

Handarbeiten aus Ostpreußen

Kunstvolle Handarbeiten, gefertigt in unzähligen Stunden, präsentiert die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ von Sonnabend, dem 14. August an im Schloss Schönebeck. Edle Tischdecken, Kissen, filigran bestickte Handtücher, Bilder, Beutel, gestrickte Strümpfe, Grußkarten und vielerlei Geschenkartikel erfreuen die Besucher in den kommenden Wochen, wenn sie sich Dekoratives und Nützliches für Wohnzimmer, Küche und Bad aussuchen.

Die Auswahl ist groß. Denn es werden Stücke aus allen vier Jahreszeiten angeboten. Alle Handarbeiten – und das ist das Besondere – entstanden in Ostpreußen, wo sie von etwa 25 Frauen gefertigt wurden, die damit wesentlich zum Familienunterhalt beitragen. Die Qualität der Arbeiten lässt staunen: In einer kleinen Decke aus 14-fädigem Leinen stecken 110 Arbeitsstunden, in einer anderen sogar 120 und es wurden etwa 20 Farben verwandt.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bringen das vorbereitete Material zu den Frauen und holen später die fertigen Teile wieder ab. Mehrmals im Jahr werden Fahrten nach Ostpreußen organisiert, auf denen die Materialien verteilt und viele Familien versorgt werden – alles ehrenamtlich. Das Geld dafür wird aus den Handarbeitsverkäufen und Spenden aufgebracht. In Ostpreußen wird es dringend für Medikamente und Brennmaterial benötigt.

„Doch nicht nur die Versorgung, sondern der persönliche Kontakt ist uns wichtig, die Stärkung der Verbindung von hier nach dort und umgekehrt“, erklärt die Sprecherin Ulrike Madeya, „und Hilfe zur Selbsthilfe und auch kulturellen Austausch zu ermöglichen, liegt uns am Herzen.“

Wer mehr über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft wissen und diese durch den Erwerb einer Handarbeit unterstützen möchte, sollte sich die Ausstellung ansehen. *U. Madeya*

Die Ausstellung wird am Freitag, 13. August, 15 Uhr, eröffnet. Dienstags, mittwochs und sonnabends ist sie von 15 bis 17 Uhr, sonntags von 10 bis 12.30 Uhr und 15 bis 17 geöffnet. Am Sonntag, 5. September, geht sie zu Ende.

Aktive Goldaper

Sommerfest, Ausstellung und Gottesdienst

Bei besten äußeren Bedingungen feierten rund 300 Goldaper und Gäste das 15. Goldaper Sommerfest auf der Terasse des Hotels „Lesny Zakatek“ („Schlupfwinkel des Waldes“, früher Gr. Kummetschen).

Kreisvertreter Stephan Grigat und die neugewählte Präsidentin der Goldaper Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Goldap, Ewa Sienkiewicz, konnten zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter Ihnen den Starost des Kreises Goldap, Jaroslav Podziewski, den Minister der Regionalregierung Ermland und Masuren, Jaroslav Sloma, und den Präsidenten des Dachverbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch. Die beiden großen Kirchen waren durch Probst und Dekan Gadomski sowie Pfarrer Banach vertreten. Aus Angerburg, Rastenburg, Treuburg, Lötzen, Lyck und Bischofsburg waren Abordnungen bzw. die Vorsitzenden der Deutschen Vereine erschienen.

Für beste Stimmung sorgte die deutsche Musikerin Ottilie aus Bischofsburg mit ihrem Akkordeon. Gern gesehene Gäste waren die Angehörigen einer Reisegruppe aus Vorpommern unter Leitung des LO-Landesgruppenvorsitzenden Manfred Schukat, die sich für die Einladung prompt mit einem Ständchen bedankten.

Das 16. Goldaper Sommerfest wird an gleicher Stelle am 9. Juli 2011 stattfinden.

Ausstellung 90 Jahre Volksabstimmung im Haus der Heimat

Am 11. Juli 1920 fand auf Veranlassung der alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges in Teilen Ost- und Westpreußens eine Volksabstimmung über den Verbleib der betroffenen Gebiete bei der Provinz Ostpreußen des Deutschen Reiches oder deren Abtretung an den neu geschaffenen polnischen Staat statt. Der Kreis Goldap selbst war von der Abstimmung nicht betroffen, wohl aber schon der südliche Nachbarkreis Treuburg.

Zur Erinnerung an diese Volksabstimmung, die in Ostpreußen mit 97,9 Prozent der Stimmen und in Westpreußen mit 92,4 Prozent der Stimmen für Deutschland entschieden wurde, zeigt die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine sehr sehenswerte Ausstellung im Haus der Heimat.

Am 90. Jahrestag der Abstimmung, dem 11. Juli 2010, wurde die Ausstellung unter großem Publikumsinteresse im Haus der Heimat in Goldap eröffnet. Die Ausstellung wird dort für vier Wochen gezeigt, bevor sie Ende August nach Stade aufbricht, wo sie im Rahmen des Goldaper Heimattreffens gezeigt wird.

Erster deutschsprachiger Gottesdienst in Goldap nach mehr als 65 Jahren

Am 11. Juli 2010, dem Tag nach dem Goldaper Sommerfest, gleichzeitig 90. Jahrestag der Volksabstimmung Ostpreußen, fand nach mehr als 65 Jahren wieder ein deutschsprachiger Gottesdienst in Goldap statt.

Auf Einladung von Pfarrer Dawid Banach, seit kurzem Pfarrer der Ev. Gemeinde Suwalki-Goldap-Treuburg, fanden sich im ehemaligen Haus Marsch in der Friedrichstraße (ul. jacwieska) rund 60 deutsche Goldaper ein, um einen evangelischen Gottesdienst zu feiern, unter ihnen manche, die noch eigene gute Erinnerungen an Gottesdienste im Vorkriegs-Goldap hatten.

Der kleine Kirchenraum war bis zum Bersten gefüllt. Pfarrer Banach wurde in der Liturgie durch Diakon Dieter Mau unterstützt. Julia Karwel, achtjährige Tochter von Elwira Rakowski-Karwel, trug mit zwei Violinenstücken zum Gelingen des Gottesdienstes bei.

Pfarrer Banach ging in seiner Predigt auf die ostpreußischen Menschen mit Goldaper Wurzeln und ihr Schicksal ein. Für alle Anwesenden war der Gottesdienst eine tief berührende Feier.

Große Mehrheit für Deutschland

Kulturzentrum Ellingen zeigt Ausstellung über die Abstimmung von 1920

90 Jahre liegt die Volksabstimmung in den ost- und westpreußischen Gebieten zurück. Zu diesem umfangreichen Themenkomplex wurde nun eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen sowie parallel im Schloss von Marienwerder in Westpreußen (heute Kwidzyn) eröffnet.

„Die Volksabstimmung des Jahres 1920 war für die Polen eine Niederlage“, dieses Fazit zog Archivdirektor Dr. Stefan Hartmann aus Berlin bei der Einführung in die neue Sonderausstellung „Das Plebiszit – die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Vor dem historischen Hintergrund ist dies heute noch eine der umstrittensten Fragen der Geschichte, so Hartmann weiter. Nach der dritten polnischen Teilung im Jahr 1795 bestand kein eigenständiger polnischer Staat mehr. Dennoch erloschen die Bestrebungen des polnischen Volkes nach einem eigenen Staat nie. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg gab es Forderungen nach einem eigenen polnischen Staat mit eigenem Zugang zum Meer. Die führenden polnischen Köpfe erkannten aber nach mehreren zwecklosen Aufständen, dass eine Staatsgründung nur möglich sei, wenn die damaligen Teilungsmächte selbst uneins wären und sich gegenseitig bekämpfen.

Diese Situation war nach dem Krieg gegeben. Sofort nach dem Zusammenbruch und noch vor dem Versailler Vertrag forderten die Polen eine Aufteilung Ostpreußens: Ermland und Masuren sollten an Polen übergeben und das Königsberger Gebiet an Litauen angeschlossen werden. Die am 28. November 1918 erstellte polnische Wahlordnung enthielt bereits eine entsprechende Einteilung der Wahlkreise. Noch weitergehende Gebietsansprüche stellte eine polnische Delegation im Februar 1919 bei der alliierten „Kommission für polnische Angelegenheiten“ mit einer Denkschrift von Roman Dmowski, welche die Angliederung ganz Oberschlesiens, der Provinzen Posen und Westpreußens (einschließlich Danzigs) sowie des südlichen Ostpreußen (Masuren und Ermland) ohne irgendeine Abstimmung vorsah.

Allerdings war der britische Premierminister Lloyd George dagegen, über zwei Millionen Deutsche unter eine polnische Regierung zu stellen. George fand dazu auch die Zustimmung der Amerikaner. Durch den Versailler Vertrag von 1919 musste der „Polnische Korridor“ mit geringerem deutschen Bevölkerungsanteil sowie die Stadt Soldau zusammen mit weiteren 32 Gemeinden des Kreises Neidenburg am 10. Januar 1920 an Polen abgetreten werden. Hier wurde auf Grund der Tatsache, dass Soldau an der für Polen wichtigen Bahnlinie Danzig–Warschau lag, von den üblichen Regelungen des Vertrages abgewichen, nach der für die Gesamtbevölkerung der Grenzkreise eine Volksabstimmung über den Verbleib bei Ostpreußen vorgesehen war. Die negativen Erlebnisse der Bevölkerung der abgetrennten Gebiete mit den Besatzern hatten nach den Ausführungen von Archivdirektor Hartmann auch Auswirkung auf die später folgende Volksabstimmung in den westpreußischen Landkreisen.

Polen tat alles, um zu verhindern, dass die Wahlberechtigten in diese Gebiete kamen. So wurden zum Beispiel Züge aus dem Reichsgebiet nicht durch den Korridor gelassen. Dennoch gelang es vielen Deutschen, über den zur Umgehung des Korridors im Februar 1920 gegründeten „Seedienst Ostpreußen“ über die Ostsee die Wahllokale und damit dort eine Wahlbeteiligung um 87 Prozent zu erreichen. In der Provinz Ostpreußen in den Kreisen Oletzko, Allenstein/Stadt, Allenstein/Land, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Ortelsburg, Osterode, Rössel, Sensburg und teilweise in Neidenburg betrug der polnische Stimmenanteil dann etwas über zwei Prozent, in der Provinz Westpreußen mit den Kreisen Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm knapp acht Prozent. Damit hatten sich nach den Ausführungen des Historikers nur acht Dörfer für den Anschluss an Polen entschieden, was einer Niederlage Polens in dieser Abstimmung gleichkommt.

Der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, hatte eingangs erwähnt, dass es sich bei der Beschreibung der Volksabstimmung um ein „sperriges Thema“ handelt, da nur wenige Dokumente erhalten sind. Die Ausstellung enthält trotzdem eine Anzahl Dokumente und Fotos, die aus vielen Archiven als Einzelstücke zusammengetragen wurden. Die gleiche Ausstellung, jedoch in deutscher und polnischer Sprache, wurde vor wenigen Tagen im Museum des Domkapitels im Schloss von Marienwerder in Westpreußen (Kwidzyn) eröffnet. Zu diesem Komplex wird im Herbst noch eine zweisprachige Broschüre erstellt werden.

Manfred E. Fritsche


Interessante Exponate: Auch alte Wahlplakate sind zu sehen. Bild: Fritsche

Die Ausstellung „Das Plebiszit – Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“ ist bis zum 21. November im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu sehen. Die Öffnungszeiten sind Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr, ab Oktober von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr.

Darstellung, Bericht · Ebene, tief liegendes Land · ohne Zuneigung; unfreundlich · Eilandbewohner · Bruder des Moses · türkische Großstadt · kostspielig · Gleitschiene (Schlitten) · Südfrucht · Schutzbefohlener · Traubenernte · drahtlose Übertragungstechnik · Fluss in Mitteleuropa · brüllen (Hirsch) · Staat der USA · feiner Schmutz · Plattfisch · Teil der Geige, Gitarre · hinstürzen · ein Marder · Slalom · sandfarben (franz.) · vorläufig vom Dienst entbinden · Begleitmannschaft · Kurort in Südtirol · Farbe · enthaltsam lebender Mensch · Sinnesorgan · Wurf-, Sportgerät · obergäriger Gerstensaft · fächerförmiges Palmenblatt · Sultanat am Arabischen Meer · Gott anrufen · laute, kurze Mitteilung · unbeweglich · weiden (Vieh) · Bezahlung von Künstlern · alkoholfreies Mischgetränk · Wursthaut · Norm, Richtschnur · Tatkraft, Spannkraft · Stockwerk · Höriger; Bürger einer Monarchie · Papstname · Edelsteingewicht · französisches Kugelspiel · feierliche Amtstracht · griechische Friedensgöttin · chemischer Grundstoff · die Ackerkrume lockern · göttliches Gesetz · Tierhüter · Sammlung von Schriftstücken · vollendete Entwicklung · Prager Schriftsteller (Franz) · Vorgefühl, Vermutung · Hast · spanische Anrede: Herr · Wetter, Wetterlage · Unsinn, Schabernack · Schreitvogel, Sichler · Viereck · Landschaft in Rumänien · englischer Artikel · Tagesabschnitt · Heilverfahren; Heilurlaub · zweijährliche Veranstaltung · franz. Komponist (Georges) · Nadelloch · vor dem Erkanntwerden schützen · exotische Frucht · Gebirgstier (südd. Name) · trainieren · Plage, Qual · tierisches Milchorgan · Vorwölbung oder Vertiefung · ugs.: verschwenderisch umgehen · Fortbewegungsart · Rücktritt, Verzicht · Strom in Ostsibirien · nautisches Hilfsmittel · langschwänziger Papagei · digitales Speichermedium (Abk.) · Laubbaum, Rüster · Aristokratie · ägyptische Hafenstadt · chem. Zeichen für Helium · Oper von Puccini · Polizeidienststelle · die Unwahrheit sagen · Spiel beim Skat · Abendkleid · Roman von Émile Zola

PAZ10_32

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: H, Z, IDEALISMUS, ONDIT, ORA, LN, MANDAT, PLAKAT, ENZ

Mittelworträtsel: 1. Schlaich, 2. Sprung, 3. Garten, 4. Meister, 5. Pickel, 6. Streifen, 7. Keller – Aurikel

Magisch: 1. Bariton, 2. Hinweis, 3. Domizil

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

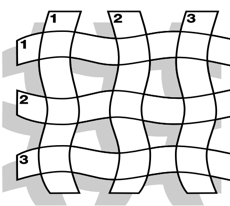
ADEII LMSSU · DLLO · AEHNN · AILM · AITTZ · DEMO · ANRU · ASTZ · DINOT · AOR · AAKL PT · AADM NT · ENZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Primelart.

1	KISSEN		HOF
2	HOCH		FEDER
3	WINTER		ZAUN
4	WALD		SCHAFT
5	EIS		HAUBE
6	ZEBRA		DIENST
7	WEIN		TREPPE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Singstimme
2 Wink, Tipp
3 Wohnsitz

Besinnung auf deutsche Wurzeln

Museum über deutsche Einwanderer in Washington eröffnet – Offener Umgang mit der Herkunft

Die USA besinnen sich aktuell verstärkt auf die Wurzeln ihrer größten Einwanderungsgruppe. 49 Millionen US-Amerikaner haben nach eigenen Angaben deutsche Vorfahren, dies ergab eine Volkszählung im Jahr 2000.

David Hasselhoff, der aus der US-Fernsehserie „Baywatch" bekannte Schauspieler, sucht derzeit im Hessischen nach seinen deutschen Ahnen. Sein Kollege Leonardo di Caprio ist stolz auf seine deutschen Vorfahren und jubelte auf der Fußball-WM bei mehreren Spielen der deutschen Elf zu. Damit sind sie nicht allein, sondern zwei von vielen US-Amerikanern.

Die ersten Deutschen erreichten 1608 das im Jahr zuvor gegründete Jamestown (Virginia). Einige dieser deutschen Auswanderer sind geradezu Wegbereiter der USA, wie etwa der preußische General Friedrich von Steuben, dessen Denkmal vor dem Weißen Haus steht und dem alljährlich in New York die große Steuben-Parade gewidmet ist. Die beiden Einwanderer-Sprösslinge Dwight D. Eisenhower (der Vorfahre Hans Nikolaus Eisenhauer stammte aus Karlsbrunn im heutigen Saarland) und Herbert Hoover (Vorfahren aus Deutschland [Pfautz, Wehmeyer] und der deutschsprachigen Schweiz [Huber, Burkhart]) wurden US-Präsidenten. Im vergangenen Jahrhundert schrieben die international bekannten Deutschamerikaner Doris Day (Doris Kappelhoff), Wernher von Braun, Elvis Presley und Fred Astaire (Frederik Austerlitz) Kultur-, Sport- beziehungsweise Wissenschaftsgeschichte. Am vorläufigen Ende der renommierten Einwanderer-Kette stehen Namen wie Sandra Bullock (Mutter Deutsche) oder seit 2008 auch Heidi Klum. Sie alle prägten oder prägen noch heute, jeder auf seine Weise, das öffentliche Leben in den Staaten. Einige von ihnen waren oder sind Ideale und Idole, Protagonisten der amerikanischen Geschichte und des „American way of life". Von ihnen und von den weniger bekannten deutschen Einwanderern der vergangenen mehr als 400 Jahre erzählt das jüngst eröffnete deutschamerikanische Einwanderungsmuseum in der US-Hauptstadt Washington, das German-American Heritage Museum of the USA. Das Museum, untergebracht in dem 1888 vom deutschstämmigen Kaufmann John Hockemeyer erbauten Stadthaus, liegt mitten im chinesischen Viertel, im historischen Penn-Quarter nicht weit entfernt vom Holocaust-Museum. Doch die Nachbarschaft scheint eher zufällig. Jedenfalls will der Leiter der Einrichtung, Rüdiger Lentz, einen Zusammenhang nicht gelten lassen. In dem Viertel hätten lang vor dem Zuzug der Chinesen rund 4000 Deutsche gelebt, so der ehemalige Journalist der Deutschen Welle. Mit dem Objekt Hokkemeyer habe man daher an eine Tradition angeknüpft. Natürlich hätten „Weltkriege und Nazizeit es den Deutschstämmigen schwer gemacht, sich zu ihrer Herkunft zu bekennen", so Lentz.

Sie schrieben US-amerikanische Geschichte



Stadthaus im heutigen chinesischen Viertel: Heimstatt des Museums Bild: gahfusa

Viele Deutsche änderten sogar ihre Namen, um ihren eigenen amerikanischen Traum leben zu können, fürchteten sie doch allein der Herkunft wegen Repressionen. So hießen etwa Elvis Presleys Vorfahren einst Pressler. Zudem ging der nur noch geringe Gebrauch der deutschen Sprache weiter deutlich zurück, abgesehen von einigen Glaubensgemeinden wie den Amish, die noch heute ihren althergebrachten deutschen Dialekt pflegen. Nach einer weit verbreiteten Anekdote soll Deutsch zwar sogar fast offizielle Landessprache in den USA geworden sein. Nach der so genannten Mühlenberg-Legende sei um 1790 im Parlament des Staates Pennsylvania über Deutsch als offizielle Landessprache abgestimmt worden. Der seinerzeitige deutschamerikanische Parlamentssprecher Frederick A. Mühlenberg habe aber die entscheidende Stimme für English abgegeben. Nach Auskunft von US-Behörden hat eine solche Abstimmung jedoch nie stattgefunden. Die Mühlenberg-Legende geistere seit rund 170 Jahren durch die Medien und beruhe vermutlich auf einer Abstimmung über eine in deutscher Sprache verfasste Petition an den US-Kongress im Jahre 1794. Die Petition, mit der die Übersetzung der US-Gesetze ins Deutsche angestrebt worden war, wurde im Vorlage-Ausschuss mit 42 zu 41 Stimmen abgelehnt.

Es passt ins Bild, dass es auch nur noch wenige deutschsprachige Printmedien in den USA gibt, so etwa die in Michigan verlegte „Nordamerikanische Wochenpost". Doch die Zeit für einen offeneren Umgang mit den zuvor verheimlichten deutschen Wurzeln scheint gekommen.

Das nun gegründete Einwanderer-Museum will kein Heimatmuseum sein und landsmannschaftliches Brauchtum dokumentieren, es vermittelt auch nicht die in den Staaten typischen Oktoberfest- oder Nazi-Stereotype, sondern stellt vielmehr aus den einzelnen Einwanderungswellen verschiedene Persönlichkeiten mit ihren Biographien und erbrachten Leistungen umfassend dar.

Biographien und erbrachte Leistungen dargestellt

Die Einrichtung geht auf Initiative deutscher Klubs zurück. Die Intention der Macher geht über die Vermittlung von Einwanderungsgeschichte hinaus und zeigt aktuelle Themen in der Bundesrepublik Deutschland: das Leben im Berliner Kiez, der Bau der Hamburger Elbphilharmonie und deutsche Multikultur. Moderne und Multikulti – ein von Lentz versprochenes museales Sekundärziel wirkt angesichts der Gewalteruptionen in den „bunten" Wohngebieten von Hamburg und Berlin etwas zynisch. „Selbstverständlich möchten wir bei Deutschamerikanern die Neugier auf diese Bundesrepublik wecken", erklärt Museumsleiter Lentz.

Bernd G. Hierholzer

Das German Heritage Museum, 719 6th Street NW, Washington DC, ist donnerstags und freitags von 11 bis 18 Uhr, am Wochenende von 12 bis 17 Uhr geöffnet, Weitere Informationen im Internet unter www.gahfusa.org

Zerbrechliche Schönheit

»KPM Welt« in Berlin zeigt Bildnisse und Büsten der Königin Luise aus Porzellan – Filigrane Kunstwerke

Neben Friedrich dem Großen ist Königin Luise die wohl am häufigsten abgebildete Person der preußischen Geschichte. Gerade in diesem Jahr, da sich der Todestag der beliebten Königin zum 200. Mal jährt, richtet sich das Augenmerk auf Porträts und Büsten, die namhafte Künstler von ihr schufen. Am bekanntesten mag das Doppelstandbild sein, das Johann Gottfried Schadow (1764–1850) von den Schwestern Luise und Friedrike 1795 zunächst in Gips formte. Auftraggeber war Friedrich Anton von Heynitz, auch Heinitz (1725–1802), einer der Gründer der Bergakademie Freiberg und der bedeutendste preußische Staatswirt des 18. Jahrhunderts. Neben dem Bergbau galt seine besondere Förderung auch dem Porzellan und der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM), deren Leiter er war.

Namhafte Künstler schufen die Porträts

Nicht nur diese bekannte Plastik, die 1797 in Marmor vollendet wurde und als eines der Hauptwerke klassizistischer Kunst gilt, lassen die anmutige Schönheit der Königin erahnen, auch die verschiedenen Porträts Luises auf Porzellan zeigen den Liebreiz der Preußen-Monarchin. Ihre Abbilder auf feinstem KPM-Porzellan werden derzeit in „KPM Welt", der ständigen Ausstellung der Manufaktur, gezeigt.



Prinzesinnengruppe von Johann Gottfried Schadow: 1795 für KPM geformt, erst 1797 in Marmor vollendet Bild: Archiv

Vor der Erfindung der Fotografie spielten die von der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin gefertigten Luisen-Medaillons, -Tassen und -Büsten eine wichtige Rolle, um die Schönheit Luises publik zu machen. Einige Medaillons und Büsten mit dem Bild der Königin werden heute noch in der Manufaktur am Berliner Tiergarten hergestellt.

88 Einzelteile von Hand gegossen

Auch die aufwändige Herstellung ist ein Thema der Ausstellung. So wird die Prinzessinnengruppe heute noch ganz in der Tradition von 1795 gefertigt – aus 88 einzeln von Hand gegossenen Teilen, die kunstvoll zusammengefügt werden. Die filigranen Porzellan-Teile, aus denen die Gruppe besteht, kann man in der Ausstellung ebenso betrachten wie historische Exponate mit dem Bildnis Luises. Die handwerklich geschickten Mitarbeiter zeigen in der Schauwerkstatt der Manufaktur, wie aus flüssiger Porzellanmasse, dem sogenannten Schlicker, die Einzelteile einer Luisen-Büste ausgeformt und dann später sorgfältig zusammengesetzt und nachmodelliert werden.

Der Berliner Kaufmann Wilhelm Caspar Wegely hatte 1751 die erste Berliner Porzellanmanufaktur gegründet. 1757 gab er den Betrieb wieder auf. Nachfolger wurde der Westpreuße Johann Ernst Gotzkowsky, ein erfolgreicher Kaufmann aus Konitz. Als der infolge seiner spekulativen Geldgeschäfte in immer schwierigeres finanzielles Fahrwasser geriet, erwarb Friedrich der Große 1763 für 225 000 preußische Reichstaler das inzwischen gut aufgestellte Unternehmen. Damit begann die eigentliche Erfolgsgeschichte der nun „Königlichen" Porzellan-Manufaktur in Berlin.

Silke Osman

Die KPM Welt, Wegelystraße 10, Berlin, ist montags bis sonnabends von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 10/5 Euro.

FÜR SIE GELESEN

Führer durch Gartenreich

Seit über 200 Jahren geraten Besucher des Gartenreichs von Dessau und Wörlitz ins Schwärmen. Im Jahr 2000 wurde das Gartenreich als herausragendes Beispiel für die Umsetzung der Prinzipien der Aufklärung in einer Landschaftsgestaltung, die Kunst, Erziehung und Wirtschaft harmonisch miteinander verbindet, in die Welterbeliste der Unesco aufgenommen. Das Autoren-Paar Hansjörg Küster und Ansgar Hoppe, der eine Pflanzenökologe, der andere Landschaftsforscher, beide an der Leibniz Universität Hannover tätig, haben sich auf die Spurensuche gemacht und pünktlich zum zehnten Welterbe-Jubiläum ihr Ergebnis präsentiert. Ihr gut lesbares Buch ist ein kompetenter Führer zu Schloss und Park Mosigkau, zu den Schlössern und Gärten bei Dessau, zum ursprünglich stark niederländisch geprägten Oranienbaum und zu den Wörlitzer Anlagen mit ihrem klassizistischen Schloss und dem Gotischen Haus, der Rousseau-Insel und der Vulkan-Insel Stein. Auf seiner Grand Tour hatte der Schöpfer des Gartenreichs, Fürst Franz von Anhalt-Dessau, 1767 in Neapel den Ausbruch des Vesuvs miterlebt. Nach Hause zurückgekehrt, ließ er einen künstlichen Vulkan errichten, der zum Schauder der Gäste Feuer spucken konnte. Nach sehr langer Ruhepause brach im September 2005 der wiederhergestellte Wörlitzer Vesuv erneut aus. Nach weiterer jahrelanger Pause sind als Höhepunkt der Feierlichkeiten zum Unesco-Jubiläum für das Wochenende 21. und 22. August jetzt wieder zwei seiner spektakulären Eruptionen angekündigt.

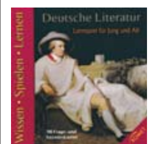


Helga Schnehagen

***Hansjörg Küster/Ansgar Hoppe: „Das Gartenreich Dessau-Wörlitz – Landschaft und Geschichte"**, Verlag C. H. Beck, München 2010, 224 Seiten mit 96 Farbabbildungen, einer Zeichnung und einer Karte, gebunden, 19,95 Euro*

Kartenspiel für Kenner

Wie heißt der erste Kriminalroman von Friedrich Dürrenmatt (1921–1990)?" „In welcher Novelle von Theodor Storm (1817–1888) kommen der junge Deichgraf Hauke Haien und seine Familie im Wasser ums Leben?" „Welcher Dichter prägte die Redewendung „Mein lieber Freund und Kupferstecher?" Diese und 95 andere Fragen bietet das Kartenspiel „Deutsche Literatur" aus dem Komet Verlag. Da die Spieler alle 98 Antwortkarten vor sich ausbreiten müssen, ist das Spiel zu Beginn ein wenig unübersichtlich, auch gehen viele Fragen über den Bereich der Allgemeinbildung hinaus, trotzdem bietet das Lernspiel neben Unterhaltung auch einen Mehrwert, da es den privaten Wissensschatz vergrößert. *Bel*



***„Deutsche Literatur – Lernspiel für Jung und Alt"**, 98 Frage- und Antwortkarten, Komet, Köln 2010, 6,95 Euro*

Die beiden Ottos

Das Leben der Großväter



In seinem Roman „Wie Großvater den Krieg verlor“ nährt sich der Stuttgarter Gerdt Fehrle, Jahrgang 1961, nach seinem Buch „Der Fall von Paris“ diesmal über die familiäre Überlieferung dem Thema Zweiter Weltkrieg. Entstanden ist ein Werk über die Vorfahren, das diese bodenständigen Schwaben als Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts und seiner Verwerfungen heraufbeschwört. Zwei Großväter, die Urgroßmutter, „Ahne“ genannt, und ihre zahlreichen Nachkommen sind mit ihrem Einfallsreichtum und ihren schweren Herausforderungen im Leben eigentlich Handlung genug. Das Buch weist jedoch über eine rein private Chronik hinaus: Grausige Kriegsanekdoten, wie sie abertausendfach das Erzählen in den Familien prägen, zeichnen in der Familiensaga des Konstanzer Literaturförderpreisträgers ein ans Absurde grenzendes Bild des Zweiten Weltkrieges.

Fehrle lässt das Schicksal Regie führen im Leben der beiden Ottos, seiner beiden Großväter, über deren aufgesogene Erinnerungen sich Fehrle der Vergangenheit nähert. So verpasst der eine, wegen seines Geburtsjahrs und zur Unterscheidung „Otto Nullacht“ genannt, am 30. Januar 1945 nur knapp die Evakuierung aus Ostpreußen mit der „Wilhelm Gustloff“, entkommt dem Einmarsch der Roten Armee stattdessen auf dem Kreuzer „Admiral Hipper“ und somit auch der Versenkung der „Gustloff“. Gewürzt wird diese Sammlung schicksalhafter Wendepunkte von mitunter schwarzem Humor und der nüchtern zupakkenden Art der Romanhelden – die erste Fliegerbombe fällt auf München: „Jedzd hemmer da Grieg vrlora‘, stöhnte Otto Elf. Wie bitte? Was sagte er da? Hatte sie richtig gehört? Am liebsten hätte die Gertrud ihm sofort eine geschmiert. So etwas sagte man nicht. So etwas dachte man nicht einmal.“

Die schwäbische Mundart und viel Lokalkolorit verknüpfen authentisch große Haupt- und Staatsaktionen der Geschichte mit dem persönlich gefärbten Erleben: „Diese Geschichte war, wie vieles von Otto Nullacht, brutal. Sie war alles andere als geeignet für ein Kind von vier oder fünf Jahren. Sie verfolgte das Kind bis in seine Träume. Dem Knaben kam es nicht zu Bewusstsein, aber plötzlich war wieder etwas von ihr, der Ahne, da. Dabei hatte Otto halt so dahergeschwätzt, wie die Älteren eben daherschwätzen. Viel erlebt hatten sie ja. Als Opfer wie als Täter. Und über all dem wie ein böser Schatten ein Name. ‚...drr Hiddler...‘.“ In dem Maße, in dem Fehrle eine gewisse Distanz zum eigenen familiären Überlieferungskontext gelingt, ist er zugleich in Versuchung, die Ereignisse im Rückblick wertend einzuordnen – so geht manches an Wirkung verloren. Wer sich an dem einen oder anderen Klischee sowie dem Spiel um sehr spezielle Wahrnehmung und Legende nicht stört, der findet in „Wie Großvater den Krieg verlor“ nicht nur den Zusammenhang des Einzelnen mit seiner Zeit wieder, sondern auch eine Episodenerzählung, die sich spannend liest. *Sverre Gutschmidt*

Viel schwäbisches Lokalkolorit

***Gerdt Fehrle: „Wie Großvater den Krieg verlor“**, Buchbäcker Verlagsgmbh, München 2010, broschiert, 233 Seiten, 13,90 Euro*

Unterwegs mit der Truppe

Journalistin begleitet Bundeswehr-Soldaten auf Auslandseinsätzen



Die Journalistin Jasna Zajcek hat in den letzten Jahren Bundeswehreinheiten bei allen deutschen Auslandseinsätzen – außer Afghanistan – besucht. An der Marineschule Mürwik lernte, litt und marschierte sie einen Monat zusammen mit jungen Offiziersanwärtern. Und nach allem, was die 1973 geborene Berlinerin beim Militär sah und hörte, ist ihre Bilanz des Erlebten positiv. In „Unter Soldatinnen – Ein Frontbericht“ beschreibt sie ihre Erlebnisse. Wobei sie keineswegs nur Frauen begleitete und befragte, doch schlicht aus dem Grund, dass sie sich ihr Zimmer und ihre Kabine mit Frauen teilte, erfuhr sie natürlich intimere Details von den weiblichen Soldatinnen statt von den männlichen Kollegen. Und da die Bundeswehr erst seit knapp zehn Jahren alle ihre Laufbahnen für Frauen geöffnet hat, setzte die Autorin wohl auch aus diesem Grund ihren Schwerpunkt auf die Erlebnisse des weiblichen Geschlecht.

Zajceks Ausführungen sind voller Respekt und Bewunderung für die Leistung der deutschen Soldaten. Inwieweit das positive Urteil über die Arbeit der Bundeswehr selbst auch damit zusammenhängt, dass die Autorin sich dieser zu Dank verpflichtet fühlt, schließlich ist sie auf Kosten der Bundeswehr überallhin geflogen worden, ist nicht auszumachen. Da die Rezensentin die Bundeswehr und ihre Strukturen nur vom Hörensagen kennt, fällt es ihr schwer, die Richtigkeit von Zajceks Aussagen zu beurteilen, doch aus der Sicht des unerfahrenen Lesers, der etwas über die Einsätze der Bundeswehr erfahren will, bietet das Buch viel Aufschlussreiches.

Sehr unterschiedliche Motive, die zur Bundeswehr führten

Dass die Bundeswehr nicht nur wegen der 25-Kilo-Märsche vor allem für Frauen kein Zuckerschlecken ist, wird vor allem bei der Beschreibung der Auslandseinsätze deutlich. Schon für einen Vater mag es hart sein, wenn er Monate lang fernab seiner Familie im Ausland Dienst tun muss, doch die Sehnsucht einer Mutter, die ihren Vierjährigen mit dem Vater zurück in Deutschland gelassen hat, wird noch durch das schlechte Gewissen, dass Mütter so etwas nicht machen, verstärkt. Außerdem sind die Sitten vor allem bei den Marineeinsätzen rau. Auf einigen Schnellbooten leisten bis auf eine Frau nur Männer Dienst. Dass es diese eine Frau nicht leicht zwischen all den Kollegen hat, ist nachvollziehbar. Wobei Zajcek die sexistischen Sprüche der Soldaten nicht verurteilt, sie schildert nur, wie es an Bord zugeht. Bedenklich mutet allerdings der Eulen-Preis an. Hier handelt es sich um einen Preis, der angeblich an den Mann vergeben wird, der in den vier Monaten auf See, die zuvor gemeinsam benannte hässlichste Kameradin verführt. Inwieweit die Männer diesen Preis jedoch wirklich ausschreiben oder ihn nur als Witz erzählen, konnte die Zajcekn nicht ermitteln.

Der Leser erfährt zudem die unterschiedlichsten Gründe, warum sich junge Menschen heutzutage noch bei der Bundeswehr verpflichten. Und es liest sich spannend, wie die Befragten ihre Zeit dort erleben. Manche von ihnen sind mit Leib und Seele Soldat, andere sind froh, einen sicheren Job zu haben, oder wollten sich so ihr Studium ermöglichen. Bei manchen der Einsätze, ob er nun im Kosovo, im Sudan, vor der Küste des Libanon, im Indischen Ozean oder in Sarajevo ist, fragt sich der Leser nach der Sinnhaftigkeit des ganzen Tuns, doch die zu bewerten, sieht die Autorin nicht als ihre Aufgabe an. *Rebecca Bellano*

***Jasna Zajcek: „Unter Soldatinnen – Ein Frontbericht“**, Piper, München 2010, kartoniert, 253 Seiten, 14,95 Euro*

Liberale müssen Christen sein

Der Philosoph Marcello Pera über das Christentum als »Seele Europas«



Päpste schreiben eigentlich generell keine Vorworte zu Büchern. Dieses Mal hat Papst Benedikt XVI. eine Ausnahme gemacht. Denn mit Marcello Pera, dem ehemaligen Präsidenten des italienischen Senats und Philosophieprofessor, verbindet ihn eine längere Freundschaft. Der berühmte Briefwechsel dieser beiden Männer erschien 2005 als Buch. Es sorgte für reichlich Diskussionsstoff. Seitdem kennt man den italienischen Philosophen, der von 2001 bis 2006 das zweithöchste Staatsamt Italiens bekleidet hat, weit über die Grenzen Italiens hinaus. Als Professor für Philosophie wirkte der 1943 geborene Pera lange Jahre in Catania und Pisa, bevor er Vizepräsident der Partei „Forza Italia“ wurde. Weniger die politischen als die philosophischen Seiten von Marcello Pera lernt der Leser in „Warum wir uns Christen nennen müssen“ kennen.

In einem Streifzug durch die Philosophie analysiert der Autor die großen liberalen Denker und kommt zu einem erstaunlichen Ergebnis. Wer den Liberalismus bisher als kirchenkritisch oder auch atheistisch eingeordnet hat, muss nun neu denken. Christ müsse sich auch ein Liberaler nennen, meint Pera, weil das christliche Gottes- und Menschenbild dem Liberalismus erst sein Fundament gibt. Das Christentum sei so auch für den Liberalen die „Seele Europas“ schlechthin.

Pera verbindet mit dieser Einordnung einen flammenden Appell: Wenn Europa seine christliche Prägung (wie derzeit) verleugne, dann verliere es seine „Identität“. Multikulturalität zum Prinzip erhoben, könne Europa niemals eine feste Grundlage geben. Geradezu als Bestätigung für diese These des Autors wirkt das jüngste Straßburger Kruzifixurteil mit dem angestrebten Verbot von religiösen Symbolen in öffentlichen Räumen.

Darüber streiten ließe sich, wer oder was Pera unter einem Christen versteht. Dies ist sicher nicht in einem engen oder rein religiösen Sinn gemeint. Pera geht es eher um das Wertefundament unseres Kulturraumes, das ohne das Christentum seine Antriebskräfte und sein Fundament verlieren würde. Und in dieser Thematik trifft er sich mit Papst Benedikt, der als Professor und Kardinal über die Krise des europäischen Werteraumes mehrere Schriften verfasst hat. Benedikt schätzt Pera für dessen philosophische Brillanz und seine „nüchterne Rationalität“. Sein Vorwort kommt daher einem Ritterschlag gleich, wenn er Peras „umfassende philosophische Information und die Kraft seiner Argumentation in dieser Stunde Europas“ lobt. *Hinrich E. Bues*

***Marcello Pera: „Warum wir uns Christen nennen müssen – Plädoyer eines Liberalen“**, Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2010, gebunden, 224 Seiten, 19,90 Euro*

Spannender Streifzug

Friedrich II. und Maria Theresia für Geschichts-Laien



In ihrem Lied „Leg Dein Ohr auf die Schiene der Geschichte“ singt die Hip-Hip-Band „Freundeskreis“: „Viele Menschen schrecken zurück, wenn sie Geschichte hören / Geschichte, vier langweilige Stunden pro Woche in der Schule oder was das lange her ist oder immer ohne einen passiert.“ Dass die Historie keine trockene Materie sein muss, beweist Herbert Rosendorfer auch im sechsten und letzten Band seiner Deutschen Geschichte. Er umfasst die Zeit von 1740 bis zum Ende des Alten Reiches 1806. Es ist der anspruchsvolle Versuch eines historischen Laien, eine Gesamtdarstellung der deutschen Vergangenheit für historische Laien zu schreiben. Der gebürtige Südtiroler ist von Hause aus Jurist und war jahrelang als Staatsanwalt und Richter tätig.

Das stilistische Handwerkszeug für einen spannenden Streifzug durch die Jahrhunderte fehlt Rosendorfer jedenfalls nicht. Mit Literaturpreisen überhäuft hat er zahlreiche Erzählungen, Romane und Gedichte verfasst. In lockerem Plauderton schildert er die Kontroverse zwischen Preußen und Österreich mit einer Bewunderung für ihre historischen Protagonisten. Besonders der musisch-literarisch gebildete Feldherr Friedrich der Große hat es ihm angetan. Lob erhalten ebenso dessen Wiener Rivalin Maria Theresa, Mutter von 16 Kindern, die ihre Aufgabe als Monarchin als göttliche Mission verstand, und Katharina die Große.

Mischung aus Politik, Kultur und Geschichte

Weiter geht es mit den revolutionären Umbrüchen in Frankreich und Amerika, deren Folgen auch die Deutschen zu spüren bekamen. Die Haltung des Autors zu Napoleon im letzten Drittel des Buches ist durchaus neutral. Die Erzählung endet mit der Gründung des Rheinbundes und der Auflösung des Deutschen Reiches. Eine Fortführung bis zu den Folgen des Wiener Kongresses wäre zwar wünschenswert gewesen, hätte jedoch den Rahmen gesprengt. Beeindruckend sind Rosendorfers Querverbindungen von Politik und Kultur, bei denen Goethe, Schiller, Mozart, Beethoven und Haydn nicht zu kurz kommen.

Der Autor verschreibt sich keiner Geschichtstheorie. Er glaubt offenbar, historische Ereignisse oder Entscheidungen entzögen sich einem systematischen Zugriff und ließen sich nicht durch psychologische, ökonomische oder soziologische Modelle besser verstehen. Obwohl Rosendorfer alle diese Aspekte heranzieht, bleibt er doch im Ansatz stecken und droht, ins Anekdotische abzurutschen.

Ärgerlicher ist der eine oder andere Fehler, der ihm unterläuft, weil er sich auf sein Gedächtnis verlässt. Vor allem im literaturgeschichtlichen Abriss finden sich Patzer: Büchners Lenz trägt nicht den Vornamen Konrad, sondern Jakob; Klingers „Faust“ ist ein Roman und kein Theaterstück. Insgesamt sucht Rosendorfers Werk – unter das der mittlerweile 76-Jährige nun einen Schlussstrich setzt – aber seinesgleichen auf dem deutschen Buchmarkt. Trotz einiger Stolpersteine ein vergnüglicher und intelligenter Spaziergang durch das Weltgeschehen. *Sophia E. Gerber*

***Herbert Rosendorfer: „Deutsche Geschichte – Ein Versuch. Friedrich der Große, Maria Theresia und das Ende des Alten Reichs“**, Nymphenburger, München 2010, 383 Seiten, gebunden, 22,95 Euro*

Demokratie und dann?

Fragen und Warnungen einer »Kassandra von rechts«



Auch wenn das schmale Bändchen „Post-Demokratie“ aus der Feder des Göttinger Historikers und Publizisten Karlheinz Weißmann bereits im Jahr 2009 erschienen ist, verdient es – auch wenn die Zeiten insbesondere auf dem Buchmarkt schnelllebig sind – auch heute Beachtung und Erwähnung. Denn das Thema, das sich Weißmann gewählt hat, ist sozusagen von überzeitlicher Bedeutung. Schon im Jahr 1954 schrieb Winfried Martini in seinem Buch „Das Ende aller Sicherheit“ Sätze, die heute wohl die Bundeszentrale für politische Bildung auf den Plan rufen würden. Martini ging von der These aus, dass die Demokratie für sich selbst keinen Wert darstellen könne; sie sei nur ein organisatorisches Mittel, um bestimmte Zwecke zu erreichen.

Ähnlich nüchtern geht Weißmann in seiner Schrift zu Werke. Der Begriff Post-Demokratie sei im Deutschen so wenig geläufig wie die Vorstellung von einer „Nachdemokratie“ oder einem „nachdemokratischen Zeitalter“. Die meisten Menschen in der westlichen Welt seien der Überzeugung, dass sie unter Geltung zeitloser Normen und Werte lebten, so als ob die Demokratie eine Unabdingbarkeit politischer Ordnung darstelle. Es gibt durchaus Kritiker der derzeitigen demokratischen Verhältnisse. Hierzu zählt zum Beispiel der Verwaltungsrechtler Hans Herbert von Arnim. Dieser bemängelt demokratische Defizite auf europäischer Ebene oder geißelt den Parteienstaat. Doch die einzige Abhilfe, die sich der sehr medienwirksame Jurist vorstellen kann, ist ein Mehr an Demokratie, insbesondere an direkter Demokratie.

Indien, China und Russland holen auf

Doch drängt wirklich alles zur Demokratie? Es ist das Verdienst Weißmanns, dass er dieser Frage auf nur knapp 90 Seiten und unter ausgiebiger Nutzung des Schrifttums zu diesem Thema unaufgeregt nachgeht. Mit dem Vorwurf, eine Kassandra von rechts zu sein, wird er leben können.

Nicht ohne Grund hat Edmund Burke die französische Nation gemahnt, dass die „vollkommene Demokratie“ – „das schamloseste aller politischen Ungeheuer“ – zwangsläufig dazu führen werde, die bestehenden Freiheiten zu vernichten, den König zu töten, das Land zuerst der Anarchie, dann dem Terror und schließlich der Diktatur eines Militärs preiszugeben. Die Ereignisse im Gefolge der Französischen Revolution haben diese Sicht auf die Dinge bestätigt.

Wie wehrhaft ist unsere Demokratie heute? Stellt sie ein Modell dar, mit dem wir Deutschen und auch die übrige westliche Welt im 21. Jahrhundert bestehen können? Jede Staatsform – so befand der erwähnte konservative Publizist Winfried Martini –, mithin also auch die demokratische, sei stets daraufhin zu überprüfen, ob sie unter den jeweiligen Umständen auch den Staatszweck zu sichern geeignet sei. Weißmann weist darauf hin, dass diese Frage drängend sei, weil „Halbdemokratien“ (Russland, Indien) oder offen autoritäre System wie China gegenüber den Demokratien des Westens aufholten. Klar ist jedenfalls, dass die Illusion einer militärischen Ausbreitung des demokratischen Systems so schnell wie möglich aufgegeben werden sollte. *Ansgar Lange*

***Karlheinz Weißmann: „Post-Demokratie“**, Edition Antaios, Schnellroda 2009, 96 Seiten, 8,50 Euro*

Guntram Schulze- Wegener

Illustrierte Deutsche Militärgeschichte

Der erste Gesamtüberblick über die Militär- und Kriegsgeschichte von den "alten" Germanen bis zur deutschen Bundeswehr liegt vor. Mehr als 2000 Jahre Militärgeschichte hat der Autor prägnant beschrieben. Durch die Illustration mit Zeichnungen, Schlachtengemälden und seltenen Fotos wurde nicht nur ein lesenswertes, sondern auch ein ausgesprochen anschauliches Werk deutscher Kriegsgeschichte vorgelegt. Die militärhistorische Darstellung beginnt bei den Germanen und erstreckt sich über das Mittelalter, die Zeit des 30jährigen Krieges, den (hauptsächlich) militärisch begründeten Aufstieg Preußens, das napoleonische Zeitalter und die Kriege Bismarks. Den Schwerpunkt bildet das 20. Jahrhundert mit seinen beiden Weltkriegen. Bundeswehr und Nationale Volksarmee werden ebenso detailliert behandelt. Alle bedeutenden Kriege und Schlachten werden sowohl aus operationsgeschichtlicher Sicht durchleuchtet als auch auf deren Ursachen und Auswirkungen hin untersucht. Berühmte soldatische Protagonisten und auf dem neuesten Stand der Forschung befindliche Einblicke in die Entwicklung der Waffentechnik machen den Ausgang der jeweiligen Waffengänge verständlich und zeichnen ein plastisches Bild der deutschen Militärhistorie. Karten und über 400 größtenteils farbige Abbildungen von Waffen und Gerät, Uniformen, Orden, militär. Bauten usw. vermitteln eine Fülle zusätzlicher Informationen. Dass neben den militärischen Aspekten auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigt werden, macht das Buch nicht nur für militärhistorisch, sondern auch für allgemein geschichtlich Interessierte zur wichtigen Informationsquelle.

NEU

Geb., Großformat, 344 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6984

€ 39,90

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Kirsten Heisig

Das Ende der Geduld

Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter

Die Gewalttäter werden jünger, brutaler, skrupelloser und die Gesellschaft mit diesem Problem hilfloser. Die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig war nicht bereit, das hinzunehmen. So wollte sie nicht akzeptieren, dass bei Jugendlichen zwischen Straftat und Gerichtsverhandlung viele Monate vergehen und entwickelte das Neuköllner Modell. Hier findet nach einfachen Delikten von Jugendlichen innerhalb von drei Wochen die Gerichtsverhandlung statt. Die schnellen Strafen haben damit einen größeren Wirkungseffekt bei Tätern und Opfern. In ihrem Buch »Das Ende der Geduld« erläutert sie das Modell und deren Durchsetzungsweg, beschreibt Lebensläufe jugendlicher Krimineller, schildert Straftaten und Verfahren, benennt die Situationen an Schulen, Jugendämtern und der Polizei. Heisig liefert Fakten und aber auch Lösungsvorschläge, wie z.B. die Vernetzung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Schulen, Behörden, Institutionen und Eltern funktionieren sollte. Dabei wirft sie auch einen vergleichenden Blick ins europäische Ausland. Im ihrem Buch fordert die Richterin die Beseitigung von Handlungsdefiziten und eine ehrliche und notwendige Debatte in der Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986

€ 14,95

Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Jürgen Roth

Ermitteln verboten!

Warum die Polizei den Kampf gegen die Kriminalität aufgegeben hat

Anhand geheimer Dokumente und zahlreicher Hintergrundgespräche deckt der Autor auf, warum und wie die Polizei ohnmächtig gemacht wird. Ob der Anruf einer Oberbürgermeisterin bei der Polizei zum Schutz von Geld waschenden Ukrainern oder die Duldung der kriminellen Geschäfte albanischer und libanesischer Klans in deutschen Großstädten durch die Stadtväter: Politiker und Entscheidungsträger in der Wirtschaft haben massive Interessenverflechtungen mit der organisierten Kriminalität und unterbinden oder blockieren gezielt Ermittlungen. Während immer neue Sicherheitsgesetze den Bürger einschränken, sind Politik, Wirtschaft und Justiz längst Teil der zunehmenden Kriminalitätsspirale.

Geb., 264 Seiten, Best.-Nr.: 4073
statt € 19,90
nur noch € 9,95*
*Mängelexemplar

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

NEU

Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960

€ 8,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Hans Hellmut Kirst

Gott schläft in Masuren, Roman

Dem Erzählkünstler Kirst es ist mit diesem großen Masuren-Roman gelungen, der untergegangenen ostpreußischen Heimat ein literarisches Denkmal zu setzen. In dem kleinen masurischen Ort Maulen herrscht fast uneingeschränkt der Gutsbesitzer Johann Leberecht. Es ist die Zeit des sich auch in Ostpreußen etablierenden Nationalsozialismus. Als der Gendarm Thiele nach Maulen versetzt wird, findet er eine festgefügte Ordnung, eine Lebenswelt, die provinziell, patriarcharlisch und den Traditionen verpflichtet scheint. Aber da gibt es den unaufgeklärten Todesfall des Bauern Materna. Und Gerüchte tauchen auf über Liebe, Leidenschaft und Laster. Bei seinen Ermittlungen stößt Thiele jedoch immer wieder auf eine Mauer des Schweigens. Je näher er der Aufklärung des Falles kommt, desto rätselhafter und verworrener offenbaren sich Zusammenhänge und seelische Abgründe. "Wir sind gesegnet durch dieses Land, auf dem wir leben dürfen. Es ist der schönste Flecken Erde auf dieser Welt. Noch ist nichts zerstört, noch ist alles unverfälschte Natur. Wenn Gott zur Ruhe geht, wenn er schlafen will, so glaube ich, würde er zu uns kommen wollen, um hier zu schlafen; wenn Gott den Schlaf will, dann wird er bei uns in Masuren schlafen. Daran glaube ich fest. Und ich will alles tun, damit er ruhig schlafen kann..." Johann Leberecht im Gespräch mit Hauptwachtmeister Thiele

Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991

€ 18,50

Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger
Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Königin-Luise-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Sommer in Ostpreußen 1942

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

DVD

Laufzeit: 56 Minuten +
15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95

Niko Colmer
Terrorismus
Reale und fiktive Bedrohungen im Nahen Osten
Geb., 200 Seiten
Best.-Nr.: 6985, € 19,90

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren

Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Sprialbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42cm, Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989

€ 14,80

Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945-1955
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962, € 20,00

CD

Auf den Spuren von Königin Luise in Ostpreußen
Von Königsberg nach Memel
In acht spannenden Reportagen begibt sich Henning von Löwis auf die Spuren der legendären preußischen Königin.
Laufzeit: 78 Minuten
Best.-Nr.: 6982, € 9,95

Zgoda

Deutsche im Todeslager der polnischen Geheimpolizei

Die Rote Armee erobert Oberschlesien. Die ehemals deutsche Provinz wird – wie nach dem Ersten Weltkrieg – polnisches Hoheitsgebiet. Die deutsche Bevölkerung flüchtet. Wer bleibt, wird gewaltsam vertrieben oder von der polnischen Geheimpolizei verhaftet. Die „Urzad Bezpieczenstwa", kurz „UB" genannt, errichtete innerhalb weniger Wochen etwa 1.500 Lager und Gefängnisse, in die rund 200.000 Deutsche, darunter viele Frauen und Kinder, verschleppt wurden. Eines der schlimmsten Lager war Zgoda in Swientochlowice, das von Salomon Morel geführt wurde. Hier starben Tausende an den unmenschlichen Haftbedingungen und den grausamen Misshandlungen.

DVD

Laufzeit: 46 Minuten, FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 6990

€ 12,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

statt € 7,40 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
32/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Mehr Gehalt als Wulff

Düsseldorf – Die Intendantin des WDR, Monika Piel, verdient mit 308 000 Euro Jahresgrundgehalt mehr als der Bundespräsident, der auf 199 000 Euro kommt. Die fünf Direktoren des Senders bekommen zwischen 190 000 und 206 000. Ein Gesetz zwang den WDR, erstmals die Gehälter seines Leitungspersonals offenzulegen. Zu dem Grundgehalt erhielt Piel noch eine Einmalzahlung von 23 000 Euro wegen 25-jähriger Betriebszugehörigkeit und Sachleistungen im Wert von 21 000 Euro. *Bel/H.H.*

Kim Jongs schmutziges Geld

Pjöngjang – Nordkoreas Diktator Kim Jong Il verdient mit illegalen internationalen Geschäften noch Millionen, so der US-Staatssekretär Robert Einhorn. Wie er jetzt bei einem Besuch in Südkorea bekanntgab, stammen diese, in das internationale Banksystem eingeschleusten Gelder aus Drogenschmuggel, verbotenem Schwarzhandel und Scheingeschäften. Auch seien Verbindungen zu einer chinesischen Bank in Macau aufgedeckt worden. *J. Feyerabend*

ZUR PERSON

Hoffnungsträger für Haiti

Nun ist es amtlich. Der US-amerikanische Musiker **Nelust Wyclef Jean** kandidiert für das Amt des Präsidenten von Haiti. Er beendete monatelange Spekulationen um seine Ambitionen, von der Musik in die Politik zu wechseln, als er nur zehn Minuten vor Schließung des zuständigen Büros mit einem medienwirksamen Auftritt seine Kandidatur einreichte.

Jean wurde 1972 in Croix-des-Bouquets, einem Vorort der Hauptstadt Port-au-Prince geboren. Er verbrachte die ersten neun Lebensjahre dort, bevor seine Familie in die USA zog. Er wuchs im New Yorker Stadtteil Brooklyn und in Newark im Bundesstaat New Jersey auf. Schon während der High School zeigte sich sein musikalisches Talent, er studierte Jazz und lernte, über zehn Instrumente zu spielen. Mit seinem ebenfalls aus Haiti stammenden Cousin Pras Michel gründete er die Band „The Fugees“, die zu Weltruhm gelangte.



Der Sänger lernte auch die Schattenseiten des Lebens kennen. Im Jahr 2008 geriet er in finanzielle Schwierigkeiten, so dass sein 1,4 Millionen US-Dollar teures Strandanwesen in Miami Beach zwangsversteigert wurde. Der 37-Jährige hatte sich in der Vergangenheit wiederholt in seinem Heimatland Haiti engagiert. Nach dem schweren Erdbeben im Januar war er dorthin gereist und hatte bei den Bergungsarbeiten geholfen. Er gründete die Hilfsorganisation „Yele Haiti“, die sich zum Ziel setzt, überschaubare, aber effektive Projekte zur langfristigen Entwicklung Haitis entstehen zu lassen. Außerdem organisierte er ein Benefiz-Rockkonzert unter dem Titel „Hope for Haiti“ und rief zu Spenden auf. Kritik an Jeans Präsidentenkandidatur übt ausgerechnet Cousin Michel. Er hält dessen Pläne für zu allgemein und Wyclef für eine unqualifizierte Kraft für das Amt. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Von Mullahs und Maikäfern

Wie Ernst und Ackermann sich reimen, warum Spender unverschämte Kerle sind, und wo die Gefahr wirklich lauert / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenn man gute Leute will, dann muss man die auch ordentlich bezahlen, sagte der Mann im Fernsehen. Erinnern Sie sich? Wer war das noch gleich? Ja! Das ist doch die Parole, mit der Josef Ackermann die Traumgehälter von Bankmanagern auf dem Gipfel der Finanzkrise rechtfertigte, richtig?

Falsch. Mit diesen goldenen Worten hat der Thüringer Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow das Luxusleben seines Parteichefs Klaus Ernst mit rund 17 000 Euro Monatssalär verteidigt. Es ist immer wieder faszinierend, wie umstandslos sich Linke in die (vermeintlichen) Gepflogenheiten eines „Kapitalisten“ einfinden, sobald sie auf die Geldverdiener-Seite gewechselt sind. Angestellte von Gewerkschaftsbetrieben wissen davon ein schaurig' Lied zu singen.

Für den Genossen Ernst läuft's im Moment dennoch nicht gut. Sein Auto ist für einen Reichenfresser zu nobel, sein Einkommen zu hoch, vor allem aber sind seine Tricks zu billig. Die Sache mit dem Alpen-Chalet war ja nun wirklich ein Lacher. Lässt der sich vor so einer spartanischen Blockhütte sommerinterviewen, wo er doch voraussehen musste, wie schnell auffliegen würde, dass das gar nicht seine ist, dass er ein weit nobleres Anwesen mit phantastischem Alpenpanorama bewohnt – nur einen Fußmarsch von der Fernseh-Kulisse Marke „Was-bin-ich-doch-bescheiden“ entfernt.

Nun geistern die Bilder von seinem schicken Gipfeldomizil durchs Land. Linke-Politiker bis in die Spitzen von Landesverbänden schmeißen hin, weil sie sich schämen für den Genossen Ernst. Der Bayer hat ohne Zweifel alles falsch gemacht. Schlimmer geht's nimmer. Oder? Und ob!

Statt als lebenslanger Funktionär hätte er sein Geld auch als Unternehmer, also Ausbeuter in der freien Wirtschaft machen können. Und um der kapitalistischen Frechheit die Krone aufzusetzen, hätte er am Ende noch 80 Prozent seines Vermögens spenden können. Dann wär's um ihn endgültig geschehen gewesen.

Die astronomische Sammelspende, für die gerade etliche US-Milliardäre unter Führung von Bill Gates und Warren Buffett zusammenlegen, hat in Deutschland für erhebliche Irritationen gesorgt. Der Autor einer großen deutschen Tageszeitung lässt seinem sozialneidischen Ekel über die joviale Gönnergeste der Superreichen freien Lauf, speit sogar das Unwort von den „armen Negern“ aus, für die was abfallen müsse, damit sich glamouröse „Charity-Ladies“ im Glanz ihrer Güte spreizen dürfen.

Zudem rechnet er nach, dass die ganze Operation am Ende gar nichts bringe, weil die Reichen trotz der Milliardenspenden immer noch reich blieben. Soll wohl heißen: Wenn sie schon spenden, dann bitte in Form einer totalen Selbstenteignung, auf dass sie sich danach bei den Bronx-Pennern an diesen brennenden Mülltonnen wiederfinden, die wir aus den US-Krimis kennen.

> Gute Leute müssen auch gut bezahlt werden, da sind sich Banker und Bolschewisten einig

Also hätten sie das Spenden in den Augen ihrer deutschen Kritiker lieber lassen sollen? Das nun auch wieder nicht. Unsere Medien vermelden mit einem Unterton von „Ist ja wieder typisch!“, dass sich Deutschlands Superreiche noch nicht dazu durchringen wollten, dem amerikanischen Vorbild zu folgen. Vermutlich ahnen die, was auf sie zukommen würde. Vor Jahren verstieg sich ein deutsches Millionärsehepaar dazu, der beengten Universität ihrer Heimatstadt zwei Flügelbauten zu stiften, um endlich mehr Platz für Lehre und Forschung zu schaffen. Selbst als die Gebäude längst standen, wollten die hasserfüllten Attacken auf die beiden kein Ende nehmen. Ganz so hätten sie sich das nicht vorgestellt, erzählte das Paar später etwas bedröppelt.

Sowas schreckt dann schon ein wenig ab, weshalb die meisten deutschen Großspender ihre Gaben anonym ausreichen. Während ein Dieb seine Tat mit der „sozialen Ungerechtigkeit“ salonfähig erklären kann, hat der Großspender in Deutschland keine Chance vor dem Tribunal der guten Gesinnung.

Das einzig Positive an der Milliardenspenderei ist, dass wir mal wieder sehen, wie unanständig viel Geld in den Händen der Falschen liegt. In welchen Händen es denn richtig läge? Abgesehen von meinen eigenen, natürlich in denen des Staates! Höhere Steuern, „Reichtum begrenzen“, dröhnt die immer lauter werdende Forderung. Der Staat bekommt nämlich erst die Hälfte unseres Bruttoinlandsproduktes ab. Wenn wir ihm nicht auch die andere Hälfte hinterherwerfen, kann er sich gute Leute wie Klaus Ernst bald vielleicht nicht mehr leisten. Wollen wir das riskieren?

Nie und nimmer, zumal unsere Welt schon so voller Risiken ist. Denken Sie nur an den islamistischen Terror! Da können wir doch froh sein, dass wir einen starken, jederzeit handlungsfähigen Staat haben, der schnell und beherzt zugreift, sobald Gefahr im Verzuge ist.

Da haben ein paar finstere Gesellen, von denen etliche ihr ideologisch-religiöses Rüstzeug in einer wohlbekannten Hamburger Moschee erhalten haben, 3000 New Yorker in einen grausigen Tod geschickt, und – Zack! – keine neun Jahre später schon sperren die Hamburger Behörden die Terrorhöhle zu. Vermutlich hatten es die Hanseaten auf die „Terroristen der nächsten Generation“ abgesehen und wollten daher erstmal eine Generation verstreichen lassen, bis sie einschreiten.

Tatsächlich konnte, nachdem die erste Riege der braven Schüler in den Zwillingstürmen verpufft war, schon eine neue Staffel von frommen Mördern herangezüchtet werden. Einige von denen wagten sich indes in Länder, wo man sie nicht so freundlich agieren lässt wie in Hamburg, woraufhin sie im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet geschnappt wurden.

Muss das den Hamburgern nun peinlich sein? Aber nicht doch: Erstens ist Hamburg eine „weltoffene und tolerante Stadt“, wie der scheidende Bürgermeister Ole von Beust in seiner neunjährigen Amtszeit nicht müde wurde zu betonen. Da muss auch für fremde Kulturen Platz sein, selbst wenn wir ihre Vorstellungen und Handlungsweisen nicht immer gleich verstehen.

Zweitens stimmt es gar nicht, dass Hamburg viel zu spät auf heikle Gefährdungen von Sicherheit und Ordnung reagiert. Als unlängst die Anwohner der Kindertagesstätte „Maikäfer“ eben diesen Laden als Bedrohung ihrer Gartenruhe ausmachten und auch ein Gericht davon überzeugen konnten, reagierten die hanseatischen Behörden umgehend und machten den Gefahrenherd sofort dicht: Der Rechtsstaat lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen!

Es sei denn, die Tänzer machen einen irgendwie gewalttätigen Eindruck. Ein „autonomer Treffpunkt“, aus dem seit den frühen 90er Jahren Leute herausströmen, um Autos abzufackeln oder Polizisten anzugreifen, blieb bislang unangetastet. Um Entschlossenheit zu demonstrieren, hält man sich doch lieber an Maikäfer.

Dass von Kindertagesstätten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung ausgehen kann, wird der Politik ohnehin zunehmend bewusst. Nicht allein der terroristische Lärm ist es, der uns das Fürchten lehrt. Viel bedenklicher ist, dass sich die scheinbar harmlosen Krabbelkammern zu Kaderschmieden menschenverachtender Ideologien mausern.

Die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern hat darauf endlich reagiert und einen Gesinnungstest für Kita-Betreuer eingeführt, in welchem diese nachweisen müssen, dass sie fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und nicht etwa extremistischen Gruppierungen zuneigen. Glücklicherweise ist niemand so borniert, solche Tests auch für die Imame der hiesigen Koranschulen zu fordern.

Ginge ja auch gar nicht, werden die meisten von denen doch von der türkischen Religionsbehörde oder anderen ausländischen Institutionen ausgewählt. Da haben wir uns nicht einzumischen. Schließlich gehört dieses Land doch allen, die darin herumfuhrwerken wollen.

ZITATE

*Der Autor **Michael Klonovsky** lästert im Magazin „Focus“ vom 2. August über den Begriff **soziale Gerechtigkeit**, der für ihn wie ein weißer Schimmel ist, schließlich wäre Gerechtigkeit, wenn sie existierte, aus sich heraus sozial:*

„Soziale Gerechtigkeit heißt: Dem einen wird, in der Regel gegen dessen Willen, etwas weggenommen, damit anderen gegeben werden kann, egal, ob sie es verdient haben ... Warum soll es gerecht sein, jemanden vor dem Sturz ins Elend zu bewahren, der selber keine Anstrengungen dagegen unternimmt? Was ist gerecht, wenn eher kinderarme deutsche Steuerzahler eher kinderreiche Zuwandererfamilien miternähren?“

*Der Vorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt**, hat vorgeschlagen, den Aufenthaltsort aus der Haft entlassener, aber nach wie vor gefährlicher **Serienvergewaltiger** zu **veröffentlichen**. Politiker warfen ihm vor, er öffne damit **Lynchjustiz** die Tore. Dazu Wendt im Deutschlandfunk:*

„Ich finde die Argumentation, die da von Teilen der deutschen Politik kommt, dass die deutsche Bevölkerung Lynchjustiz üben und sich zu einem wütenden Mob zusammenschließen würde, ausgesprochen aufschlussreich. Sie zeigt, wie deutsche Politiker über die deutsche Bevölkerung denken. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die deutsche Bevölkerung mit den deutschen Politikern immer weniger zu tun haben will.“

Vielseitig verwendbar

Lang schon ist Beton erfunden –
der ist dicht, verträgt viel Last,
und sofern gut abgebunden,
hält er ewig oder fast.

Römer haben dies
beflissen
einst beim Pantheon bedacht
und die Kuppel höchst
gerissen
einfach aus Beton gemacht!

Oben in der Mitte
ließen
sie bewusst ein Loch fürs Licht –
durch kann zwar auch Regen
fließen,
aber Götter stört das nicht.

Heute nützt das Betonieren
etwa gegen Unkraut sehr,
und wer zweifelt, soll's probieren:
Auf Beton wächst keines mehr.

Gleichfalls weist es sich als
praktisch,
wenn ein Mafioso singt,
dass man ihn sodann
didaktisch
in Beton zum Schweigen bringt.

Und wir haben nun vernommen,
dass ein Loch, das sehr
verdross,
weil nur Erdöl rausgekommen,
auch man mit Beton
verschloss.

Wenn wir also überlegen,
ist Beton, so oft geschmäht,
seit dem Altertum ein Segen,
was halt mancher nicht versteht.

Dran lässt wieder sich ermessen:
Undank ist der Welten Lohn –
beim Budgetloch hilft indessen
jetzt wohl nicht einmal Beton ...

Pannonicus